



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

MENA Strategie 2021–2024



Aussenpolitische Strategie
2020–2023



MENA Strategie
2021–2024

Beim vorliegenden Bericht, der vom Bundesrat am 14. Oktober 2020 gutgeheissen wurde, handelt es sich um eine geografische Folgestrategie zur Aussenpolitischen Strategie 2020–23 (APS 20–23). Gemäss dem dortigen Ziel 6.3. formuliert die Schweiz eine Strategie für die MENA-Region.

Vorwort



Ein wichtiges Anliegen der Aussenpolitischen Strategie des Bundesrates 2020–2023 ist es, die Kohärenz der Aussenpolitik zu gewährleisten. Mit dem *Whole-of-Government*-Ansatz will der Bundesrat sicherstellen, dass alle sieben Departemente, die Bundeskanzlei und die 170 Aussenvertretungen der Schweiz in der Welt eine in sich stimmige Aussenpolitik verfolgen. Die vorliegende MENA-Strategie entspricht dem Bedürfnis nach Transparenz und Kohärenz des staatlichen Handelns.

Gemäss unserer Bundesverfassung ist der Bundesrat für die Aussenpolitik zuständig, unter Mitwirkung von Parlament und Kantonen. Neben den staatlichen Organen wirken auch private Wirtschaftsakteure, Akademien und Organisationen der Zivilgesellschaft mit – von NGOs bis hin zu den politischen Parteien. Staatliche und nichtstaatliche Akteure dürfen durchaus unterschiedliche Meinungen haben, werden aber im Ausland als Vertreter der Schweiz – oder kurz gesagt: als «die Schweiz» – wahrgenommen. Ein weiteres Ziel dieser Strategie ist somit, den gemeinsamen «*Whole of Switzerland*»-Ansatz zu stärken.

Ich freue mich darum sehr, dass nun die erste in der Aussenpolitischen Strategie 2020–2023 angekündigte geografische Strategie des Bundesrats vorliegt. Das Dokument zeigt sowohl die Schweizer Interessen in der MENA-Region auf als auch die Werte unseres Landes, die wir international vertreten.

Das Akronym MENA steht für *Middle East and North Africa* (Mittlerer Osten und Nordafrika) und beinhaltet das Gebiet von Marokko bis Iran. Die MENA-Region gilt als Wiege der Kulturen und Zivilisationen. Sie befindet sich in unmittelbarer geografischer Nähe zu unserem Land. Starke historische und kulturelle Gemeinsamkeiten verbinden die Region mit der Schweiz. Die Bedeutung dieser Gegend für unser Land ist beträchtlich, sowohl in politischer wie in wirtschaftlicher Hinsicht. Die Vergangenheit hat es gezeigt: Wenn es der MENA-Region gut geht, geht es auch Europa gut. Hingegen wirken sich Krisen in der MENA-Region unmittelbar auf Europa aus.

Ich ziehe es jedoch vor, mich nicht auf die Krisen in diesem Gebiet zu beschränken, sondern die Opportunitäten zu betrachten. Denn es gibt zweifellos positive Ansatzpunkte in der Region:

- Fünf der sieben erdölreichsten Länder der Welt liegen in der MENA-Region und spielen damit eine wichtige Rolle für die Energiewirtschaft der Welt.
- Die Region verfügt über ein bedeutendes Potenzial an erneuerbaren Energien. Länder wie Marokko stehen bei der Energiewende an vorderster Front.
- Mit einem Handelsvolumen von über 31 Milliarden Franken im Jahr 2019 ist der MENA-Raum ein wichtiger Handelspartner der Schweiz.
- Im Bereich Digitalisierung gibt es insbesondere in Ländern der Arabischen Halbinsel und in Israel wichtige Entwicklungen. So haben die Vereinigten Arabischen Emirate vor kurzem die weltweit erste Universität zur künstlichen Intelligenz gegründet.

Die Region des Mittleren Ostens und Nordafrika zeichnet sich ebenfalls durch ihre junge Bevölkerung aus. Und Jugend ist für mich gleichbedeutend mit Aufbruch und Optimismus. Mit der vorliegenden MENA-Strategie 2021–2024 will der Bundesrat politische Instabilität, schleppendes Wirtschaftswachstum oder Hindernisse für das Unternehmertum bekämpfen. Zusammen mit und zugunsten der jungen Generation, in der MENA-Region wie in der Schweiz.

Ignazio Cassis
Vorsteher Eidgenössisches Departement
für auswärtige Angelegenheiten

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	1
1 Einleitung	2
1.1 Warum eine MENA-Strategie	2
1.2 Entwicklung der MENA-Region	3
1.3 Kohärenz	4
2 Geopolitische Auslegeordnung	6
2.1 Regionale Allianzen und globale Akteure	6
2.2 Regionale Trends	7
3 Thematische Schwerpunkte	12
3.1 Frieden, Sicherheit und Menschenrechte	13
3.2 Migration und Schutz für Menschen in Not	13
3.3 Nachhaltige Entwicklung	14
3.4 Wirtschaft, Finanzen und Wissenschaft	14
3.5 Digitalisierung und neue Technologien	15
4 Geografische Schwerpunkte	16
4.1 Nordafrika	16
Ägypten	19
Algerien	20
Libyen	20
Marokko	21
Tunesien	22
4.2 Naher Osten	24
Besetztes Palästinensisches Gebiet	27
Irak	27
Israel	28
Jordanien	29
Libanon	29
Syrien	30
4.3 Arabische Halbinsel und Iran	32
Bahrain	35
Iran	35
Jemen	36
Katar	37
Kuwait	37
Oman	38
Saudi-Arabien	39
Vereinigte Arabische Emirate	40
5 Partner für die Umsetzung	42
ANNEX	44
Landkarte mit Vertretungsnetz	44
Abkürzungsverzeichnis	46
Glossar	47

Zusammenfassung

Die Aussenpolitische Strategie 2020–2023 des Bundesrats (APS 20–23)  beinhaltet das Ziel, für die MENA-Region eine eigene Strategie zu erarbeiten, die neben dem Schutz von Völkerrecht und Menschenrechten den Fokus auf die wirtschaftliche Entwicklung und die beruflichen Perspektiven für junge Menschen legt.

Als unmittelbare Nachbarin Europas und aufgrund ihrer weltpolitischen Bedeutung spielt die MENA-Region eine Schlüsselrolle in Bezug auf die vielfältigen Interessen der Schweiz. Die aktuell schwierigen Entwicklungen in manchen MENA-Ländern – gewaltsame Konflikte, autoritäre Herrschaft, Flucht und Migration, wirtschaftliche Stagnation und hohe Arbeitslosigkeit junger Menschen – stellen komplexe Herausforderungen dar, die von der schweizerischen Aussenpolitik nur mit gut abgestimmten diplomatischen, politischen, wirtschaftlichen und entwicklungspolitischen Instrumenten angegangen werden können. Eine regionale Strategie zielt darauf hin, den Gesamtüberblick zu gewährleisten und länderspezifische Schwerpunkte zu setzen mit Instrumenten, die in sich stimmige Aktionen der Schweiz – sowohl international wie auch national – ermöglichen. Die Kohärenz der Aussenpolitik und ihre Verschränkung mit der Innenpolitik sind nämlich zwei Eckwerte der APS 20–23.

Für die MENA-Region leitet der Bundesrat aus der geopolitischen Analyse des regionalen Umfelds fünf thematische Schwerpunkte ab:

1. Frieden, Sicherheit und Menschenrechte
2. Migration und Schutz von Menschen in Not
3. Nachhaltige Entwicklung
4. Wirtschaft, Finanzen und Wissenschaft
5. Digitalisierung und Neue Technologien

Allerdings ist die MENA-Region politisch und wirtschaftlich heterogen ausgestaltet. Um diesem Umstand Rechnung zu tragen, unterteilt die vorliegende MENA-Strategie 21–24 die Region in die drei geografischen Unterregionen:

1. Nordafrika
2. Naher Osten
3. Arabische Halbinsel und Iran

Für jede Unterregion werden die drei wichtigsten Themenbereiche der Schweiz formuliert und für jedes Land die aussenpolitischen Prioritäten festgehalten. Schliesslich werden in Kapitel 5 die Partner für die Umsetzung der Strategie aufgelistet. Die Anhänge beinhalten unter anderem das notwendige Glossar und die Liste der Abkürzungen.

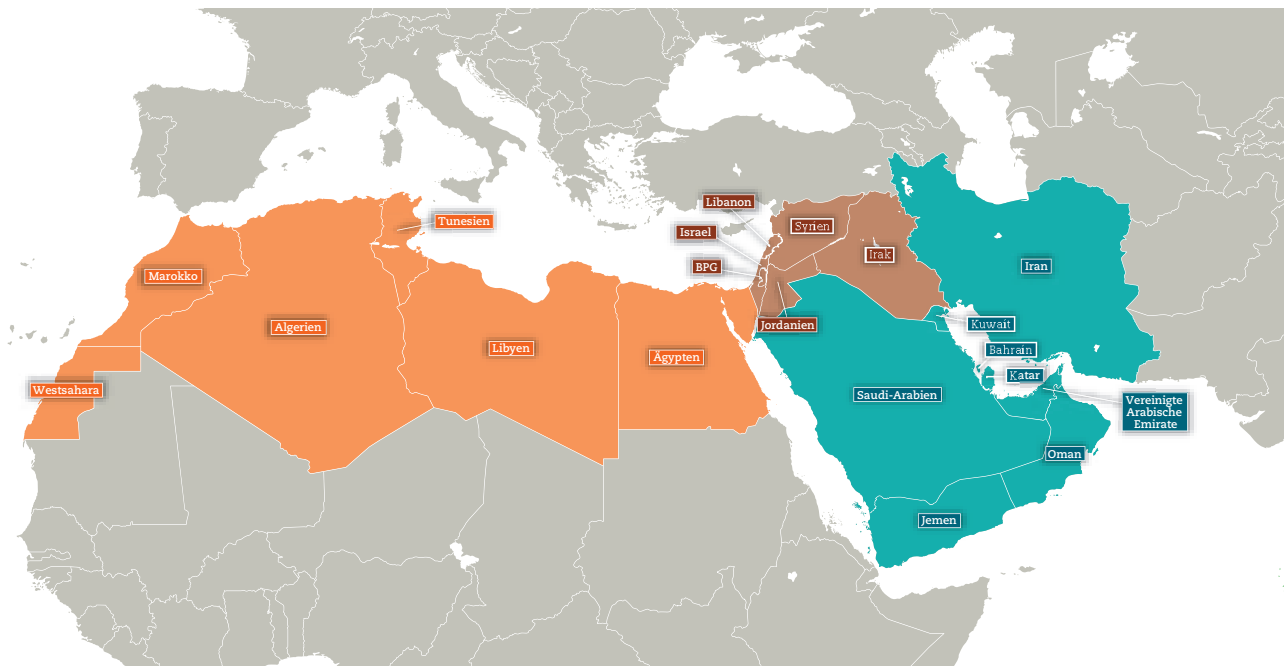
Die Schweiz hat sich in der Region einen guten Ruf erworben als neutrale Vermittlerin (*honest broker*), als Akteurin in den Bereichen Friedensförderung und humanitäre Hilfe und als Partnerin in wirtschaftlichen Fragen.

Ihre Guten Dienste werden rege genutzt und drücken sich unter anderem in der Übernahme von Schutzmandaten für andere Länder aus. Diese Aktivitäten stellen ihr Vertrauenskapital dar und werden auch in der Zukunft weiterverfolgt. Das gleiche gilt für die wirtschaftliche und entwicklungspolitische Zusammenarbeit. Mittels Förderung einer guten Bildung und Berufsbildung von jungen Menschen vor Ort kann die Schweiz dazu beitragen, die steigende Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Wenn Menschen Chancen auf Arbeit, Frieden und Mitbestimmung sehen, nimmt auch der Migrationsdruck ab.

1 Einleitung

Die MENA-Region, deren Name auch in der deutschen Sprache das Kürzel für «Middle East and North Africa» bildet, umfasst 18 Länder. Die Region erstreckt sich südlich des Mittelmeers von Marokko bis Ägypten und östlich vom Jemen über die Länder der Arabischen Halbinsel bis Iran. Den unterschiedlichen wirtschaftlichen und politischen Gegebenheiten wird Rechnung getragen, indem spezifische Strategien für

drei Unterregionen formuliert werden: **Nordafrika** (Ägypten, Algerien, Libyen, Marokko, Tunesien), den **Nahen Osten** (Besetztes Palästinensisches Gebiet, Irak, Israel, Jordanien, Libanon, Syrien) sowie die **Arabische Halbinsel und Iran** (Bahrain, Iran, Jemen, Katar, Kuwait, Oman, Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate).



Grafik 1: Die Länder und Unterregionen der MENA-Region (Quelle: EDA).

1.1 Warum eine MENA-Strategie

Die MENA-Region ist aufgrund der **geografischen Nähe** und der geopolitischen Bedeutung eine wichtige Partnerin für Europa. An der Stabilität und dem wirtschaftlichen Aufschwung dieser Region hat die Schweiz ein direktes Interesse. Dank ihrer Neutralität und mit *Soft Power* spielt die Schweiz eine wichtige Rolle im Rahmen der **Friedensförderung** und der **Guten Dienste**; sie leitet bei verschiedenen regionalen Initiativen den Prozess.

Mit Libyen, Syrien, Irak und Jemen befinden sich vier der Länder in schweren bewaffneten Konflikten. Armut, soziale Ungerechtigkeiten oder Defizite in den Bereichen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte prägen die Region als Ganzes. Sie ist deshalb auch eine der vier **Schwerpunktregionen** der Strategie des Bundesrats zur Internationalen Zusammenarbeit 2021–2024 ([IZA-Strategie 21–24](#) .

Als unmittelbare Nachbarin Europas spielt die MENA-Region eine Schlüsselrolle für die **Sicherheit** der Schweiz. Eine weitere Destabilisierung der Region könnte mit einer erhöhten Bedrohung durch dschihadistische Anschläge in Europa einhergehen und den Migrationsdruck erhöhen. In vielen **Ländern der MENA-Region besteht die Neigung auszuwandern**; insbesondere junge Menschen verlassen aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen und politischen Situation ihr Land.

Der MENA-Raum ist jedoch auch selbst **Transitregion** für Flüchtlinge und Migrantinnen und Migranten und beherbergt aus den angrenzenden Kriegsgebieten oder aus den Ländern von Subsahara-Afrika Tausende von Menschen auf der Suche nach einem sicheren Leben, einer neuen Bleibe und Einkommensmöglichkeiten. Jene, die nach Europa weiterreisen,

nehmen grosse Gefahren in Kauf, die Reise endet nicht selten tödlich. Eine Lösung für dieses Problem kann es nur international und gemeinsam mit den MENA-Ländern geben.

Andererseits haben die Länder des Nahen Ostens und Nordafrikas aufgrund ihrer natürlichen Ressourcen, der jungen Bevölkerung und des eher guten Bildungsniveaus auch erhebliches wirtschaftliches **Potenzial**. Viele MENA-Länder verfügen neben den Energieträgern Öl und Gas auch ausreichend über die Ressourcen Wind und Sonne und könnten mit deren Nutzung einen Beitrag zu einer nachhaltigen Energieversorgung auch in der Schweiz leisten.

Zu den **wichtigen Handelspartnern** der Schweiz gehören schon heute die Golfländer; sie haben sich zu einem bedeutenden Hub in den Bereichen Finanzen, erneuerbaren Energien und künstlicher Intelligenz entwickelt und bilden aufgrund

ihrer geostrategischen Lage die Brücke zwischen Asien und Afrika. Die COVID-19-Krise wird auch die Volkswirtschaften der MENA-Region nachhaltig schwächen; andererseits kann die Krise auch die Chance eröffnen, von globalen Trends zu profitieren, wie zum Beispiel vom *Reshoring*, also der Verlagerung der Produktion in die Region, und der Umstrukturierung der globalen und regionalen Wertschöpfungsketten.¹

Mit der MENA-Strategie will der Bundesrat den Gesamtüberblick gewährleisten und länderspezifische Schwerpunkte setzen, dies unter Einsatz unterschiedlicher Instrumente, die in sich stimmige nationale und internationale Aktionen der Schweiz erkennen lassen.

¹ Vgl. OECD Policy Paper: [Investment in the MENA region in the time of Covid-19](#), June 2020.

1.2 Entwicklung der MENA-Region

Die MENA-Region ist geprägt von historisch bedingten Konflikten aufgrund willkürlicher Grenzziehungen nach der Kolonialzeit oder als Folge des Kalten Krieges, vom Kampf um Rohstoffe, von innerarabischen und innerreligiösen Auseinandersetzungen sowie vom Nahostkonflikt. Die Ausbreitung von Terrorgruppen wie dem «Islamischen Staat» überschattet friedliche Entwicklungen einzelner Länder und deren Bemühungen, ihre meist junge Bevölkerung für die Aufgaben des 21. Jahrhunderts zu rüsten.

Zehn Jahre nach Ausbruch des «Arabischen Frühlings» ist die Bilanz ernüchternd: Die Hoffnungen auf eine politische Zeitenwende sind enttäuscht worden. Stattdessen prägen Repression, Bürgerkriege und Dschihadismus viele Länder der Region. Dennoch markieren die Proteste eine historische Zäsur, die Perspektiven für die Zukunft eröffnet.

Die Schweiz führt seit den frühen 1960er Jahren mit den meisten Ländern Nordafrikas und des Nahen Ostens einen bilateralen Austausch und ist mit Vertretungen vor Ort präsent. Im Libanon wurde die Botschaft bereits in den 1940er Jahren und in Iran in den 1930er Jahren eröffnet. Botschaften in den ersten Golfländern folgten in den 1980er Jahren, in Oman und Katar erst in den letzten zehn Jahren.

Als neutrale Akteurin ohne koloniale Vergangenheit und mit starker Demokratie, als stabiles und wohlhabendes Land, als Gaststaat von UNO-Institutionen und als Expertin für Gute Dienste geniesst die Schweiz bei den MENA-Ländern Ansehen und Vertrauen. Dies gibt ihr die Möglichkeit, bei länderübergreifenden Problemen eine Vermittlungsrolle einzunehmen, Kommunikationskanäle offenzuhalten und zur Entspannung in Konflikten beizutragen. Dabei kann die Schweiz auch ihre Expertise im Bereich Berufsbildung, wirtschaftliche Entwicklung oder in Demokratisierungsprozessen einbringen.

Die Schweiz hat heute in der Region fünf Schutzmachtmandate. Sie war und ist Gaststaat verschiedener Friedensgespräche (Syrien, Libyen, Jemen, Iran-Nuklearabkommen).

In Nordafrika konnte die Schweiz in den letzten zehn Jahren mit den meisten Staaten einen regelmässigen Migrationsdialog initiieren; mit Tunesien schloss sie 2012 eine Migrationspartnerschaft ab. Der hohen Anzahl von Flüchtlingen in der Region begegnet die Schweiz mit direkten humanitären Massnahmen und über die Zusammenarbeit in multilateralen Organisationen. Dazu gehört die Unterstützung der rund 5,6 Millionen syrischen Flüchtlinge in der Region, zu deren Schutz die Schweiz mit der Umsiedlung (*resettlement*) besonders vulnerabler Flüchtlinge beigetragen hat. Der humanitäre Beitrag der Schweiz im Syrienkrieg ist der grösste in ihrer Geschichte. Seit 2011 hat die Schweiz mehr als eine halbe Milliarde Franken in der Region investiert und vielen Flüchtlingen Schutz gewährt – allein 19'000 Menschen im Rahmen von Resettlement-Massnahmen. Da die Schweiz dem Schengen/Dublin-Raum angehört, ist im Hinblick auf eine erfolgreiche Migrationspolitik auch eine enge Abstimmung mit der EU in ihrem Interesse.

Im israelisch-palästinensischen Konflikt hat die Schweiz eine ausgewogene Position eingenommen, die sich auf das internationale Recht stützt. Sie fordert alle Akteure zum Dialog auf und hat ihre Dienste angeboten, um weitere Verhandlungen zu ermöglichen.

So unterschiedlich die Voraussetzungen in den einzelnen MENA-Ländern sind, so vereint stehen die meisten vor der Herausforderung, Arbeitsmöglichkeiten für junge Männer und Frauen zu schaffen. Die Jugendarbeitslosigkeit von 25 bis 30 Prozent ist auch Konsequenz einer Ausbildung, die nicht auf die Bedürfnisse der Realwirtschaft abgestimmt ist.

In kaum einer anderen Region sind so viele gut ausgebildete Akademikerinnen und Akademiker arbeitslos oder haben schlecht bezahlte Jobs.² Die Schweiz unterstützt deshalb die Länder mit Projekten im Rahmen der Internationalen Zusammenarbeit (IZA) und arbeitet mit dem lokalen und Schweizer Arbeitsmarkt in der Berufsbildung zusammen – dies mit Erfolg: Die Mehrheit der in diesem Programm involvierten jungen Menschen findet eine Stelle.

Auch im Bereich Digitalisierung und Innovation gibt es Potenzial. Neue Technologien sind heute vor allem in den Ländern der Arabischen Halbinsel und in Israel wichtige Treiber für gesellschaftlichen Wandel. So schaffen sie beispielsweise

Arbeitsplätze in globalen Dienstleistungsbereichen (wie *call center* im Informatikbereich) für die gut ausgebildeten und häufig mehrsprachigen jungen Frauen und Männern. Die Vereinigten Arabischen Emirate haben die weltweit erste Universität zur künstlichen Intelligenz eröffnet, in Saudi-Arabien ist der technologische Wandel fester Bestandteil der wirtschaftlichen Entwicklung; in Israel, dem führenden Land in der Innovation, baut die Schweiz Partnerschaften in verschiedenen Bereichen neuer Technologien, beispielsweise Fintech und Medtech, auf.

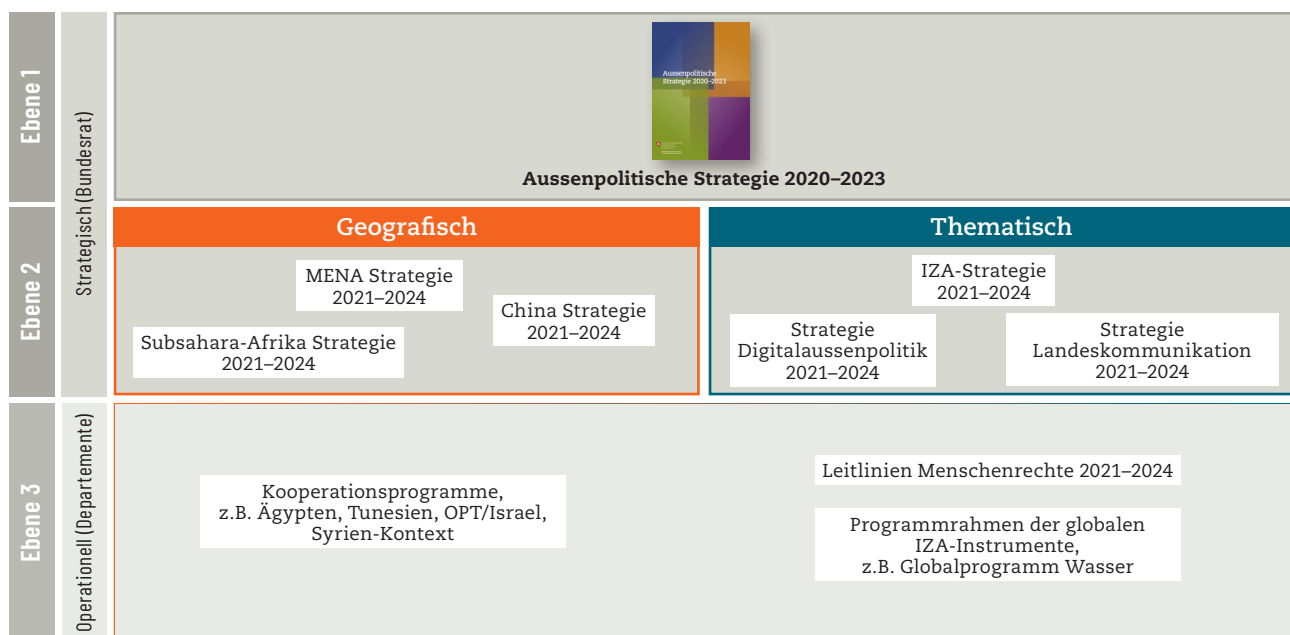
Um ihre Interessen in der Region wahrzunehmen, ist die Schweiz auf gute bilaterale Beziehungen sowie auf die Zusammenarbeit mit multilateralen Akteuren und gleichgesinnten Ländern angewiesen. Die COVID-19-Krise hat gezeigt, wie wichtig es ist, die makroökonomische Stabilität und Resilienz der Länder zu stärken, so dass die Auswirkungen externer Schocks besser bewältigt werden können.

² World Economic Forum, Executive Briefing, [The Future of Jobs and Skills in the Middle East and North Africa – Preparing the Region for the Fourth Industrial Revolution](#), May 2017.

1.3 Kohärenz

Die MENA-Strategie ist die erste vom Bundesrat erlassene geografische Strategie im Rahmen der im Januar 2020 verabschiedeten «Mutterstrategie» APS 20–23. Sie wurde interdepartemental ausgearbeitet und betrifft alle Departemente. Von ihr werden operationelle Umsetzungsdokumente (z.B. Kooperationsprogramme der IZA) mit Zielen und Indikatoren abgeleitet. Die Strategiekaskade dient dazu, die Kohärenz der bundesrätlichen Aussenpolitik zu sichern.

Es gehört zu den Aufgaben des Bundesrats, die aussenpolitischen Interessen in einer sich schnell verändernden Region regelmässig zu überprüfen, Risiken und Chancen zu identifizieren und den Fokus allenfalls anzupassen. Zielkonflikte sind in der Aussenpolitik nicht auszuschliessen: Sie sind Ausdruck eines pluralistischen Staatswesens und einer engen Verschränkung von Aussen- und Innenpolitik und sollten transparent angegangen und in einem demokratischen Entscheidungsfindungsprozess gelöst werden. Zielkonflikte können unter anderem in folgenden Bereichen auftreten:



Grafik 2: Aussenpolitische Strategiekaskade (Quelle: EDA – illustrative Auswahl an Dokumenten).

- Friedensförderung und Vermittlung können dazu führen, dass die Schweiz mit staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren einen Austausch führt, die andere Werte als die Schweiz verfolgen oder sogar zu Gewalt aufrufen.
- Schweizer Konzerne im MENA-Raum schaffen Arbeitsmöglichkeiten vor Ort. Deren Aktivitäten können aber je nach Branche und Produktionsweise auch zur Ausbeutung von natürlichen Ressourcen führen und im Widerspruch stehen zur Förderung von Menschenrechten oder der Bewältigung der Herausforderungen des Klimawandels.
- Die IZA soll die Lebensqualität vor Ort nachhaltig verbessern, was mittelfristig auch zu erhöhter Mobilität führen kann. Andererseits kann der Fachkräftemangel in gewissen Branchen in der Schweiz dazu führen, dass im Ausland gut qualifizierte Personen ihre Heimatländer verlassen (*Brain drain*).
- Die Aufrüstungsbestrebungen in der MENA-Region verdeutlichen das Spannungsfeld zwischen wirtschaftlichen Interessen von Schweizer Unternehmen in der Region und den restriktiven [Exportbestimmungen für Kriegsmaterial](#) . Auch wenn einzelne Schweizer Unternehmen an derartigen Rüstungsaufträgen grundsätzlich interessiert sind, erhalten sie keine Ausfuhrbewilligung.
- Kritik an MENA-Staaten wegen Verletzungen des Völkerrechts und von Menschenrechten kann die bilateralen Beziehungen auf politischer und wirtschaftlicher Ebene beeinträchtigen.

Den Referenzrahmen, um Interessenskonflikten entgegenzuwirken oder sie durch Güterabwägung aufzulösen, bilden die gesetzlichen Grundlagen in der Schweiz. Auch interdepartementale Strukturen wie jene zur internationalen Migrationszusammenarbeit (IMZ-Struktur) tragen dazu bei, Interessen abzuwägen. Die vorliegende Strategie erlaubt es dem Bundesrat, die Kohärenz des Schweizer Handelns in der MENA-Region weiter zu stärken.

Der angestrebte Sitz im UNO-Sicherheitsrat 2023/24 wird Chancen bieten, solche Bemühungen in einen grösseren Rahmen zu stellen und sich gezielt im UNO-Sicherheitsrat einzubringen.

2 Geopolitische Auslegeordnung

2.1 Regionale Allianzen und globale Akteure

Wechselnde regionale Allianzen

Seit 2011 sind der politische, wirtschaftliche und kulturelle Einfluss der drei Unterregionen der MENA-Region und die Beziehungen zwischen diesen im Umbruch. Die Länder Nordafrikas besinnen sich vermehrt auf ihre Zugehörigkeit zum afrikanischen Kontinent, was sich in einem verstärkten Engagement innerhalb der Afrikanischen Union widerspiegelt. Im Gegensatz dazu ist die Zusammenarbeit innerhalb der Union des Arabischen Maghrebs, insbesondere wegen der Spannungen zwischen Algerien und Marokko in der Frage der Westsahara, faktisch zum Erliegen gekommen. Die Länder der Arabischen Halbinsel haben in den letzten Jahrzehnten den Nahen Osten und Ägypten als wirtschaftliches Zentrum der MENA-Region abgelöst, verlieren jedoch aufgrund der internen Spannungen (Katar-Krise, Krieg im Jemen, Spannungen mit Iran) zunehmend an Stabilität. Neue regionale Auseinandersetzungen überschatten den Konflikt zwischen Israel und der palästinensischen Bevölkerung und haben, nach jahrelanger informeller Annäherung, den Weg für die im Sommer 2020 erfolgte Normalisierung der Beziehungen zwischen Israel und den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) und anschliessend Bahrain geebnet. Damit sind die VAE und Bahrain nach Ägypten (1979) und Jordanien (1994) das dritte bzw. das vierte arabische Land, das seine Beziehungen zu Israel normalisiert hat. Diese Ereignisse sind Zeichen der tektonischen Veränderungen, welche die arabische Welt seit Jahren vollzieht. Sie haben eine neue Dynamik geschaffen und somit sind ähnliche Schritte weiterer Länder nicht auszuschliessen. Saudi-Arabien und die VAE spielen eine wichtige Rolle in der Bildung von neuen Bündnissen und Gräben, welche die Region durchziehen. Zudem schwächen bewaffnete nichtstaatliche oder semistaatliche Akteure die Stabilität in mehreren Ländern der Region.

Die Rivalität zwischen Saudi-Arabien und Iran dominiert den Golf und die Nachbarländer – ein geopolitisch wichtiger Raum in der MENA-Region. Das politische, wirtschaftliche und sicherheitspolitische Streben nach regionalem Einfluss hat zu erhöhten Spannungen in der gesamten Region beigetragen. Das Risiko eines offenen Kriegs bleibt zwar gering, jedoch greifen beide Länder mit verschiedenen Mitteln im Jemen und in Syrien ein oder ringen über ihre Proxys (Stellvertreter) um Einfluss im Libanon und im Irak. Diese Rivalität führt zu Allianzen und Zweckbündnissen in der gesamten Region, die

sich je nach politischen Entwicklungen neu formieren können. Heute ist zu beobachten, dass einige Staaten der Arabischen Halbinsel eine Deeskalation mit Iran anstreben, um im Inland negative Konsequenzen einer allfälligen Eskalation zwischen den USA und Iran zu minimieren.

Neue Konfliktlinien zeichnen sich hingegen im Ringen um die Kontrolle am Roten Meer oder im östlichen Mittelmeer ab. So haben die VAE und Saudi-Arabien (gemeinsam mit Ägypten) wie auch Katar (im Verbund mit der Türkei) ihre Allianzen mit ostafrikanischen Staaten und ihren Einfluss am Horn von Afrika ausgebaut – zum Beispiel mittels Militärbasen, Investitionen in strategische Häfen oder Landverbindungen im östlichen Afrika und mittels Entwicklungshilfe. Dahinter stehen kurzfristige Interessen (etwa militärische Kontrolle im Jemen-Konflikt) wie auch längerfristige, so die Nutzung der Region als Eintrittspforte zum afrikanischen Wachstumsmarkt, die Abschwächung des Einflusses Irans und die Stärkung der Beziehungen zu China, das sich in Afrika stark engagiert. In Syrien, Irak und Iran ist die Situation der Kurden, sowohl aufgrund der internen Situation als auch der regionalen Unruhen, komplizierter geworden und der Sieg über den «Islamischen Staat» hat zu einem Rückgang der internationalen Aufmerksamkeit geführt. Für die Türkei bleibt die «Kurdenfrage» ein zentraler Faktor in der Innen- und der Regionalpolitik.

Globale Akteure

Auch aus globaler Sicht verändert sich das Kräfteverhältnis in der Region tiefgreifend. Der Rückzug der **USA** als Ordnungsmacht führt zu Unsicherheiten und zu einer Neupositionierung regionaler und globaler Akteure. Die bisherige Präsenz der USA in der Region ist sowohl aufgrund der sich verstärkenden Rivalität mit China als auch aus innenpolitischen Gründen in Frage gestellt. Konstanten in der US-amerikanischen Politik bilden indes die Rolle als Beschützer von Israel und die seit 1979 anhaltende Auseinandersetzung mit Iran. Letztere hat sich in den letzten Jahren durch die amerikanische Politik des maximalen Drucks gegenüber Iran und den Rückzug der USA aus dem Nuklearabkommen mit Iran verschärft.

Der politische Einfluss der EU auf die wesentlichen Konflikte in der MENA-Region hat sich abgeschwächt. Als bedeutendste Partnerin in der Entwicklungszusammenarbeit und

Humanitären Hilfe und aufgrund ihres Marktpotenzials gehört sie aber nach wie vor zu den wichtigen Akteuren. Zudem hat die EU unter der neuen Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen ihre Ambitionen als aussenpolitischer Player deutlich bekräftigt («geopolitische Kommission»). Eine bedeutende Rolle im Sicherheitsbereich spielen die E3-Länder Grossbritannien, Deutschland und Frankreich, die als Mitunterzeichner des Nuklearabkommens mit Iran heute zu dessen Erhalt beitragen.

Russland und die Türkei haben die Konflikte in Syrien und Libyen genutzt, um ihren geostrategischen Einflussbereich auszuweiten. Die Türkei hat sich in den letzten Jahren vermehrt vom Westen entfernt und sucht neue Allianzen und eine aktivere Rolle in der MENA-Region. Unterstützt von Katar, konkurriert sie vor allem mit Saudi-Arabien und Ägypten um die Vorherrschaft in der Region. Russland hat sich in den Konflikten in Syrien und Libyen als unumgänglichen Gesprächspartner positioniert.

China verfolgt primär wirtschaftliche Interessen in der Region: Es ist abhängig vom Erdöl aus dem Golf und Iran; die Region ist zentral für die Sicherung der Schifffahrtswege für den Warenhandel. Bisher hat sich China aus den politisierten

regionalen Konflikten herausgehalten. Der 2017 eröffnete Marinestützpunkt in Djibouti und die Investitionen in das Infrastrukturprojekt der «Neuen Seidenstrasse» (*Belt and Road Initiative*) werden aber den Einfluss Chinas in der MENA-Region stärken.

Obwohl Russland und China den Einfluss in der Region ausbauen werden, ist es wenig wahrscheinlich, dass eines der Länder die USA als dominierende regionale Ordnungsmacht ablösen wird. Die Region wird in Zukunft verstärkt auf sich selbst gestellt sein, um Konflikte und andere Herausforderungen zu meistern. Die traditionellen Verbündeten der USA in der Region haben begonnen, ihre Beziehungen zu den Weltmächten zu diversifizieren. Die ständig wechselnden Koalitionen in den Konflikten verursachen grosse Unsicherheit; Missverständnisse und Misstrauen zwischen einzelnen Staaten nehmen zu. Umso wichtiger werden die Bemühungen von neutralen Partnern wie der Schweiz sein, die Kommunikationskanäle offen zu halten. Die wachsende Militarisierung in der Region sowie die Präsenz von nicht-staatlichen und semistatlichen Akteuren verschärfen die Situation und untergraben die kurz- und mittelfristige Aussicht auf Stabilität.

2.2 Regionale Trends

Trotz ihrer Heterogenität lassen sich in der Region verschiedene Linien langfristiger Entwicklungen identifizieren. Die einzelnen Länder sind von diesen Trends in unterschiedlichem Ausmass betroffen. Die Auswirkungen der COVID-19-Krise dürften viele der regionalen Trends beschleunigen.

Geopolitik

In den letzten Jahren haben sich die **geopolitischen Kräfteverhältnisse** in der MENA-Region deutlich verschoben. Die Weltordnung unter dem Regelwerk der Vereinten Nationen, wie sie seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges Bestand

hatte, ist im Umbruch. Die Region ist politisch fragmentiert, die regionale Kooperation ist gering. Politische, religiöse und ethnische Bruchlinien und Rivalitäten verhindern ein regionales Identitätsbewusstsein.

Völkerrecht und Menschenrechte werden zunehmend gefordert und verletzt, ohne dass sich die Staaten zu einer Rechtfertigung verpflichtet fühlen oder mit negativen Folgen rechnen müssten. Die Operationen einiger Regierungen, die mit dem «Kampf gegen den Terrorismus» begründet werden, haben die Einhaltung des Völkerrechts, namentlich des Humanitären Völkerrechts, geschwächt.

Geopolitik – Machtverschiebungen – Erosion der regelbasierten Weltordnung	Ökologie – Klimawandel – Wasserstress – Ernährungssicherheit	Demografie – Bevölkerungswachstum – Urbanisierung – Migration und Vertreibung – Jugendarbeitslosigkeit – Externe Schocks
Gouvernanz – Schlechte Gouvernanz – Korruption – Individuelle Freiheit – Menschenrechte – Einschränkung des zivilgesellschaftlichen Raums	Wirtschaft – Schleppende Wirtschaftsreformen – Wirtschaftliche Diversifizierung von erdölabhängigen Volkswirtschaften – Digitalisierung und neue Technologien	Sicherheit – Terrorismus und gewalttätiger Extremismus – Konflikte – Aufrüstung – Meerengen

Grafik 3: Übersicht über die regionalen Trends in der MENA-Region (Quelle: EDA).

Ökologie

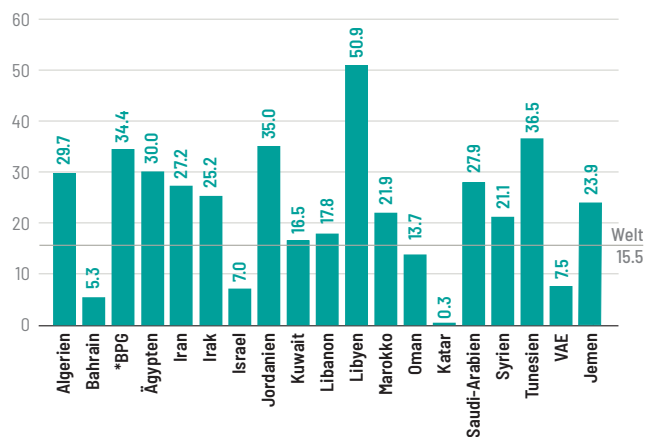
Die MENA-Region gehört zu den am stärksten vom **Klimawandel** betroffenen Gegenden. Dieser führt zu höheren Temperaturen und zu häufigeren extremen Wetter-situationen. Eine zentrale Herausforderung ist der **Wasserstress**. Schon heute nutzen fast alle Länder der Region ein Mehrfaches der zur Verfügung stehenden erneuerbaren Wassermenge, mit absehbaren gravierenden Folgen.

Die zunehmende Urbanisierung, der Klimawandel und der Wasserstress führen zu einem stetigen Verlust von landwirtschaftlicher Nutzfläche und gefährden die **Ernährungssicherheit**. Die MENA-Region importiert heute rund die Hälfte der Nahrungsmittel von ausserhalb der Region und ist damit Preiserhöhungen auf dem Weltmarkt oder schwachen Lieferketten besonders ausgesetzt.

Demografie

Derzeit leben etwa 465 Millionen Menschen in den Ländern der MENA-Region, wovon 211 Millionen jünger sind als 24 Jahre. Bis zum Jahr 2030 wird die **Bevölkerung** auf 540 Millionen Menschen **wachsen**, so die Prognose der UNO.³ Die Bevölkerung wächst viel schneller als der Arbeitsmarkt; jedes Jahr suchen etwa fünf Millionen junge Menschen neu eine Stelle. Die MENA-Region und Subsahara-Afrika verzeichnen weltweit die höchste **Jugendarbeitslosigkeit**. Die oft auf Klientelismus basierenden Machtstrukturen schliessen die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung von

Mitbestimmung und Ressourceneinnahmen aus und führen zu grossen **sozialen Ungerechtigkeiten**.

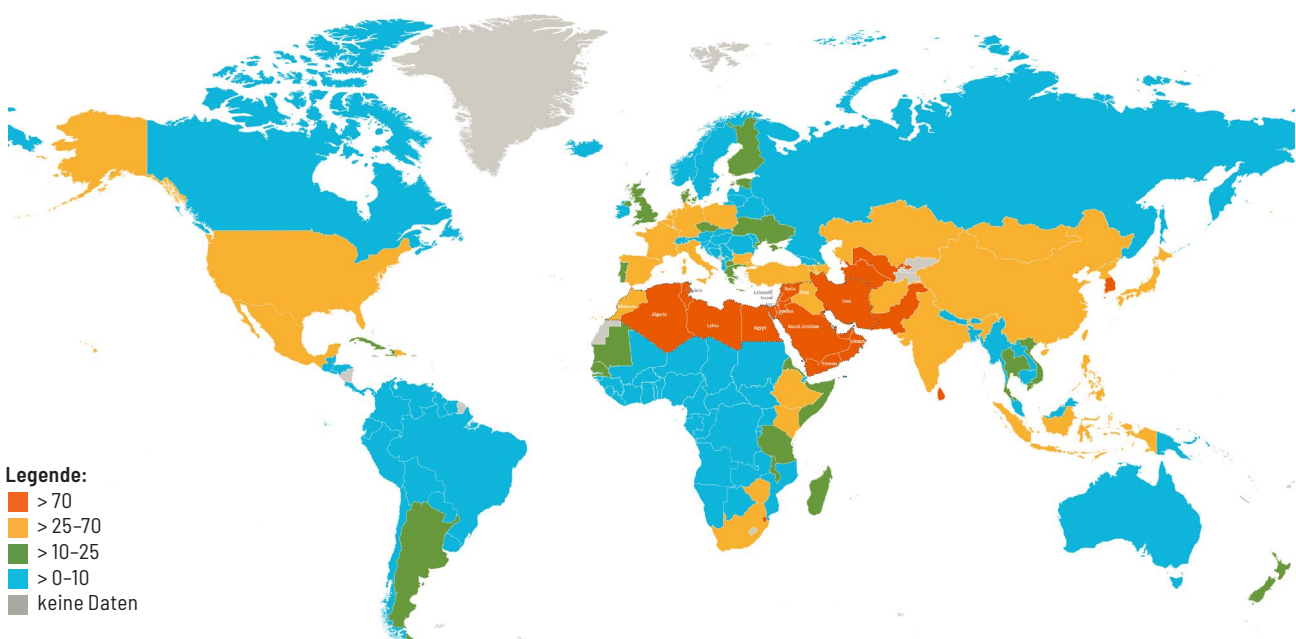


Grafik 5: Jugendarbeitslosigkeit bei 15–24-Jährigen in der MENA-Region in Prozent (Quelle: World Bank/ILO ILOSTAT Database, Juni 2020).

In vielen Staaten der Region wächst der Anteil der städtischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung rasant. Die **Urbanisierung** ist in den Ländern unterschiedlich ausgeprägt und birgt für einige Chancen, für andere aber Herausforderungen.

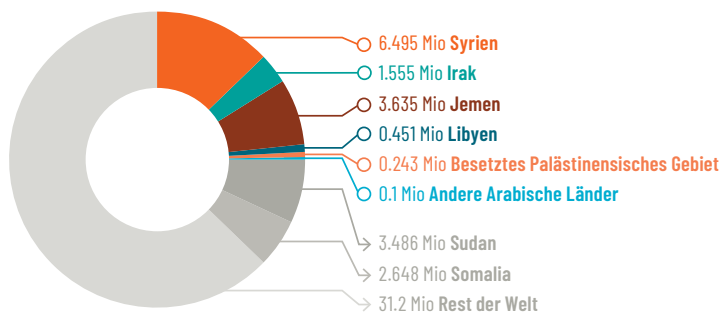
Migration und Flucht sind wichtige Themen in der gesamten Region. Viele Länder sind sowohl Herkunfts- als auch Transit- und Zielländer von Flüchtlingen, Migrantinnen und Migranten. Innerhalb der Region befinden sich 17 Millionen **Vertriebene**,

3 United Nations Department of Economic and Social Affairs, Population Dynamics: [World Population Prospects 2019](#) ↗.



Grafik 4: Die meisten Länder mit dem weltweit grössten prognostizierten Wasserstress befinden sich in der MENA-Region (Quelle: UN World Water Development Report 2019).

wovon rund 10 Millionen intern Vertriebene.⁴ Die Aufnahmeregionen und die umliegenden Aufnahmeländer sehen sich vor immense Herausforderungen gestellt. Zudem wird die Migration von den politisch-gesellschaftlichen Entwicklungen in angrenzenden Regionen wie Subsahara-Afrika oder Zentralasien beeinflusst. Verschiedene Faktoren deuten auf eine steigende Migration hin.



Grafik 6: Binnenflüchtlinge nach Herkunftsland 2019/2020
(Quelle: Global Internal Displacement Database).

Gleichzeitig sind einige Staaten in der Region, insbesondere auf der Arabischen Halbinsel, eine Hauptdestination für Arbeitsmigration aus Entwicklungsländern: Allein auf der Arabischen Halbinsel transferieren rund 30 Millionen Migranten und Migrantinnen jährlich über 100 Milliarden US-Dollar in ihre Herkunftsländer.⁵ Die Volkswirtschaften der Region sind auf diese Arbeitskräfte angewiesen.

Die 2019 neu aufgeflammtten Protestbewegungen in Algerien, Irak, Iran und Libanon haben verdeutlicht, dass die Bewegungen des «Arabischen Frühlings» von 2011 – abgesehen von Tunesien – kaum Verbesserungen bewirkt haben; der **gesellschaftliche Druck** auf einen Wandel bleibt nach wie vor gross.

Durch die Globalisierung und Vernetzung haben **externe Schocks** zunehmend grösseren Einfluss auf regionale Entwicklungen. Die COVID-19-Krise zeigt dies beispielhaft: Die teils drastischen Massnahmen zur Bewältigung der Pandemie haben tiefgreifende Folgen (Rezession, verstärkte Repression). Gleichzeitig eröffnet die Krise auch Chancen wie etwa die Beschleunigung der Digitalisierung oder Bemühungen europäischer Länder um kürzere Lieferketten.

Gouvernanz

Die Hoffnungen der Bevölkerung auf Demokratisierung und Rechtsstaatlichkeit haben sich grösstenteils nicht erfüllt. Während in einigen Regionen der Staat aufgrund bewaffneter Konflikte an Einfluss verloren hat oder gar inexistent ist (zum Beispiel Irak, Jemen, Libyen, Syrien), haben in Ländern, wo Militär und Geheimdienste traditionell Teil der Machtbasis sind, insbesondere die Sicherheitskräfte an Macht gewonnen. Reformen sind ins Stocken geraten, Klientelismus, **schlechte Regierungsführung**, Korruption und Menschenrechtsverletzungen sind allgegenwärtig, wenn auch in unterschiedlichem Ausmass.

Abgesehen von wenigen Ausnahmen wird die individuelle Freiheit und der Raum für zivilgesellschaftliche Akteure und deren Dialog mit dem Staat zunehmend eingeschränkt. Diese Entwicklung wirkt sich negativ auf die Menschenrechte aus. Dies gilt insbesondere im Bereich der Meinungsäusserungsfreiheit, der Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit, des Folterverbots und des Rechts auf Leben, aber auch was die mangelnde Gleichstellung der Frauen sowie die Diskriminierung aufgrund religiöser, ethnischer oder sexueller Zugehörigkeit anbelangt.

DIE ENTWICKLUNG DER FRAUENRECHTE IN DER MENA-REGION

Die Rechte der Frauen sind ein wichtiges politisches und gesellschaftliches Thema in der MENA-Region. Obwohl Gesetzestexte sie oft schützen und ihre Rechte heute mehrheitlich anerkennen, leiden Frauen weiterhin unter verschiedenen Formen der Diskriminierung, sowohl im privaten als auch im öffentlichen und wirtschaftlichen Bereich – dies oft im Namen von Traditionen oder Bräuchen. Das islamische Recht sieht teilweise unterschiedliche Bestimmungen für Männer und Frauen vor.

Im offiziellen Diskurs einiger Staaten wird eine Politik der Emanzipation der Frauen und der Förderung ihrer Rechte befürwortet und unterstützt. Dabei sind viele Fortschritte erzielt worden: Senkung der Müttersterblichkeit, Erhöhung des Heiratsalters oder leichter Zugang zu Schul- und Hochschulbildung für Frauen. In vielen Ländern besetzen immer mehr Frauen hohe Positionen in der Regierung, der Wissenschaft oder im Privatsektor. Nichtsdestotrotz bleiben die Rechte der Frauen, in einem oft traditionellen sozialen Umfeld, eingeschränkt.

Die bewaffneten Konflikte in der Region haben auch Zwangsumsiedlungen zur Folge. Zusammen mit häuslicher Gewalt, Zwangs- und Frühehen schwächen sie die Situation von Frauen und Mädchen zusätzlich. Auch werden Frauen in einigen Ländern nach wie vor Opfer von Genitalverstümmelung. In ihrem Kampf für Gleichberechtigung ist es zentral, dass Frauen stärker in die politischen Prozesse einbezogen werden.

4 UNHCR Global Report 2018, Regional Summaries, Middle East and North Africa, (plus ca. 3 Millionen afghanische Flüchtlinge in Iran).

5 UN DESA Population Division, International Migration Stock 2019/Country Profiles; KNOMAD, The Global Knowledge Partnership on Migration and Development – Data on Outward remittances, April 2020.

Wirtschaft

In den letzten Jahren verzeichnete die Region nur ein **schwaches Wirtschaftswachstum**. Sie verfügt kaum über automatische Stabilisatoren. Der tiefe Ölpreis und die wirtschaftlichen Auswirkungen der globalen Ausbreitung von COVID-19 stellen die Region vor besonders grosse Herausforderungen und könnten in einigen Staaten protektionistische Tendenzen verstärken. Die Wirtschaft ist mehrheitlich geprägt von Mono- und Oligopolen, Klientelismus, wirtschaftlichen Sanktionsmechanismen, ungenutztem Potenzial und einem oft schwierigen Geschäftsklima. Diese Faktoren behindern das Wachstum des Privatsektors und dessen Wettbewerbsfähigkeit. Das Modell des **Rentierstaats** mit Fokus auf Immobilien und Konsum, der sich durch Öl- oder Gaseinnahmen finanziert, stösst vor dem Hintergrund der Entwicklung der Erdölpreise an seine Grenzen. Insbesondere die Golfstaaten verfolgen deshalb Pläne zur **Diversifizierung ihrer Wirtschaft**, dies mit unterschiedlichem Erfolg.

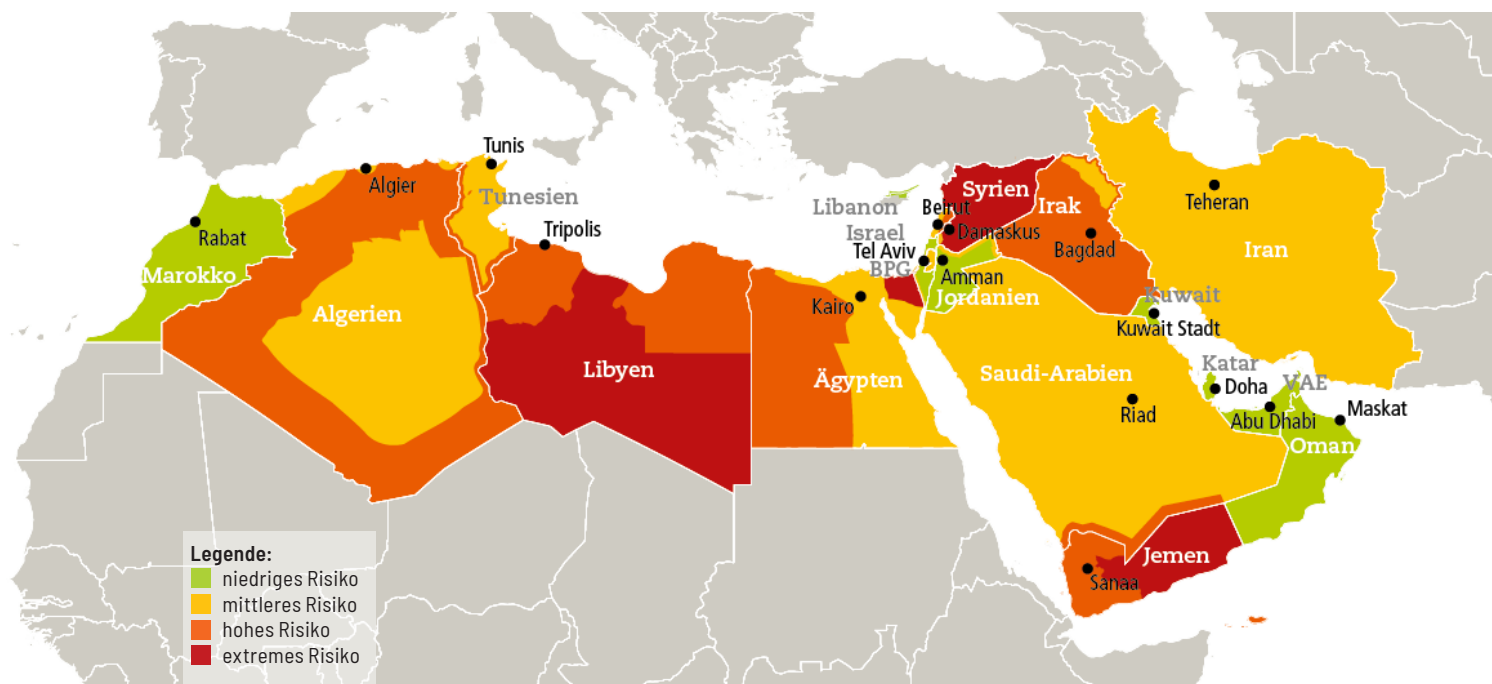
Start-ups in **innovativen Bereichen** wie Medtech, Fintech, Cybertech, Foodtech oder künstlicher Intelligenz entwickeln sich vor allem in Israel und den Ländern der Arabischen Halbinsel, aber auch in Nordafrika und in Iran. Gleichzeitig müssen Hindernisse angegangen werden, um das digitale Potenzial zu nutzen – wie Finanzierungsschwierigkeiten von Start-ups sowie Lücken im Bereich Datensicherheit, Datenschutz sowie Schutz des geistigen Eigentums.

Sicherheit

Die MENA-Region ist von mehreren **bewaffneten Konflikten** geprägt. Die grosse Verbreitung von Waffen, die Einmischung regionaler und internationaler Akteure sowie die provokative Rhetorik einiger Regierungen verschärfen die Konflikte weiter. Das staatliche Gewaltmonopol ist in einigen Ländern eingeschränkt oder umkämpft. Es existiert eine Vielzahl nicht- oder semistaatlicher bewaffneter Akteure. Die Konflikte haben verheerende Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung. Sie bedrohen auch die strategisch wichtigen Knotenpunkte der internationalen Schifffahrt und der Telekommunikation wie den Suezkanal, die Strasse von Hormus und die Meerenge von Bab el Mandab.

Trotz des schwindenden Einflusses des Islamischen Staates gibt es noch immer Nährboden für Radikalismus. Die Frage der Rückkehr dschihadistisch motivierter Kämpfer in ihre Heimatländer oder in Drittländer wird sowohl die Staaten der MENA-Region als auch Europa und die Schweiz weiter beschäftigen.

Rund ein Drittel der globalen **Waffenlieferungen** ging in den letzten fünf Jahren in die MENA-Region. Diese bleibt ein Brennpunkt für die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen. Auch neuere Technologien wie Drohnen- oder Cyberattacken kommen verstärkt zum Einsatz. Der 2018 erfolgte Rückzug der USA aus dem Nuklearabkommen mit Iran hat die Gefahr einer nuklearen **Aufrüstung** verstärkt.



Grafik 7: Sicherheitsrisiken in den Staaten der MENA-Region (Quelle: Risk Map Middle East 2020, von Control Risks).

RELIGION UND POLITIK IN DER MENA-REGION

Religiöse Ideologien spielen im politischen Raum wieder eine grössere Rolle. Sie sind Konsequenz von beschleunigten gesellschaftlichen Veränderungen und der Globalisierung und entsprechen dem Bedürfnis der Menschen nach Halt, Zugehörigkeit und Identität. Viele Staaten der MENA-Region befinden sich in einer Legitimitätskrise gegenüber ihren Bürgerinnen und Bürgern und ebnen dadurch ideologischem Gedankengut den Weg für die Rückeroberung des politischen Feldes. Die Rückkehr des Religiösen auf die internationale Bühne ist Teil einer Reihe von ethnischen, kulturellen und sprachlichen Identitätsformen, mit deren Hilfe sich verschiedene Gemeinschaften oder Regionen neu organisieren.

Der Nahe und Mittlere Osten, die Wiege der drei monotheistischen Religionen, zeigt die typische Entwicklung einer Region mit grossen Spannungen und Brüchen: Die Religion stellt den wesentlichen Faktor für das Verständnis der Gemeinschaftsdynamiken dar, die ihren Einfluss auf nationaler wie auf regionaler Ebene entfalten – im Irak und Syrien ebenso wie im israelisch-palästinensischen Raum. Dies gilt auch für die Länder Nordafrikas, in denen sich das religiöse Bewusstsein in den einzelnen Regionen verstärkt hat. Je nach Kontext und Akteuren fallen der Religion hauptsächlich zwei Rollen zu: Entweder ist die Religion eine Konfliktursache, die durch politische Akteure (staatliche oder nichtstaatliche) instrumentalisiert wird und zu Bürgerkriegen führen kann. Oder sie nimmt eine friedensfördernde Rolle wahr, indem sie die «theopolitische» Sichtweise ausser Acht lässt und sich auf gemeinsame Werte und eine globale Ethik beruft.

Im Nahen und Mittleren Osten hat die Religion als Friedens- oder Konfliktträger ein grosses Gewicht in der innenpolitischen Debatte. Sie prägt die Ausgestaltung der internationalen Beziehungen und hat Konsequenzen für die Zusammenarbeit in Bereichen wie Menschenrechten und Wirtschaft.

3 Thematische Schwerpunkte

Die Schweiz hat an der MENA-Region ein vielschichtiges und ausgeprägtes Interesse. Eine friedliche, prosperierende und stabile Region, die ihren Bürgerinnen und Bürgern wirtschaftliche und soziale Perspektiven bietet, ist auch für Wohlstand und Sicherheit in der Schweiz relevant. Der Bundesrat leitet

aus der obigen Analyse und der APS 20–23 die nachfolgenden fünf Schwerpunktthemen für die MENA-Region ab. Dabei ist es wichtig, flexibel zu bleiben, um auf neue Verhältnisse und unvorhergesehene Ereignisse reagieren zu können.

Interessen & Werte (BV)	Unabhängigkeit	Wohlfahrt	Friedliches Zusammenleben	Linderung von Not und Armut	Menschenrechte	Demokratie	Lebensgrundlage
Regionale Trends	Geopolitik – Machtverschiebungen – Erosion der regelbasierten Weltordnung		Ökologie – Klimawandel – Wasserstress – Ernährungssicherheit		Demografie – Bevölkerungswachstum – Urbanisierung – Migration und Vertreibung – Jugendarbeitslosigkeit – Externe Schocks		
	Gouvernanz – Schlechte Gouvernanz – Korruption – Individuelle Freiheit – Menschenrechte – Einschränkung des zivilgesellschaftlichen Raums		Wirtschaft – Schleppende Wirtschaftsreformen – Wirtschaftliche Diversifizierung von erdölabhängigen Volkswirtschaften – Digitalisierung und neue Technologien		Sicherheit – Terrorismus und gewalttätiger Extremismus – Konflikte – Aufrüstung – Meerengen		
APS 20–23	Frieden und Sicherheit			Nachhaltigkeit	Wohlstand	Digitalisierung	
Themenschwerpunkte MENA	Frieden, Sicherheit und Menschenrechte		Migration und Schutz für Menschen in Not		Nachhaltige Entwicklung	Wirtschaft, Finanzen und Wissenschaft	Digitalisierung und neue Technologien

Grafik 8: Herleitung der MENA-Themenschwerpunkte (Quelle: EDA).

3.1 Frieden, Sicherheit und Menschenrechte

«Mediation, Schutzmachtmandate, die Prävention von gewalttätigem Extremismus sowie die Förderung der Menschenrechte und des Völkerrechts leisten einen wertvollen Beitrag zu mehr Stabilität in der Region. Insbesondere die Schutzmachtmandate (für die USA in Iran, zwischen Saudi-Arabien und Iran sowie für Iran in Kanada) sind für die Schweiz prioritäre Aktionsfelder der Guten Dienste.» (APS 20–23, MENA-Kapitel)

→ Die Bedeutung der Sicherheit im Rahmen der Aussenpolitik nimmt zu. Es ist im Interesse der Schweiz, einen Beitrag zum Abbau von geopolitischen Spannungen und zur Verhinderung einer weiteren Verbreitung von Massenvernichtungswaffen zu leisten. Unverzichtbar sind dabei auch die Wahrung der Menschenrechte und das Engagement für Frieden.

→ Die Schweiz und gleichgesinnte Länder wollen den durch die instabile Lage in der MENA-Region begünstigten Drogen- und Waffenhandel sowie den Menschen-smuggel nach Europa unterbinden.

→ Die Schweiz will sich vor gewalttätigem Extremismus schützen. Dazu gehört auch die Frage des Umgangs mit dschihadistisch motivierten Reisenden aus der Schweiz.

→ Die Schweiz setzt gestützt auf das Embargogesetz Sanktionen gegenüber mehreren Staaten in der MENA-Region um.

3.2 Migration und Schutz für Menschen in Not

«In der Region befindet sich ein Viertel der 70 Millionen weltweit geflüchteten Menschen: Die Schweiz setzt sich für ihren Schutz vor Ort und entlang der Migrationsrouten ein. In Nordafrika verfolgt sie einen Ansatz, der sowohl die Sahelzone als auch die nordafrikanischen Länder umfasst, und strebt die Formalisierung der Zusammenarbeit durch Migrationsabkommen an.» (APS 20–23, MENA-Kapitel)

→ Auch die Schweiz profitiert, wenn die Aufnahmestaaten in der Region über ein effizientes und erfolgreiches Migrationsmanagement verfügen. Aus humanitären Gründen setzt sie sich dafür ein, dass Flüchtlinge in ihrer Ursprungsregion Schutz finden.

→ Die Schweiz will irregulärer Migration vorbeugen, indem sie langfristig die vielschichtigen Ursachen in der Region bearbeitet. Dazu gehören politische Instabilität, bewaffnete Konflikte, die Verletzung des Völkerrechts, Menschenrechtsverletzungen, Wirtschaftskrisen, strukturelle wirtschaftliche Herausforderungen, Defizite in der guten Regierungsführung und Arbeitslosigkeit. Sie treibt die strategische Verknüpfung der IZA und der Migrationspolitik in der Region voran.

→ Die Schweiz fördert die Schaffung nachhaltiger Perspektiven in den Herkunftsregionen und setzt sich für nachhaltige Lösungen (durable solutions) für Flüchtlinge ein.

3.3 Nachhaltige Entwicklung

«Der Klimawandel führt in der MENA-Region zu Konflikten. Über die Internationale Zusammenarbeit arbeitet die Schweiz an nachhaltigen Lösungen im Bereich des Klimaschutzes und der Wasserdiplomatie. Als Mitglied von IRENA, der Organisation für erneuerbare Energien in Abu Dhabi, setzt sie sich für die Förderung der nachhaltigen Nutzung erneuerbarer Energien ein. Sie unterstützt die neuen Geber in den Ländern des Golfs bei der Professionalisierung ihrer Entwicklungszusammenarbeit und bei der Etablierung von Süd-Süd-Zusammenarbeit.» (APS 20–23, MENA-Kapitel)

→ Die Agenda 2030 der UNO bildet den globalen Referenzrahmen für die Nachhaltigkeitspolitik. Mit der Umsetzung der Agenda 2030 strebt die Schweiz auch in der MENA-Region eine nachhaltige Entwicklung an, welche die drei Dimensionen Umwelt, Gesellschaft und Wirtschaft in gleichwertiger, ausgewogener und integrierter Weise berücksichtigt.

→ Die Schweiz will zur Entschärfung der humanitären Krisen und des Konfliktpotenzials als Folge von Umweltzerstörung, Klimawandel oder Wasserknappheit beitragen. Konflikte könnten auch die Sicherheit der Schweiz bedrohen.

→ Die Schweiz hat ein Interesse daran, den Dialog und die Zusammenarbeit mit potenziellen Gebern im MENA-Raum zu verstärken und sicherzustellen, dass deren Gelder im Einklang mit anerkannten Standards der IZA eingesetzt werden. Sie folgt damit den Empfehlungen der Agenda 2030.

3.4 Wirtschaft, Finanzen und Wissenschaft

«Mit wirtschaftlicher Entwicklung und Entwicklungszusammenarbeit schafft die Schweiz Perspektiven vor Ort, insbesondere für junge Menschen, zum Beispiel im Bereich der Berufsbildung und der Schaffung von Arbeitsplätzen. Sie fördert die gute Regierungsführung, demokratische Strukturen, gleiche Chancen für Frauen und Männer sowie Initiativen gegen Misswirtschaft und Korruption. Mit einigen Staaten der MENA-Region besteht Potenzial in der Zusammenarbeit im Wirtschafts-, Finanz- oder Wissenschaftsbereich. In diesen Ländern fördert die Schweiz günstige Rahmenbedingungen für die Wirtschaft und setzt sich für ein stabiles Finanz- und Währungssystem ein.» (APS 20–23, MENA-Kapitel)

→ Die Schweiz pflegt bereits mit den Ländern des Golfs und Israel Handelspartnerschaften und enge Finanzmarktbeziehungen. Sie hat ein Interesse, diese zu intensivieren und die Opportunitäten einer wirtschaftlichen Diversifizierung und Energiewende in jenen Ländern zu nutzen.

→ Die aussenpolitische Wirtschaftsförderung im MENA-Raum leistet einen Beitrag zum nachhaltigen Wirtschaftswachstum der Länder und dient gleichzeitig dem Wohlstand der Schweiz. Die Schweiz fördert über Freihandels-, Investitionsschutz- und Doppelbesteuerungsabkommen diskriminierungsfreie Rahmenbedingungen, Rechtssicherheit und ein investitionsfreundliches Klima, von dem auch Schweizer Unternehmen profitieren sollen.

→ Um den Wohlstand in der Schweiz zu sichern, will sie vermehrt Investitionen aus der MENA-Region anziehen und den gegenseitigen Marktzugang fördern.

→ Die Schweiz fördert die regionale Zusammenarbeit und festigt das Vertrauen zwischen Staaten; dafür setzt sie verstärkt auch auf ihre Wissenschaftsdiplomatie und berücksichtigt die in der «Internationalen Strategie der Schweiz für Bildung, Forschung und Innovation» definierten Ziele.

→ Die Schweiz unterstützt junge Talente aus dem Forschungsbereich und fördert die Partnerschaften mit Schweizer Hochschulen.

3.5 Digitalisierung und neue Technologien

«Die neuen Technologien verbreiten sich rasant in der Region. Während in Nordafrika und im Nahen und Mittleren Osten soziale Medien, digitale Unternehmen und Start-ups die Wirtschaft ankurbeln und vor allem jungen Leuten neue Möglichkeiten bieten, setzen die Golfländer stärker auf die Digitalisierung im Dienstleistungsbereich, schaffen Ministerien und Forschungszentren zur künstlichen Intelligenz und sind am Austausch mit der Schweiz bei der Datensicherheit interessiert.» (APS 20–23, MENA-Kapitel)

→ Die Schweiz strebt einen offenen und stabilen digitalen Raum an. Die neuen Technologien sollen zur friedlichen Nutzung möglichst vielen Menschen zugänglich sein. Sie geht daher Partnerschaften im MENA-Raum ein und positioniert dabei das internationale Genf, aber auch Universitäten wie die ETH und EPFL als Standort für Digitalisierung und neue Technologien.

→ Die Entwicklungen in Robotik, künstlicher Intelligenz und maschinellem Lernen führen zu Innovationen und wirken sich auf den Arbeitsmarkt aus. Einige Länder in der MENA-Region haben die Digitalisierung als wichtigen Treiber für Wachstum und Wohlstand definiert. Die Schweiz hat Interesse daran, neue Kooperationen einzugehen und baut in der MENA-Region ihre «Tech4Good»-IZA-Aktivitäten aus.

→ Die Schweiz will das wirtschaftliche Potenzial der digitalen Transformation in der MENA-Region nutzen und den Schweizer Firmen den Zugang zum neuen Markt erleichtern.

4 Geografische Schwerpunkte

Die nachfolgenden Unterkapitel analysieren die jeweiligen Chancen und Herausforderungen für die drei Regionen **Nordafrika, Naher Osten** sowie **Arabische Halbinsel und Iran**. Basierend auf dieser Analyse und im Rahmen der **fünf Schwerpunkte** (Kapitel 3) werden jeweils **drei prioritäre Themenbereiche** pro Region abgeleitet. Schliesslich wird die Analyse auf die einzelnen Länder heruntergebrochen und werden **Prioritäten** formuliert. Auf Basis der regionalen Themenbereiche und nationalen Prioritäten können in den zuständigen Verwaltungseinheiten der Departemente kohärente Programme und Massnahmenpakete mit Zielen und Indikatoren formuliert werden. Dies hat wiederum Einfluss auf die länder- und regionsspezifischen Zielvereinbarungen der einzelnen Ämter (Strategiekaskade). Das Monitoring und Reporting liegt dabei in der Kompetenz der zuständigen Bundesstellen.

Zwei Ergänzungen sind an dieser Stelle angebracht. Erstens sind die Transversalthemen Gouvernanz, Gender und Kultur für die gesamte Region relevant, auch wenn sie nicht überall im Einzelnen dargestellt werden. Zweitens gibt es überregionale Initiativen, die schwer zuzuordnen sind, aber gerade wegen ihrer geografischen Spannweite bedeutsam sind. Beispiele dafür sind die Zusammenarbeit in der Wissenschaft, etwa das Projekt [SESAME](#)  (*Synchrotron-light for Experimental Science and Applications in the Middle East*), bei welchem die Schweiz Beobachterstatus hat, und das [Transnational Red Sea Centre](#) , ein von der Schweiz unterstütztes Forschungsprojekt zum Thema Korallen im Roten Meer, an welchem auch Israel, Jordanien, Saudi-Arabien und Ägypten mitarbeiten.

4.1 Nordafrika

Die drei zentralen Herausforderungen für die Region Nordafrika – und somit prioritäre Themenbereiche für die Schweiz – sind beschäftigungs- und investitionsfördernde **strukturelle Wirtschaftsreformen**, die Umsetzung von **Prinzipien guter Regierungsführung** und eine sichere und geordnete **Migration**.

Nordafrika gehört zur **unmittelbaren Nachbarschaft** der Schweiz. Zwei Nachbarstaaten der Schweiz, Italien und Frankreich, haben eine maritime Grenze mit nordafrikanischen Staaten. Auch die französische Sprache verbindet die Schweiz mit Nordafrika. Im Süden grenzt Nordafrika an Länder der Sahel-Zone, die von grosser Armut und Instabilität geprägt sind. Ein stabiles, prosperierendes und von Rechtsstaatlichkeit geleitetes Nordafrika ist im Interesse der Schweiz.

Die Hauptfaktoren, die zu den Protesten des «Arabischen Frühlings» führten – fehlende wirtschaftliche Perspektiven und Jugendarbeitslosigkeit, Repression durch staatliche Sicherheitsorgane sowie geringe politische Mitsprachemöglichkeiten – sind auch heute noch zentrale Herausforderungen. Hohes Bevölkerungswachstum, ungleiche Teilhabe am Wirtschaftswachstum, teilweise schwache Diversifizierung und damit tiefe Resilienz der Wirtschaft, die oft nicht den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes entsprechende Ausbildung

der Jugendlichen, schwerfällige Bürokratie und technologischer Rückstand tragen zu einer hohen **Jugendarbeitslosigkeit** bei und zementieren die vielerorts bestehende **ungleiche Einkommens- und Vermögensverteilung**. Die fehlende politische und wirtschaftliche regionale Integration hindert eine dynamische Entwicklung zusätzlich.

Als **Produktionsstandort** mit billigen Arbeitskräften und sprachlicher Nähe ist die Region interessant. Ausserdem strebt Europa als Reaktion auf die COVID-19-Krise nach kürzeren Lieferketten, beispielsweise im Landwirtschafts- oder Textilsektor. Schon heute gehört die Region mit ihren mehr als 200 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern zu den wichtigsten **Exportmärkten** der Schweizer Wirtschaft in Afrika. Auch deshalb setzt sich die Schweiz für eine inklusive wirtschaftliche Entwicklung in Nordafrika ein, die insbesondere der jungen Bevölkerung Perspektiven bietet.

In Libyen führte der Umsturz des ehemaligen Regimes zu einem internen bewaffneten Konflikt, der bis heute andauert. Der «Arabische Frühling» hat aber auch positive Entwicklungen eingeleitet: In Tunesien fand ein demokratischer Transitionsprozess statt und trotz Repression gibt es heute in einigen Ländern eine aktive Zivilgesellschaft, die sich für bürgerliche und politische Freiheiten einsetzt. Dank

ihrer Glaubwürdigkeit und ihrer guten Kontakte sowohl zu den Regierungen als auch zu privaten Organisationen kann die Schweiz den Dialog fördern. In Libyen ermöglichen diese Kontakte und die Expertise im Bereich des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte eine aktive Rolle im Rahmen des Friedensprozesses.

Bei den langjährigen Spannungen rund um die Westsahara unterstützt die Schweiz die Bemühungen der Vereinten Nationen eine Lösung im Einklang mit dem Völkerrecht zu finden. Dies ist Voraussetzung für eine stabilere Region, welche auch von den Ereignissen in ihrer südlichen und östlichen Nachbarschaft unmittelbar betroffen ist. Die bewaffneten Konflikte im Sahel, am Horn von Afrika oder im Sudan, in Syrien und im Jemen wie auch in Libyen destabilisieren die Region und haben **irreguläre Migration und Flucht** sowie Waffen-, Drogen- und Menschenmuggel und Menschenhandel zur Folge; hier ist Nordafrika aufgrund der geografischen Lage ein zentraler Knotenpunkt.

Gleichzeitig sind die Staaten Nordafrikas heute nicht mehr nur Herkunfts- und Transitländer für Migration nach Europa, sondern vermehrt auch Zielländer. Dies eröffnet der Schweiz neue Perspektiven für die Zusammenarbeit im Bereich Migration und Schutz. Sie unterstützt lokale Behörden und Institutionen im Migrationsmanagement mittels Expertise und Projekten, die das lokale Asylsystem oder die Grenzverwaltung stärken. Weitere Projekte zielen auf den Schutz und die Integration von Migrantinnen und Migranten in den Erstaufnahmeländern und entlang der Migrationsrouten mittels Nothilfe, Hilfe beim Zugang zu medizinischer Versorgung und zum Arbeitsmarkt, rechtlicher Beratung oder Schutz der Menschenrechte und vor Menschenhandel. Die Schweiz legt dabei den Fokus auf den Schutz von unbegleiteten Kindern. Im Gegenzug erwartet die Schweiz Entgegenkommen bei der Rückkehr von abgewiesenen Asylsuchenden.

Andere Entwicklungen sind für die Schweiz punktuell von Bedeutung. Einige Regionen sind unmittelbar vom **Klimawandel** und fehlendem Zugang zu Süßwasser bedroht. Die schnelle **Urbanisierung** stellt Städte wie Algier, Casablanca oder Kairo vor grosse Aufgaben. Hier trägt die Schweiz zu innovativen Lösungen bei. Um die Interessen der Schweiz in Nordafrika effizient zu verfolgen, sind regelmässige Treffen auf hoher Stufe, beispielsweise im Rahmen von bilateralen politischen Konsultationen, unerlässlich.

NORDAFRIKA UND SUBSAHARA-AFRIKA RÜCKEN NÄHER

Nordafrika hat sich in den letzten Jahren vermehrt wieder dem afrikanischen Kontinent zugewandt. Ägypten hat unter der Führung von Präsident Al-Sisi die Afrikapolitik umstrukturiert und 2019 die Präsidentschaft der Afrikanischen Union übernommen – ein Zeichen dafür, dass Kairo nach Jahrzehnten der Abwesenheit seinen politischen und wirtschaftlichen Einfluss wieder festigen will. Algerien spielt eine wichtige Rolle im Sahel und hat den Vorsitz im Ausschuss zur Überwachung des Friedensabkommens in Mali inne. Es war auch der neue algerische Staatschef, der die Gründung einer Agentur für internationale Zusammenarbeit in Afrika forcierte. Libyen war bereits in der Ära Gaddafi sehr aktiv auf dem afrikanischen Kontinent. Der bewaffnete Konflikt in Libyen hat erhebliche Auswirkungen auf die Länder der Sahelzone, so kommt der Afrikanischen Union eine wichtige Rolle bei der Lösung des Konflikts zu. Auch Marokko hat sich seit der Thronbesteigung von König Mohammed VI 1999 verstärkt nach Afrika ausgerichtet und trat nach mehr als drei Jahrzehnten Absenz wieder der Afrikanischen Union bei. Insbesondere in der Wirtschaft und der Bildung spielt das Land heute eine bedeutende Rolle auf dem Kontinent; der Flughafen in Casablanca ist ein wichtiger Hub für Verbindungen zwischen Afrika und den anderen Kontinenten. Auch Tunesien positioniert sich als Drehscheibe für europäische Unternehmen im Hinblick auf den Eintritt in den afrikanischen Markt, eine Strategie, die von regelmässigen Flugverbindungen nach Westafrika, der Aufnahme vieler afrikanischer Studierender an tunesischen Universitäten und der Visumsbefreiung für Staatsangehörige mehrerer afrikanischer Länder südlich der Sahara unterstützt wird.

Themenbereiche

1. Frieden, Sicherheit und Menschenrechte

- Die Schweiz übernimmt eine führende Rolle beim Dialog der verschiedenen Akteure in Libyen.
- Die Schweiz setzt sich für soziale und politische Transitions- und Reformprozesse ein.
- Die Schweiz setzt eine regionale Initiative zur Prävention von Konflikten und gewalttätigem Extremismus um.
- Die Schweiz bringt sich im Rahmen ihres angestrebten Sitzes im UNO-Sicherheitsrat als kompetente Partnerin in friedenspolitische Themen ein.

2. Nachhaltige Entwicklung

- Die Schweiz setzt sich für eine nachhaltige und inklusive Wirtschaftsentwicklung ein.
- Die Schweiz stellt den Staaten ihre Expertise zur Verfügung, um makroökonomische Stabilität und die Rahmenbedingungen für den Privatsektor zu verbessern. Dies dient auch dem Marktzugang von Schweizer Unternehmen in interessante Wachstumsmärkte.
- Die Schweiz unterstützt staatliche Institutionen in ihrer Aufgabe, soziale Dienstleistungen zu erbringen.
- Die Schweiz fördert den Zugang von Jugendlichen und Frauen zum Arbeitsmarkt. In Zusammenarbeit mit dem Privatsektor bringt sie ihre Expertise in der dualen Berufsbildung ein.

3. Migration und Schutz von Menschen in Not

- Die Schweiz trägt zur Verminderung der Ursachen von Flucht und irregulärer Migration bei.
- Die Schweiz schützt mit Projekten und Massnahmen Migrantinnen und Migranten in den Erstaufnahmeländern und entlang der Migrationsrouten und fördert ihre Integration vor Ort.
- Die Schweiz führt regelmässige Migrationsdialoge mit allen Ländern Nordafrikas und strebt den Abschluss von weiteren bilateralen Migrationsabkommen an; diese regeln auch die Rückübernahme von abgewiesenen Asylsuchenden.
- Die Schweiz fördert die Migrationsgouvernanz vor Ort, indem sie die Kapazitäten der lokalen Behörden und Institutionen in Bereichen der Migration stärkt und Reformen in der Gesetzgebung unterstützt.

Neben diesen Themenbereichen sucht die Schweiz gemeinsam mit dem Privatsektor und den Staaten Nordafrikas vermehrt die sektorielle Zusammenarbeit in Bereichen wie Transport, nachhaltige Energie oder Landwirtschaft.

Länderspezifischer Fokus

	Frieden, Sicherheit und Menschenrechte	Migration und Schutz für Menschen in Not	Nachhaltige Entwicklung	Wirtschaft, Finanzen und Wissenschaft	Digitalisierung und neue Technologien
Ägypten					
Algerien					
Libyen					
Marokko					
Tunesien					

Eingefärbt: stark ausgeprägt / Schraffiert: ausgeprägt / Nicht eingefärbt: nicht ausgeprägt.
Schraffierte Einfärbungen (ausgeprägt) entsprechen den kursiv gestellten Titeln unter Fokus der Schweiz.

ÄGYPTEN					 2015: 92.443 Mio. 2030: 120.832 Mio.	 BIP/Person: USD 2549 Handelsvolumen CH: CHF 1.3 Mrd.	 CH-Kolonie: 1413 Botschaft seit: 1957
					 Wichtigste Abkommen: EFTA-FHA, Doppelbesteuerung, Investitionsschutz		
 24.6 Jahre	 42.7% (2016)	 114/190	 3.3%	 136/163	Prioritäre Bereiche für das Land: – Seit 2016 führt Ägypten im Rahmen eines Weltbank- und IWF-Programms umfassende sozioökonomische Reformen durch, welche ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum garantieren sollen. – Zunehmend eingeschränkter Raum für die Zivilbevölkerung und fehlende wirtschaftliche Perspektiven für die Jugend führen zu Unzufriedenheit. – Um die Folgen der schnellen Urbanisierung und des Klimawandels zu senken, strebt Ägypten eine nachhaltige Nutzung der Ressourcen an.		
 104/141	 32.6% (2018)	 135/141	 91/141	 136/163			
Frieden, Sicherheit und Menschenrechte		Migration und Schutz für Menschen in Not		Nachhaltige Entwicklung	Wirtschaft, Finanzen und Wissenschaft		Digitalisierung und neue Technologien

Fokus der Schweiz in Ägypten

Ägypten ist ein Schwerpunktland der IZA mit Entwicklungsprogrammen des EDA (DEZA, AMS) und des WBF (SECO). Deren Ausgestaltung wird gemäss IZA-Strategie 21–24 und im Kooperationsprogramm Ägypten 2021–2024 festgelegt.

Menschenrechte:

Die Schweiz tauscht sich mit der Regierung über Menschenrechtsthemen aus und unterstützt und schützt Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger. Sie bietet Organisationen der Zivilgesellschaft Dialogplattformen, um sich zu übergreifenden Themen auszutauschen. Frieden, Sicherheit und Menschenrechte werden als transversale Themen in allen Bereichen mitberücksichtigt.

Migration:

Gemeinsam mit lokalen und internationalen Partnern führt die Schweiz Projekte zur Bekämpfung von Menschenhandel und -schmuggel, zur Integration von Migrantinnen und Migranten und einem verbesserten Zugang zum Arbeitsmarkt durch.

Klimawandel und Urbanisierung:

Die Schweiz unterstützt Initiativen in den Bereichen Wassermanagement, Recycling und Grüne Wirtschaft und trägt damit dazu bei, die Folgen des Klimawandels und der Urbanisierung zu mindern.

Wirtschaft:

Die Schweiz stärkt mit Projekten insbesondere makroökonomische Prozesse, Infrastrukturentwicklung sowie lokale KMUs. Sie richtet ihren Fokus auf den Zugang zu Finanzmitteln, auf die stärkere Beteiligung der Frauen und Jugendlichen am Arbeitsmarkt und auf die Berufsbildung mit Schweizer Unternehmen vor Ort.

Algerien

ALGERIEN					 2015: 39.728 Mio. 2030: 50.361 Mio.	 BIP/Person: USD 4114 Handelsvolumen CH: CHF 396 Mio.	 CH-Kolonie: 486 Botschaft seit: 1962
					 Wichtigste Abkommen: Handelsabkommen, Doppelbesteuerung, Rückübernahmeabkommen		
 28.5 Jahre	 72.6% (2018)	 157/190	 2.6%	 111/163	Prioritäre Bereiche für das Land: – Aufgrund der Folgen des tiefen Öl- und Gaspreises strebt Algerien sozioökonomische Reformen und eine Diversifizierung der Wirtschaft an. – Die Proteste seit Februar 2019 haben zum Rücktritt des langjährigen Präsidenten geführt. Sein Nachfolger muss einen Weg zu mehr sozialer Stabilität finden. – Algerien grenzt an mehrere Staaten, in welchen bewaffnete Konflikte herrschen und setzt sich für mehr Stabilität in der Region ein.		
 56/141	 30% (2018)	 102/141	 89/141	 86/141			
Frieden, Sicherheit und Menschenrechte		Migration und Schutz für Menschen in Not		Nachhaltige Entwicklung	Wirtschaft, Finanzen und Wissenschaft		Digitalisierung und neue Technologien

Fokus der Schweiz in Algerien

Migration:

Im Rahmen des regelmässigen Migrationsdialogs strebt die Schweiz eine konsequente Umsetzung des mit Algerien unterzeichneten Abkommens an. Gleichzeitig fördert sie mit Projekten vor Ort eine bessere Integration von Migrantinnen und Migranten in den Arbeitsmarkt.

Trilaterale Projekte:

Die Schweiz nutzt die komplementären Rollen von Algerien für trilaterale Projekte der Süd-Süd-Zusammenarbeit mit Ländern im Sahel zu Themen wie Migration, Friedensförderung oder Sicherheit.

Neue Technologien:

Gemeinsam mit der algerischen Regierung und im Rahmen der IZA-Projekte evaluiert die Schweiz, in welchen Bereichen (Digitalisierung, Innovation oder duale Berufsbildung) sie deren Reformbemühungen unterstützen kann.

Libyen

LIBYEN					 2015: 6.418 Mio. 2030: 7.606 Mio.	 BIP/Person: USD 7242 Handelsvolumen CH: CHF 409.8 Mio.	 CH-Kolonie: 44 Botschaft seit: 1968
 28.8 Jahre	 80.1% (2018)	 186/190	 ---	 156/163	Prioritäre Bereiche für das Land: – Externe Einflüsse und schwache lokale Gouvernanz begünstigen Migration, Schmuggel und gewalttätigen Extremismus. – Fehlende lokale Fachkräfte und externe Interessen hindern den Aufbau eines funktionierenden Staates. – Risiko einer Spaltung des Landes in einen Ost- und Westteil bleibt bestehen. Dabei kommt der Verteilung der Ressourcen (Öl) eine besondere Rolle zu.		
 ---	 41.9% (2018)	 ---	 ---	 ---			
Frieden, Sicherheit und Menschenrechte		Migration und Schutz für Menschen in Not		Nachhaltige Entwicklung	Wirtschaft, Finanzen und Wissenschaft		Digitalisierung und neue Technologien

Fokus der Schweiz in Libyen

Frieden und Gute Dienste:

Die Schweiz bietet sich als Gaststaat für politische Prozesse der UNO an. Sie übernimmt eine aktive Rolle im Rahmen des Berlin-Prozesses als Mitglied und als Co-Vorsitzende der Arbeitsgruppe zum humanitären Völkerrecht und den Menschenrechten.

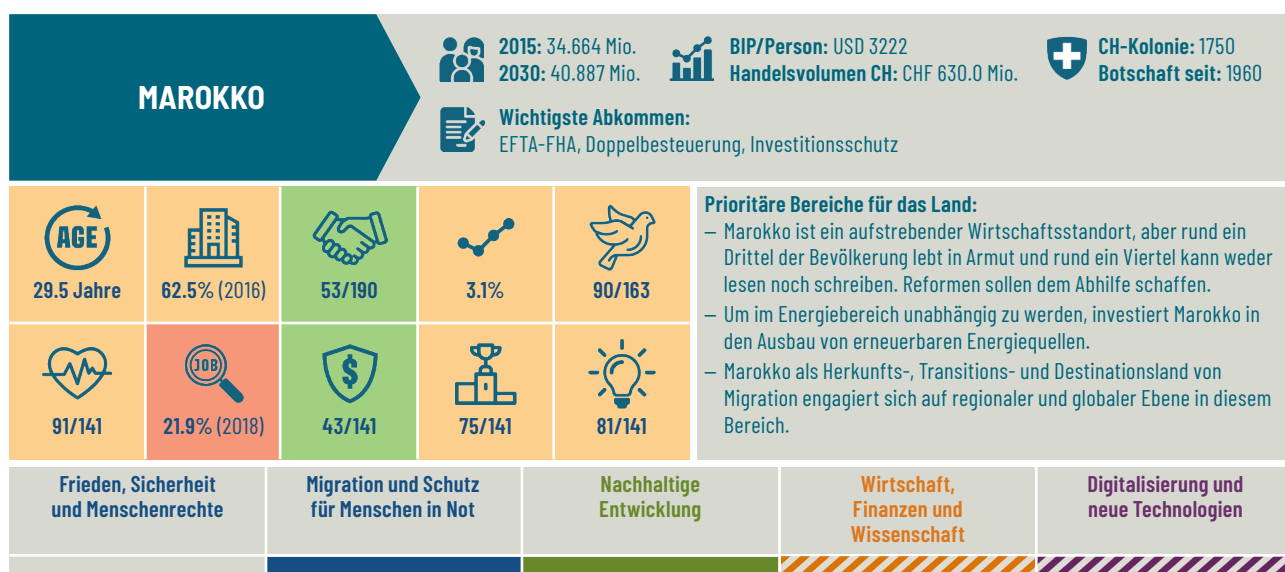
Humanitäre Hilfe:

Die Schweiz unterstützt Menschen in Not und beteiligt sich am humanitären politischen Dialog. Sie nimmt eine zentrale Koordinationsrolle zwischen den internationalen Akteuren der humanitären Hilfe ein.

Nachhaltigkeit:

Die Schweiz organisiert im Inland Studententouren für libysche Akteure zu Themen wie Finanzföderalismus, nachhaltige Landwirtschaft und Wassermanagement, die dem Know-How-Transfer dienen und den Kontakt zu allen Parteien intensivieren.

Marokko



Fokus der Schweiz in Marokko

Migration:

Die Schweiz will den Migrationsdialog mit Marokko intensivieren mit dem Ziel, ein Migrationsabkommen abzuschliessen, das an weitere Zusammenarbeitsvereinbarungen gekoppelt werden kann (etwa Polizeikooperation, Rechtshilfe oder Soziale Sicherheit).

Nachhaltige Entwicklung:

Gemäss bestehender Absichtserklärung setzt sich die Schweiz für eine verstärkte Zusammenarbeit in den Bereichen Energie, Verkehr und Landwirtschaft ein. Sie wird die Umsetzung der Erklärung konsequent fördern, indem sie den Expertenaustausch erleichtert und Projekte des Schweizer Privatsektors begleitet.

Bildung

Neue Technologien:

Die Schweiz begleitet die Reformen im Bildungssektor, auch in der Berufsbildung, indem sie Expertisen bereitstellt und Kontakte zu Akteuren in der Schweiz erleichtert. Sie unterstützt Initiativen von schweizerischen akademischen Institutionen, die mit marokkanischen Bildungsstätten in den Bereichen Ausbildung, Technologie oder Innovation eine Zusammenarbeit suchen.



Fokus der Schweiz in Tunesien

Tunesien ist ein Schwerpunktland der IZA mit Entwicklungsprogrammen des EDA (DEZA), des WBF (SECO) und des EJPD (SEM). Deren Ausgestaltung wird gemäss IZA-Strategie 21–24 im Kooperationsprogramm Tunesien 2021–2024 festgelegt.

Migration:

Die Schweiz wird die umfassende Migrationspartnerschaft mit Tunesien, die Fragen der Rückübernahme von Personen ohne geregelten Aufenthalt in der Schweiz einschliesst, auch mit Projekten vor Ort (Polizeikooperation, Rechtshilfe, etc.) konsequent weiterführen.

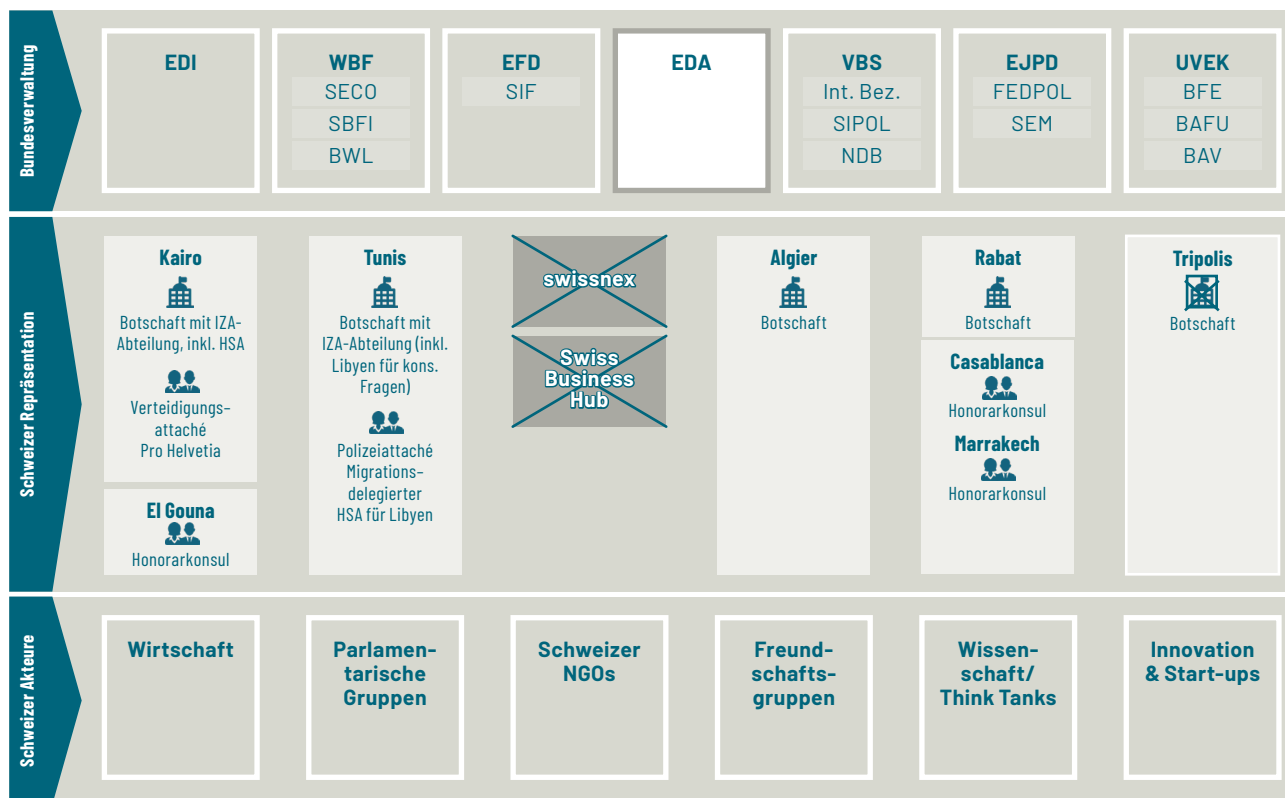
Nachhaltige Entwicklung:

Die Schweiz unterstützt Tunesien mit Expertise, um die Integration in globale und regionale Wertschöpfungsketten zu verbessern und Handelsopportunitäten zu schaffen. Um die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern und das Investitionsklima zu verbessern, unterstützt sie innovative Projekte im nachhaltigen Tourismus und Initiativen, die neue Technologien als Katalysator nutzen.

Gouvernanz:

Die Schweiz nutzt ihre Expertise, um die demokratischen Institutionen zu stärken und Prozesse der öffentlichen Finanzverwaltung transparent zu gestalten. Sie unterstützt Tunesien bei der Umsetzung der Dezentralisierung. Zudem dient die Umsetzung der 2016 unterzeichneten Absichtserklärung zur Prävention von gewalttätigem Extremismus als Instrument, um die Rechenschaftspflicht der staatlichen Institutionen zu fördern.

Schweizer Akteure in Nordafrika



Handlungsachsen

1. **Besuchsdiplomatie:** Die Besuchsdiplomatie auf hoher Ebene ist auszubauen. In den nordafrikanischen Ländern sind persönliche Kontakte auf hohem Niveau zentral, um die Interessen der Schweiz zu vertreten.
2. **Regionaler Austausch:** Der regionale Austausch, insbesondere unter Experten und Expertinnen, ist zu fördern. Austausch schafft Vertrauen. Hierzu organisiert die Schweiz informelle Plattformen oder Studienreisen zu Themen wie Finanzföderalismus, Dezentralisierung, Berufsbildung, gewalttätigem Extremismus oder Umgang mit Minderheiten.
3. **Trilaterale Projekte:** Die Länder Nordafrikas verfügen über breites Wissen und Netzwerke, insbesondere in der Sahelregion oder im Horn von Afrika. Regionale trilaterale Projekte (Schweiz mit Nordafrika und Ländern im Sahel/Horn von Afrika) zu Themen wie Migration, Integration und Prävention von gewalttätigem Extremismus sind zu fördern.
4. **Berufsbildung:** Der Aufbau eines lokalen Berufsbildungssystems ist zu unterstützen. Mit ihrer Expertise in der Berufsbildung kann die Schweiz Projekte im Rahmen öffentlich-privater Partnerschaften fördern, die Modellcharakter haben. In einem zweiten Schritt kann sie sich für die Anerkennung der Ausbildungen in der Region einsetzen.
5. **Botschaft in Libyen:** Die Schweizer Botschaft in Libyen soll wieder geöffnet werden, sobald es die Sicherheitslage erlaubt. Damit kann die Schweiz ihre Rolle als Vermittlerin in Libyen besser wahrnehmen.
6. **Wirtschaft:** Die Zusammenarbeit mit Akteuren der Privatwirtschaft in Nordafrika soll verstärkt werden. Neben der IZA eröffnen sich weitere Opportunities für Wirtschaftsbeziehungen, etwa im Bereich erneuerbarer Energien.

4.2 Naher Osten

Die drei zentralen Herausforderungen für die Region des Nahen Ostens – und somit prioritäre Themenbereiche für die Schweiz – sind die **bewaffneten oder politischen Konflikte**, die **wirtschaftliche Entwicklung** und die **Gouvernanz**. Gleichzeitig schafft die Entwicklung von weltweit führenden Start-ups in einigen Ländern der Region interessante Opportunitäten.

Der **israelisch-palästinensische Konflikt** dauert seit über 70 Jahren an. Im Kern geht es um territoriale Ansprüche. Nach dem Zweiten Weltkrieg übergab Grossbritannien das Völkerbundsmandat für Palästina der UNO. Diese legte 1947 einen Teilungsplan vor, der das Mandatsgebiet in einen jüdischen und einen arabischen Staat teilen sollte. 1948 wurde der Staat Israel gegründet. Es folgte der arabisch-israelische Krieg von 1948, der eine bis heute andauernde Flüchtlingskrise zur Folge hatte. Schätzungen gehen von rund 750'000 Palästinenserinnen und Palästinensern aus, die 1950 auf der Flucht waren. Da der Flüchtlingsstatus «vererbt» wird, es bislang keine politische Lösung gibt und aufgrund der demografischen Entwicklung, sind mittlerweile über 5,5 Millionen palästinensische Flüchtlinge beim Hilfswerk der Vereinten Nationen **UNRWA** registriert. Diese Menschen sind teilweise staatenlos, teilweise Bürgerinnen und Bürger von Staaten im Nahen Osten. Sie leben im Besetzten palästinensischen Gebiet, in Jordanien, dem Libanon und Syrien. Ein Drittel wohnt in Siedlungen, die offiziell als Flüchtlingslager anerkannt sind. Die von der UNRWA bereitgestellten Basisdienstleistungen sind für die palästinensischen Flüchtlinge von grosser Bedeutung. Da die Flüchtlinge nur selten einen Zugang zum Arbeitsmarkt haben, werden ihre Perspektiven nachhaltig nicht verbessert und sie bleiben abhängig vom System.

UNRWA

In Ermangelung einer politischen Lösung des Konflikts im Nahen Osten, einschliesslich der Situation der palästinensischen Flüchtlinge, spielt die UNRWA-Agentur weiterhin eine Schlüsselrolle bei der Unterstützung der palästinensischen Bevölkerung. Durch die Bereitstellung grundlegender Dienstleistungen, insbesondere in den Bereichen Bildung und Gesundheit, trägt sie zur Stabilität der Region und zum Kampf gegen die Radikalisierung bei.

Die Schweiz unterstützt die UNRWA seit ihrer Gründung durch die UNO-Generalversammlung (UNGV) im Dezember 1949. Das Mandat der UNRWA wurde im Dezember 2019 von der UNO für drei weitere Jahre gesprochen. Als wichtigste internationale Organisation in der Region im humanitären Bereich ist die UNRWA im Westjordanland, im Gazastreifen, in Jordanien, im Libanon und in Syrien tätig.

Seit Jahren kämpft die UNRWA mit Management- und Finanzproblemen. Das Budget der UNRWA beträgt 2020 1,4 Milliarden US-Dollar, der jährliche Beitrag der Schweiz schwankt zwischen 20 und 27 Millionen Franken.

Die Schweiz setzt sich für die notwendigen Reformen in der UNRWA ein, die als Reaktion auf Kritiken lanciert worden sind. Mehr Gewicht soll auf die Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten bzw. den Zugang zum Arbeitsmarkt für palästinensische Flüchtlinge gelegt werden.

Bislang konnten aber keine Lösungen gefunden werden, welche die strukturelle Abhängigkeit der palästinensischen Flüchtlinge von der UNRWA verringern.

Nach dem Krieg 1967 und der Besetzung der Gebiete durch Israel hat sich eine international breit abgestützte Sichtweise etabliert, wonach die Suche nach einer Lösung des Konflikts von einer Reihe von Parametern ausgehen sollte. Dazu zählen die Anerkennung des Staates Israels und die Errichtung eines lebensfähigen, zusammenhängenden und souveränen palästinensischen Staates auf der Grundlage der Grenzen von 1967 – sowie eine gerechte, umfassende und ausgehandelte Lösung insbesondere in der Frage der palästinensischen Flüchtlinge, der Grenzen, der Sicherheitsaspekte und des Status von Jerusalem. Betreffend letzterem vertreten zahlreiche Staaten die Position, dass Jerusalem die Hauptstadt beider Staaten sein soll. Die Schweiz kann sich dieser Position anschliessen – wobei es in erster Linie den Parteien überlassen bleibt, eine für beide Seiten akzeptable Lösung zu vereinbaren.

Bisher sind alle Bemühungen, eine Lösung des Konflikts zu finden, gescheitert. Auch der von US-Präsident Donald Trump Anfang 2020 präsentierte Friedensplan für den Nahen Osten wurde nicht von beiden Seiten als akzeptable Lösung gesehen und fand weder bei den arabischen Ländern noch im internationalen Rahmen genügend Zustimmung.

Die Hindernisse für eine Lösung des Konflikts sind zahlreich. Der Siedlungsbau hat sich im Westjordanland auch in Gebieten in und um Jerusalem beschleunigt, was zu vermehrten Feindseligkeiten und Kämpfen zwischen Israelis und Palästinensern führt und eine Zweistaatenlösung erschwert. Die Bemühungen um eine innerpalästinensische Versöhnung und um die Rückkehr der palästinensischen Behörde in den Gazastreifen sind angesichts der Spannungen zwischen Hamas und Fatah vorläufig gescheitert. Die Legitimität der palästinensischen Institutionen und die innerpalästinensische Versöhnung – auch durch Wahlen – sind aber notwendige Voraussetzungen für die Zweistaatenlösung. Angesichts der verschlechterten humanitären und wirtschaftlichen Situation im Gazastreifen bleibt die Sicherheitslage fragil und das Risiko eines neuerlichen Waffengangs erhöht sich.

POSITION DER SCHWEIZ ZUM NAHOSTKONFLIKT⁶

Die Schweiz unterstützt die vom UNO-Sicherheitsrat formulierte Vision einer Region mit zwei demokratischen Staaten, Israel und Palästina, die Seite an Seite in Frieden und innerhalb sicherer und anerkannter Grenzen leben. Sie ist überzeugt, dass nur eine durch beide Seiten verhandelte Zwei-Staaten-Lösung im Einklang mit dem Völkerrecht und international vereinbarten Parametern, einschliesslich der Resolutionen des UNO-Sicherheitsrats, zu einem dauerhaften Frieden zwischen Israelis und Palästinensern führen kann.

Im Rahmen der Fragen zum endgültigen Status von Israel und Palästina (Endstatusfragen) müssen die Parteien eine Lösung für folgende Elemente gemeinsam vereinbaren:

- 1) Status von Jerusalem;
- 2) eine gerechte und umfassende Lösung für die Flüchtlingsfrage;
- 3) die künftigen Grenzen (Vereinbarung auf der Basis von 1967, mit der Möglichkeit, sich auf einen gleichwertigen Landtausch zu einigen);
- 4) Sicherheitsvereinbarungen für Israel und Palästina.

Die Schweiz ruft alle Parteien dazu auf, ihre Verpflichtungen im Bereich des Völkerrechts, insbesondere im Humanitären Völkerrecht, wahrzunehmen und von einseitigen Massnahmen abzusehen, die die Friedensbemühungen beeinträchtigen könnten. Sie bietet den Parteien ihre Guten Dienste an, um die Wiederaufnahme glaubwürdiger Friedensgespräche zu unterstützen.

In den letzten zehn Jahren hat die Region aber Umbrüche erlebt, die weit über den israelisch-palästinensischen Konflikt hinausgehen. So mündeten die Volksaufstände in **Syrien** 2011 in einen bewaffneten Konflikt, der zu einer beispiellosen humanitären und Migrationskrise geführt hat. Vor Ort sind 11 Millionen Menschen von Nothilfe abhängig. Mehr als

5,5 Millionen Syrerinnen und Syrer sind in den Nachbarländern (Libanon, Jordanien, Türkei und Irak) als Flüchtlinge registriert und sechs Millionen gelten als Binnenvertriebene. Viele Flüchtlinge leben in äusserst prekären Situationen und die Kapazitäten der aufnehmenden Gemeinschaften und Regierungen stossen an ihre Grenzen.

Es ist eine internationale Priorität, Hilfe vor Ort zu leisten. Die Schweiz bietet Massnahmen für Nothilfe an und unterstützt Projekte, welche die vom Konflikt am stärksten betroffenen Menschen schützen und nachhaltige Lösungen anpeilen. Dazu gehören Registrierung und Dokumentierung von Flüchtlingen, rechtliche Beratung, Schutz der Grundrechte sowie Resettlement. Ebenso festigt die Schweiz in den Nachbarländern Syriens die Kapazitäten der lokalen Behörden im Bereich Migrationsmanagement mittels Expertise zu Themen wie *Integrated Border Management*. Fragen der Rückkehr und der Bedingungen für eine Unterstützung des Wiederaufbaus in Syrien werden heute kontrovers diskutiert und werden zukünftig an Bedeutung gewinnen.

Eine politische Lösung des Syrienkonflikts ist Voraussetzung für die Überwindung der humanitären Krise. Deshalb unterstützt die Schweiz als Gaststaat des UNO-Friedensprozesses in Genf die politische Lösungssuche.

Im **Irak** gibt es nach wie vor rund 1,6 Millionen Binnenvertriebene; knapp sieben Millionen Menschen sind auf humanitäre Hilfe angewiesen. Dennoch steht das Land nach den Krieg- und Krisenjahren heute am Anfang einer Wiederaufbauphase. Dies eröffnet Perspektiven für eine Stärkung der bilateralen Beziehungen. Es besteht bereits eine Zusammenarbeit im Bereich der Rückkehr von abgewiesenen Asylsuchenden, die vertieft und wenn möglich formalisiert werden soll. Interesse zeigt die Schweiz auch daran, die irakischen Behörden in der Reintegration und im Migrationsmanagement zu unterstützen. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit kann verstärkt werden. Die Ausbreitung des «Islamischen Staates» im Irak hat gezeigt, dass starke Institutionen, rechtsstaatliche Strukturen und der Abbau von religiösen Ressentiments (Schiiten-Sunniten) im Irak zentrale Faktoren für die Stabilität der Region sind. Viele europäische Länder sind vor Ort mit einer Botschaft vertreten; die Schweizer Interessen werden von der Vertretung in Jordanien wahrgenommen.

Der Nahe Osten steht vor grossen Herausforderungen wirtschaftlicher, sozialer und politischer Natur. Bevölkerungswachstum, eingeschränkte Grundrechte und eine **schwierige Wirtschaftslage** führen zu hoher Arbeitslosigkeit und Protestbewegungen. Insbesondere der jüngeren Generation fehlt es an wirtschaftlichen Perspektiven, was den gewalttätigen Extremismus begünstigen kann. Die seit Ende 2019 andauernden Protestbewegungen im **Libanon** wie auch die Reaktionen auf die Explosion in Beirut im August 2020 weisen auf ein hohes politisches Bewusstsein und auf die Frustration der Bevölkerung hin.

Die Schweiz setzt sich in der Region für die junge Generation ein, indem sie die Berufsbildung fördert und so den Zugang zum Arbeitsmarkt begünstigt. Dabei werden insbesondere neue Technologien berücksichtigt.

⁶ <https://www.eda.admin.ch/eda/de/home/das-eda/aktuell/dossiers/alle-dossiers/ch-position-nahostkonflikt.html>

Themenbereiche

1. Frieden, Sicherheit und Menschenrechte

- Die Schweiz bietet ihre Rolle als Fazilitatorin in den Friedensprozessen der Region an, insbesondere im Nahostkonflikt und im Konflikt in Syrien.
- Die Schweiz setzt sich für die Konfliktprävention ein und gegen den gewalttätigen Extremismus. Sie fördert Vergangenheitsarbeit, damit Verbrechen nicht unbefragt bleiben und Menschenrechtsverletzungen aufgearbeitet werden. Genderaspekte, Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht bilden den Rahmen ihres Engagements.
- Die Schweiz stärkt ihr friedenspolitisches Engagement im Rahmen des angestrebten Sitzes im UNO-Sicherheitsrat.
- Die Schweiz unterstützt die United Nations Truce Supervision Organization (UNTSO), gegründet 1948, mit der Entsendung rund eines Dutzends Schweizerinnen und Schweizern. Diese andauernde Friedensmission der Vereinten Nationen zur Wahrung des Waffenstillstandes im Nahen Osten erstreckt sich über Israel, Ägypten, Jordanien, Libanon und Syrien.
- Die Schweiz unterstützt Initiativen, die auf faire Regeln zur Nutzung grenzüberschreitender Wasserressourcen abzielen und dadurch das Konfliktpotenzial verringern (Blue Peace Initiativen).

2. Migration und Schutz von Menschen in Not

- Die Schweiz leistet weiter humanitäre Hilfe an die von den Konflikten am stärksten betroffenen Menschen und setzt sich für den Schutz von Flüchtlingen und intern Vertriebenen ein.
- Die Schweiz unterstützt die lokalen Behörden beim Aufbau ihrer Kapazitäten im Migrationsmanagement.
- Die Schweiz fördert nachhaltige Perspektiven von Flüchtlingen, Binnenvertriebenen und Migrierenden, indem sie eine hochwertige Bildung, Arbeitsmöglichkeiten und das Resettlement der vulnerabelsten Flüchtlinge unterstützt.

3. Nachhaltige Entwicklung

- Die Schweiz unterstützt lokale Behörden in der Erbringung sozialer Dienstleistungen im Bereich Gesundheits- und Wasserversorgung.
- Die Schweiz verstärkt die Zusammenarbeit mit privaten und öffentlichen Partnern, um das Potenzial der neuen Technologien zu nutzen.
- Die Schweiz fördert Projekte, die Jugendlichen und Frauen den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern.

Neben diesen drei prioritären Themenbereichen arbeitet die Schweiz im Bereich Wirtschaft und Finanzen mit Israel zusammen. Zudem verfolgt sie mit Jordanien, Israel sowie anderen Ländern der MENA-Region regionale Initiativen mit Fokus auf Wissenschaftsdiplomatie.

Länderspezifischer Fokus

	Frieden, Sicherheit und Menschenrechte	Migration und Schutz für Menschen in Not	Nachhaltige Entwicklung	Wirtschaft, Finanzen und Wissenschaft	Digitalisierung und neue Technologien
BPG					
Irak					
Israel					
Jordanien					
Libanon					
Syrien					

Eingefärbt: stark ausgeprägt / Schraffiert: ausgeprägt / Nicht eingefärbt: nicht ausgeprägt.
Schraffierte Einfärbungen (ausgeprägt) entsprechen den kursiv gestellten Titeln unter Fokus der Schweiz.

Besetztes Palästinensisches Gebiet



Fokus der Schweiz im Besetzten Palästinensischen Gebiet

Das Besetzte Palästinensische Gebiet ist ein IZA-Schwerpunkt mit Entwicklungsprogrammen des EDA. Deren Ausgestaltung wird im Kooperationsprogramm Naher Osten 2021–2024 festgelegt.

Friedensprozess:

Die Schweiz bietet ihre Guten Dienste für einen israelisch-palästinensischen und innerpalästinensischen Dialog an. Sie verfolgt auch das Ziel, über funktionierende palästinensische Institutionen Rechtsstaatlichkeit, Gouvernanz sowie die Einhaltung des Völkerrechts zu verbessern.

Humanitäre Hilfe:

Die Schweiz unterstützt die lokalen Behörden darin, grundlegende Dienstleistungen für Menschen in Not – wie den Zugang zu Wasser im Gazastreifen – sowie Nahrung und Bildung für palästinensische Flüchtlinge sicherzustellen.

Nachhaltigkeit:

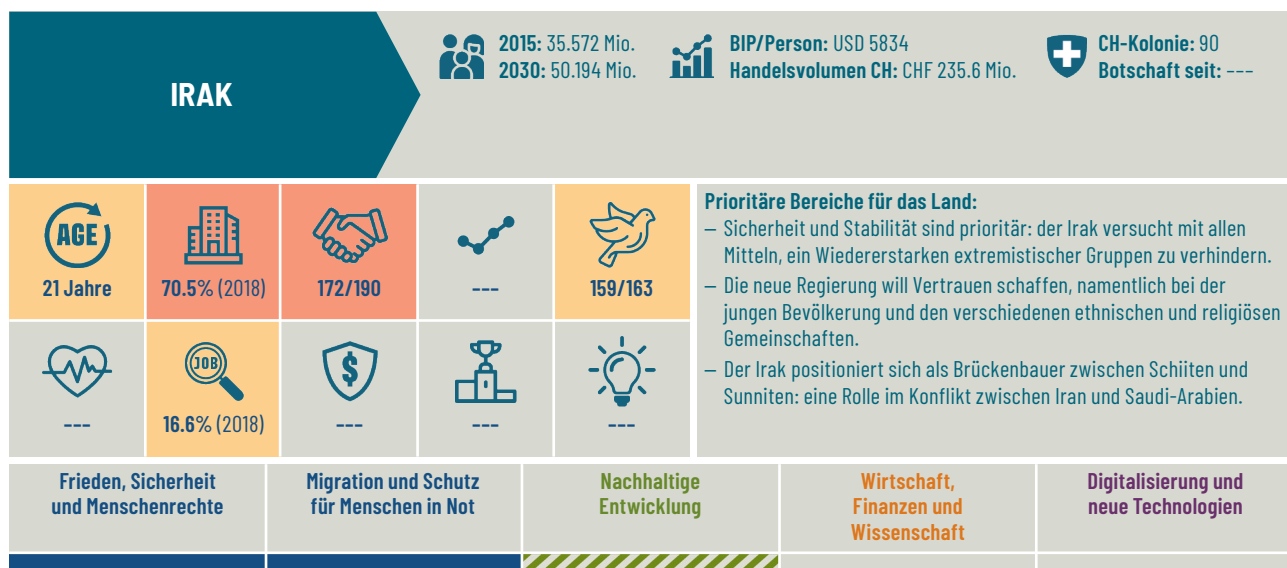
Die Schweiz fördert die Resilienz der Bevölkerung, um die Abhängigkeit von humanitärer Hilfe zu verringern.

Jobs

Neue Technologien:

Die Schweiz sucht die Zusammenarbeit mit dem Privatsektor, um Perspektiven, Arbeitsplätze und Einkommensmöglichkeiten für junge Menschen zu schaffen, vor allem im Bereich der neuen Technologien.

Irak



Fokus der Schweiz im Irak

Frieden, Sicherheit und Menschenrechte:

Die Schweiz setzt Akzente in der Dialogförderung wie auch bei der Vergangenheitsarbeit, der Rechtsstaatlichkeit und bei Menschenrechten.

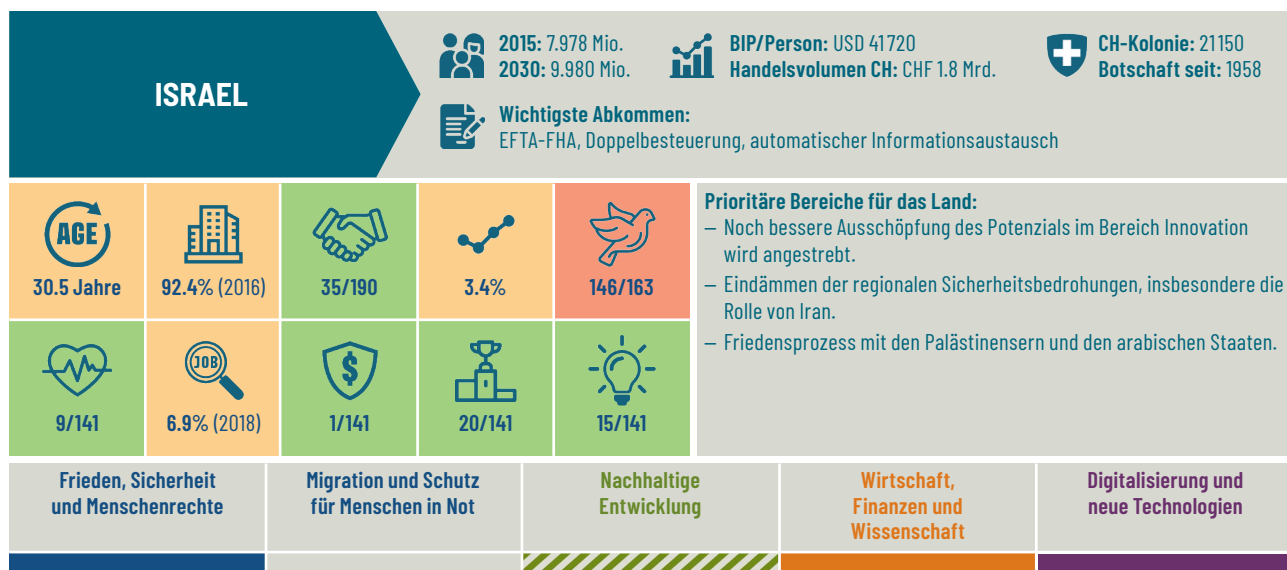
Flucht, Migration / Humanitäre Hilfe:

Im Vordergrund stehen die Rückkehr und Reintegration von abgewiesenen Asylsuchenden. Die bilateralen Migrationsbeziehungen mit dem Irak sollen vertieft und formalisiert werden. Die Schweiz setzt sich dafür ein, dass die Grundbedürfnisse intern vertriebener Menschen befriedigt werden.

Wirtschaftliche Entwicklung:

Im aktiven Dialog mit der Regierung engagiert sich die Schweiz für eine Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

Israel



Fokus der Schweiz in Israel

Friedensprozess:

Die Schweiz bietet ihre Guten Dienste für einen israelisch-palästinensischen Dialog an. Sie fordert die Schlüsselakteure auf, sich daran zu beteiligen und das Völkerrecht einzuhalten.

Wirtschaft und Finanzmarktbeziehungen:

Im Rahmen der bestehenden Abkommen und Absichtserklärungen werden die Beziehungen im Wirtschafts- und Finanzdienstleistungsbereich weiter intensiviert, um israelischen und schweizerischen Unternehmen gegenseitig einen besseren Marktzugang zu verschaffen.

Wissenschaftsdiplomatie

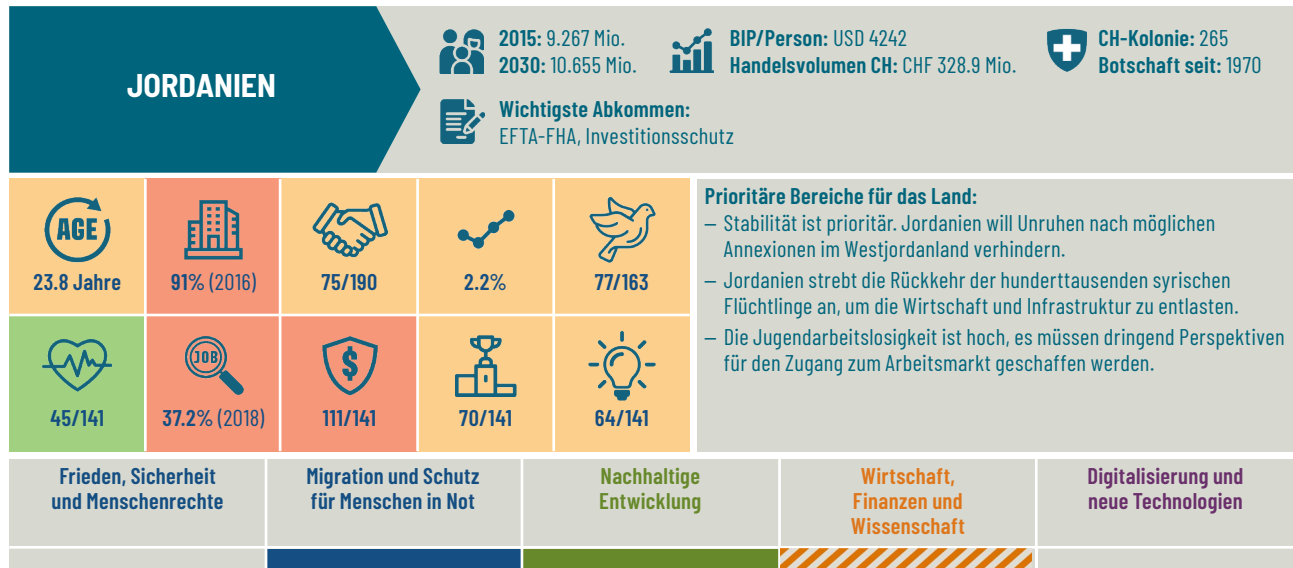
Neue Technologien:

Die auf dem bottom-up-Prinzip basierende wissenschaftliche Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen (Fintech, Cybertech, Medtech, Tech4Good, Klima usw.) kann auch dazu dienen, Vertrauen in die Bewältigung der geopolitischen Herausforderungen zu schaffen.

Grüne Diplomatie:

Gemeinsame Projekte im Bereich Umwelt und Klima («grüne Diplomatie») dienen dem Wissenstransfer im Hinblick auf die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030.

Jordanien



Fokus der Schweiz in Jordanien

Schutz und Migration:

Die Schweiz setzt sich mittels Unterstützung von Projekten und eines trilateralen Dialogs mit den jordanischen Behörden und der UNRWA für nachhaltige Lösungen und verbesserte Lebensbedingungen für Menschen in Not, Flüchtlinge und andere Binnenvertriebene ein.

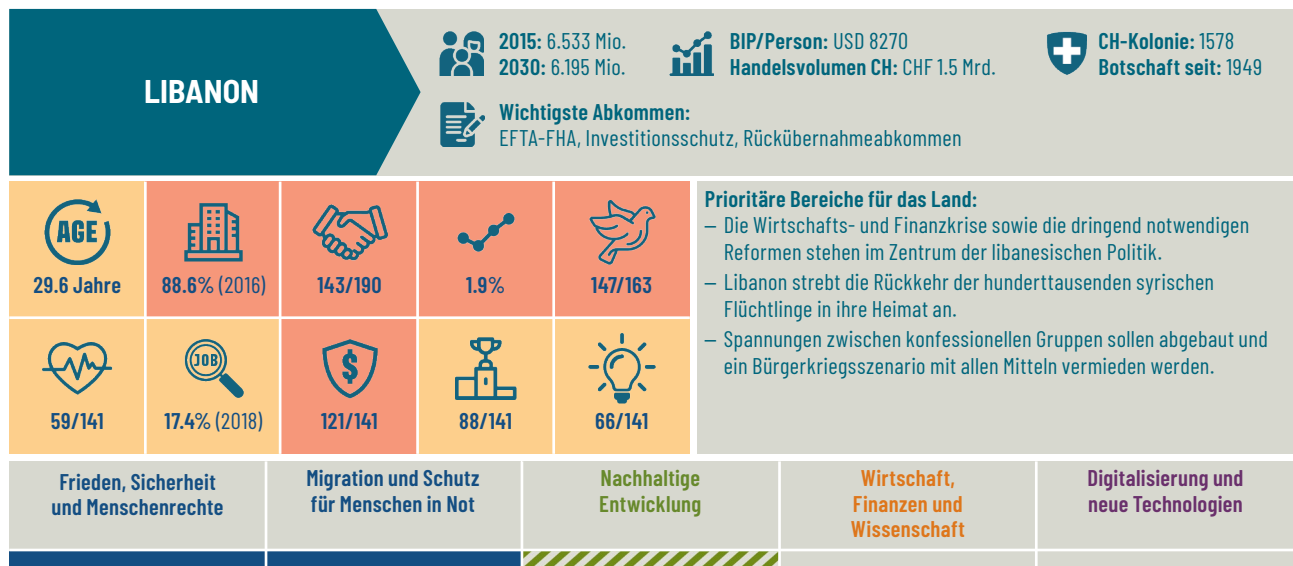
Jobs:

In Partnerschaften im Bereich der Berufsbildung sollen Unternehmertegeist und Sinn für Innovation gestärkt werden.

Wissenschaftsdiplomatie:

Transnationale Innovations- und Forschungsprojekte von autonomen Institutionen wie beispielsweise SESAME werden gepflegt und wenn möglich als Brückenbauer für regionale Friedensinitiativen genutzt.

Libanon



Fokus der Schweiz im Libanon

Frieden, Sicherheit und Menschenrechte:

Die Schweiz hat einen sehr guten Zugang zu allen relevanten staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren und unterstützt

Dialoge zur Lösung von Krisen und Konflikten sowie zur Vergangenheitsarbeit und Prävention von gewalttätigem Extremismus.

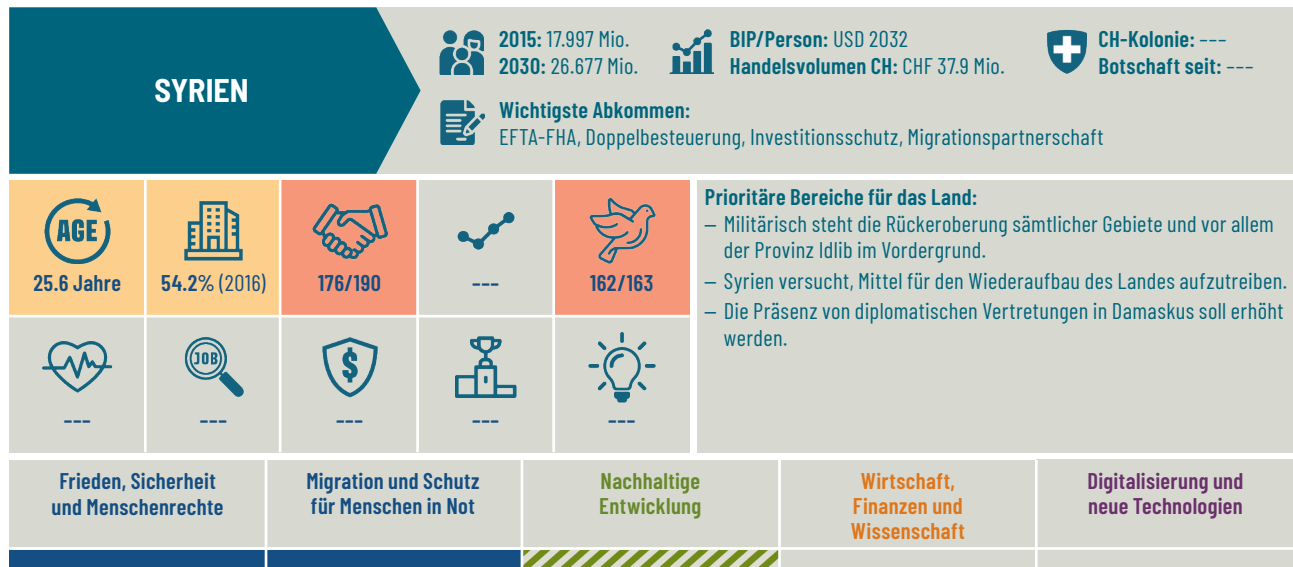
Schutz und Migration:

Die Schweiz fördert für Menschen in Not einen verbesserten Zugang zu Wasser, sanitären Einrichtungen und Bildung. Sie festigt die Kapazitäten der lokalen Behörden im Migrationsmanagement, stärkt das lokale Aufnahmesystem und unterstützt nachhaltige Lösungen, auch durch Resettlement in die Schweiz.

Wirtschaftliche Entwicklung:

Im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit und im aktiven Dialog mit Schweizer Firmen engagiert sich die Schweiz für eine Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

Syrien



Fokus der Schweiz in Syrien

Frieden, Sicherheit und Menschenrechte:

Die Schweiz unterstützt als Gaststaat den UNO-Friedensprozess in Genf und achtet auf den Einbezug der Zivilgesellschaft und die Verbesserung der Situation von verhafteten und vermissten Personen. Sie setzt sich für die Einhaltung des Völkerrechts (z.B. via *International, Impartial and Independent Mechanism*) und bei der Organisation für das Verbot von chemischen Waffen (OPCW) für die Eliminierung von chemischen Waffen in Syrien ein. Sie leistet Präventionsarbeit bei gewalttätigem Extremismus (inklusive Dschihadismus).

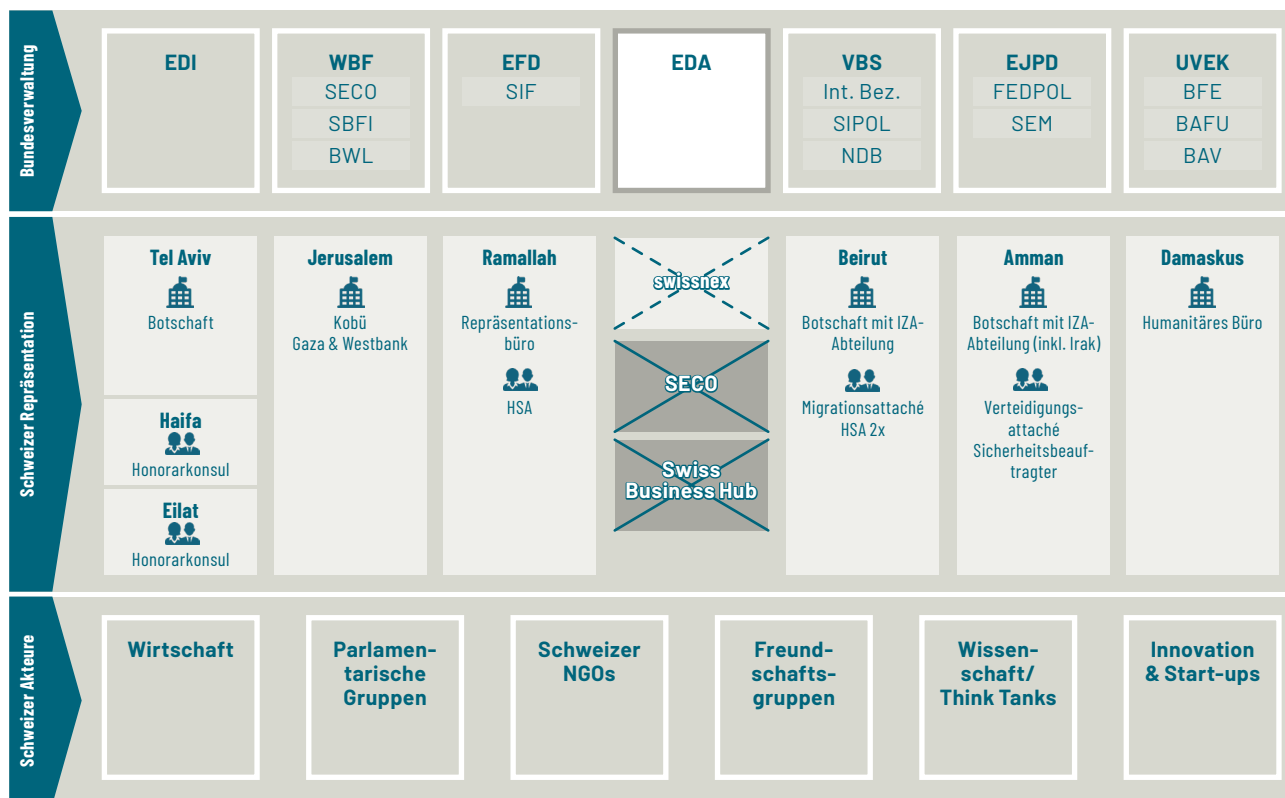
Humanitäre Hilfe:

Die Schweiz unterstützt Menschen in Not mit Nothilfe, Schutz der Zivilbevölkerung, Sicherung von Lebensgrundlagen und Zugang zu Basisdienstleistungen.

Nachhaltigkeit:

Die Schweiz fördert die Resilienz der Bevölkerung, um die Abhängigkeit von humanitärer Hilfe zu verringern.

Schweizer Akteure im Nahen Osten



Handlungsachsen

- Israelisch-palästinensischer Konflikt:** Die Schweiz bietet ihre Guten Dienste für einen israelisch-palästinensischen Dialog an. Sie fordert die Schlüsselakteure in der Region auf, sich daran zu beteiligen. Sie unterstützt alle Bestrebungen, die auf eine gerechte und friedliche Lösung des Konflikts abzielen und im Einklang mit dem Völkerrecht sind.
- Sondergesandte im Nahen Osten und Taskforce:** Das Mandat des Sondergesandten soll überprüft und allenfalls neu definiert werden, um das Potenzial für Gute Dienste besser auszuschöpfen. Die Taskforce Naher Osten soll regelmässig tagen und einen kohärenten Auftritt der Bundesverwaltung sicherstellen.
- Umsetzungspartner:** In einem konfliktgeladenen Kontext ist es besonders wichtig, Partner sorgfältig auszuwählen und sie regelmässig zu überprüfen. Bei konstantem Finanzvolumen will die Schweiz das Risiko minimieren und mit einer reduzierten Anzahl NGOs fokussiert zusammenarbeiten.
- Jobs:** Voraussetzung für eine nachhaltige Lösung des Konfliktes sind Arbeitsperspektiven für junge Menschen. Die Schweiz fördert das Unternehmertum und Initiativen, die berufliche Perspektiven eröffnen.
- Migration:** Die Schweiz setzt sich für die Aufrechterhaltung des Schutzraums für Flüchtlinge und Vertriebene sowie die Stärkung der Kapazitäten von lokalen Behörden ein.
- Nachhaltigkeit:** Die Schweiz fördert die Resilienz der Bevölkerung, um die Abhängigkeit von humanitärer Hilfe zu verringern.
- Diplomatische Präsenz:** Aufgrund der geopolitischen Bedeutung Iraks strebt die Schweiz eine diplomatische Vertretung in Irak an.
- Wissenschaftsdiplomatie:** Transnationale Innovations- und Forschungsprojekte werden gepflegt und als Brückenbauer für regionale Friedensinitiativen genutzt, im Einklang mit der internationalen Strategie des Bundesrates.
- UNRWA:** Die Schweiz fordert die Umsetzung der angekündigten Reformen der UNRWA und setzt sich für verbesserte Kontrollmechanismen ein.

4.3 Arabische Halbinsel und Iran

Die drei zentralen Herausforderungen für die Region der Arabischen Halbinsel und Iran – und somit prioritäre Themenbereiche für die Schweiz – sind die **regionale Stabilität und Sicherheit**, die **Wirtschafts- und Finanzkooperation** und der **nachhaltige Umgang mit den natürlichen Ressourcen**.

Die Arabische Halbinsel und Iran stehen seit langem **im Zentrum internationaler und regionaler Spannungen**. In den für den internationalen Handel strategisch wichtigen Meerengen Bab al Mandab und der Strasse von Hormus kommt es wiederholt zu Vorfällen wie Angriffen auf Frachtschiffe oder Militärmanöver, welche die Spannungen zwischen den USA und Iran verdeutlichen. Der jahrelange Krieg im **Jemen** hat zur weltweit grössten humanitären Krise geführt. Ein Ende der Spannungen zwischen **Katar** einerseits sowie Ägypten, Bahrain, Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) andererseits ist nicht in Sicht. Die zunehmende geopolitische und wirtschaftliche Präsenz einzelner MENA-Staaten am Horn von Afrika birgt Potenzial für neue Konflikte. Vor diesem Hintergrund ist ein Dialog zwischen den Staaten unerlässlich, um Vertrauen zu schaffen und Spannungen abzubauen. Im Rahmen ihrer verschiedenen Schutzmandate (USA in Iran, Saudi-Arabien in Iran und Iran in Saudi-Arabien, Iran in Kanada) trägt die Schweiz massgeblich zur Deeskalation bei, indem sie die Kommunikation zwischen diesen Staaten aufrechterhält. Als zuverlässige, diskrete und neutrale Vermittlerin besitzt die Schweiz Zugang zu den höchsten Regierungsvertretern dieser Staaten. Die Schweiz ist dank ihrer Glaubwürdigkeit, den guten Beziehungen zu allen Staaten der Region und ihrer vielfältigen thematischen Expertise gut positioniert, um den Dialog zu fördern. Sie unterstützt bereits Initiativen zur Vertrauensbildung und regionalen Integration, kann ihre Rolle aber mit der Ernennung eines Experten für solche Initiativen in der Region stärken.

SCHWEIZER SCHUTZMACHTMANDATE

Eine Schutzmacht tritt in Funktion, wenn zwei Staaten die diplomatischen und/oder konsularischen Beziehungen abbrechen. Sind alle betroffenen Parteien einverstanden, übernimmt die Schutzmacht die mit dem mandatierenden Staat vereinbarten Aufgaben, gewährt den Angehörigen dieses Staats vor Ort Schutz und/oder vertritt dessen Interessen im Gaststaat. Diese Dienstleistung erlaubt den betroffenen Staaten, minimale Beziehungen aufrechtzuerhalten. Die Schweiz hat eine lange Tradition der Wahrung fremder Interessen. Bereits im 19. Jahrhundert trat sie als Schutzmacht auf. Den betroffenen Staaten kann die Schweiz diese Funktion von sich aus anbieten oder sie übernimmt sie auf Ersuchen der betroffenen Parteien – vorausgesetzt alle Beteiligten sind damit einverstanden. Formell erfolgt die Erteilung der jeweiligen Mandate an die Schweiz mittels Abschlusses eines in der Regel völkerrechtlichen Vertrags zwischen der Schweiz und dem mandatierenden Staat. Für die erbrachten Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Interessenvertretung wird sie vom mandatierenden Staat entschädigt.

Die Bereitschaft der Schweiz, Schutzmandate weiterhin wahrzunehmen, hat der Bundesrat in der APS 20–23 explizit hervorgehoben. Aktuell hat die Eidgenossenschaft sieben Mandate: Sie vertritt die USA in Iran (seit 1980), Russland in Georgien (seit 2008) und Georgien in Russland (seit 2009), Iran in Ägypten (seit 1979), Iran in Saudi-Arabien (seit 2017) und Saudi-Arabien in Iran (seit 2017) sowie Iran in Kanada (seit 2019).

Die Staaten in der Region streben angesichts der volatilen Erdölpreise eine **Diversifizierung der Wirtschaft und der Einnahmequellen** an. Die Diversifizierung fördert die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung in der Region, stellt die Staaten aber auch vor die Aufgabe, die Bevölkerung gemäss den Anforderungen der neuen Wirtschaftszweige auszubilden. Einzelne, in den Golfstaaten präsente Schweizer Unternehmen haben deshalb eigene duale Ausbildungsprogramme lanciert. Solche Initiativen des Privatsektors sollen in Zukunft stärker genutzt und in der Region vernetzt werden. Die Schweiz setzt sich allgemein für einen möglichst diskriminierungsfreien Marktzugang ihrer Privatwirtschaft ein. Mit den Staaten des Golf-Kooperationsrates (GCC-Staaten) hat sie als eines der wenigen Länder im Rahmen der EFTA ein Freihandelsabkommen abgeschlossen. Die Schweiz setzt sich zudem für eine verantwortungsvolle Unternehmensführung ein. Indem sie die vor Ort aktiven Schweizer Unternehmen bei der Selbstregulierung und der Schaffung von transparenten Lieferketten unterstützt, wirkt die Schweiz auch Reputationsrisiken entgegen. Der soziale, wirtschaftliche und kulturelle Wandel in der Golfregion geht nicht überall mit einer Verbesserung der Menschenrechtssituation einher. Die Schweiz soll deshalb die geplanten

Reformen über die wirtschaftlichen Aspekte hinaus nutzen, um die Rechtsstaatlichkeit und die Menschenrechte zu stärken, mit Fokus auf die Frauen und Arbeitsmigrantinnen und -migranten.

Alle Länder der Region sind vom Klimawandel betroffen, was sich vor allem in zunehmender Knappheit von Süsswasser äussert. Die Staaten der Region legen daher vermehrt Wert auf einen **nachhaltigen Umgang mit natürlichen Ressourcen**. Im Rahmen der wirtschaftlichen Diversifizierung erschliessen sie neue Farmen innerhalb der Landesgrenzen und kaufen Ackerland in anderen Teilen der Welt (insbesondere Ostafrika und Asien). Auch wollen sie längerfristig das **Erdöl durch nachhaltige Energieträger ersetzen**. Deshalb beinhalten die Reformpläne der Golfstaaten auch Ziele zu Nachhaltigkeit und Umweltschutz. Für Schweizer Unternehmen, die sich auf nachhaltige Technologien spezialisiert haben, bietet die Energiewende in den erdötreichen Staaten grosse Chancen. Gemäss dem OECD Entwicklungsausschusses (DAC) gehören die Golfländer seit Jahren zu den weltgrössten Gebern der **Internationalen Zusammenarbeit** (gemessen am Anteil öffentlicher Entwicklungshilfe am BIP). Die Schweiz unterstützt die Golfländer bei deren Professionalisierungsbemühungen, insbesondere was die Süd-Süd-Zusammenarbeit und die Berücksichtigung internationaler Entwicklungsstandards in den Bereichen Klimawandel, Gesundheit und Wassermanagement betrifft.

Darüber hinaus sind einzelne Brennpunkte für die Schweiz von Bedeutung. In Bezug auf den Schutz für Menschen in Not und Migration sind dies der Konflikt im Jemen, die (Arbeits-) Migration aus Afrika und Asien in die Golfstaaten sowie die afghanischen Flüchtlinge in Iran. Im Bereich Wissenschaft und neue Technologien tätigen Golfstaaten wie die VAE oder Saudi-Arabien hohe Investitionen, während in Iran ein grosses Interesse an Wissenschaftsaustausch besteht. Die Weltausstellung in Dubai 2021 und andere Kanäle der Landeskommunikation können in dieser Hinsicht als Katalysator dienen, um hier die Schweiz zu positionieren.

DIE MENA-REGION UND DIE DIGITALE REVOLUTION

Die rasche Verbreitung neuer Technologien macht auch vor der MENA-Region nicht Halt. Die digitale Revolution bietet viele Chancen für die Wirtschaft: Sie fördert die Beschäftigung von jungen Menschen, die Innovation und die Entstehung einer dynamischen Start-up-Szene. Einige Länder, namentlich Israel und die Länder der Arabischen Halbinsel, investieren in die Entwicklung von künstlicher Intelligenz. So wurde in Abu Dhabi kürzlich die erste Universität weltweit gegründet, die ihr gesamtes Lehrangebot auf die künstliche Intelligenz ausrichtet.

Die beschleunigte Digitalisierung birgt auch Risiken: Sie ermöglicht die Überwachung und Kontrolle der Bevölkerung. Im militärischen Bereich führt sie zunehmend zu einem Wettrüsten offensiver Cyberfähigkeiten, und dies in einem regionalen Kontext, in dem Mechanismen für die Sicherheitszusammenarbeit fehlen. Und schliesslich dürfte die sogenannte vierte industrielle Revolution zu einem raschen Wandel des Arbeitsmarktes führen. Die Digitalisierung schafft zwar Arbeitsplätze mit hoher Wertschöpfung, gleichzeitig werden viele Berufe überflüssig, was die sozialen Ungleichheiten verstärken könnte.

Die Schweiz ist führend im Bereich der neuen Technologien. Die digitale Revolution in vielen Ländern der MENA-Region eröffnet Möglichkeiten einer verstärkten Zusammenarbeit mit Forschungsinstituten oder Akteuren des Privatsektors, insbesondere im Fintech- oder Medtech-Bereich. Immer dringlicher stellt sich dabei die Frage der digitalen Gouvernanz – d. h. der Definition von «Spielregeln» für die Nutzung und den Ausbau des Internets. Die Schweiz ist Urheberin wichtiger Initiativen zur Entwicklung eines Regelsystems für den Cyberraum und Genf hat sich als Zentrum globaler Digitalpolitik positioniert.

Themenbereiche

1. Frieden, Sicherheit und Menschenrechte:

- Die Schweiz lanciert Initiativen im Sicherheitsbereich, die den Dialog zwischen den Staaten der Arabischen Halbinsel und Iran fördern und vertrauensbildend wirken. Sie bringt sich auch im Rahmen des angestrebten Sitzes im UNO-Sicherheitsrat zu regionalen Themen ein.
- Die Schweiz leistet einen aktiven Beitrag im von der UNO geführten Friedensprozess im Jemen.
- Die Schweiz engagiert sich gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen in der Region, unter anderem im Rahmen der Schweizer Vorsitze des Haager Verhaltenskodexes gegen die Proliferation ballistischer Raketen (2020–2021) und des Raketentechnologie-Kontrollregimes (2022).

2. Wirtschaft, Finanzen und Wissenschaft

- Die Schweiz setzt sich für einen diskriminierungsfreien Marktzugang ihrer Unternehmen ein und unterstützt diese bei der Wahrnehmung wirtschaftlicher Opportunitäten. Sie fördert die Umsetzung des EFTA-GCC-Freihandelsabkommens.
- Die Schweiz unterstützt die inklusive Diversifizierung der Wirtschaft und fördert die Eingliederung von Jugendlichen und Frauen in den Arbeitsmarkt.
- Die Schweiz pflegt und vertieft den Austausch zwischen Hochschulen und Forschenden.

3. Nachhaltige Entwicklung

- Die Schweiz setzt im Verbund mit den Geberstaaten am Golf ein Projekt der Süd-Süd-Zusammenarbeit um. Den nachhaltigen Umgang mit natürlichen Ressourcen fördert sie zudem mit länderübergreifenden Initiativen zu Wassermanagement, Klimaschutz, Ernährungssicherheit und Gesundheit.
- Die Schweiz setzt sich für die Verbesserung der Rechte von Frauen und Arbeitsmigrierenden in der Gesellschaft ein.
- Die Schweiz fördert die verantwortungsvolle Unternehmensführung; sie verstärkt dazu den Dialog mit dem Privatsektor, unter anderem im Hinblick auf eine verbesserte Transparenz im Goldhandel.

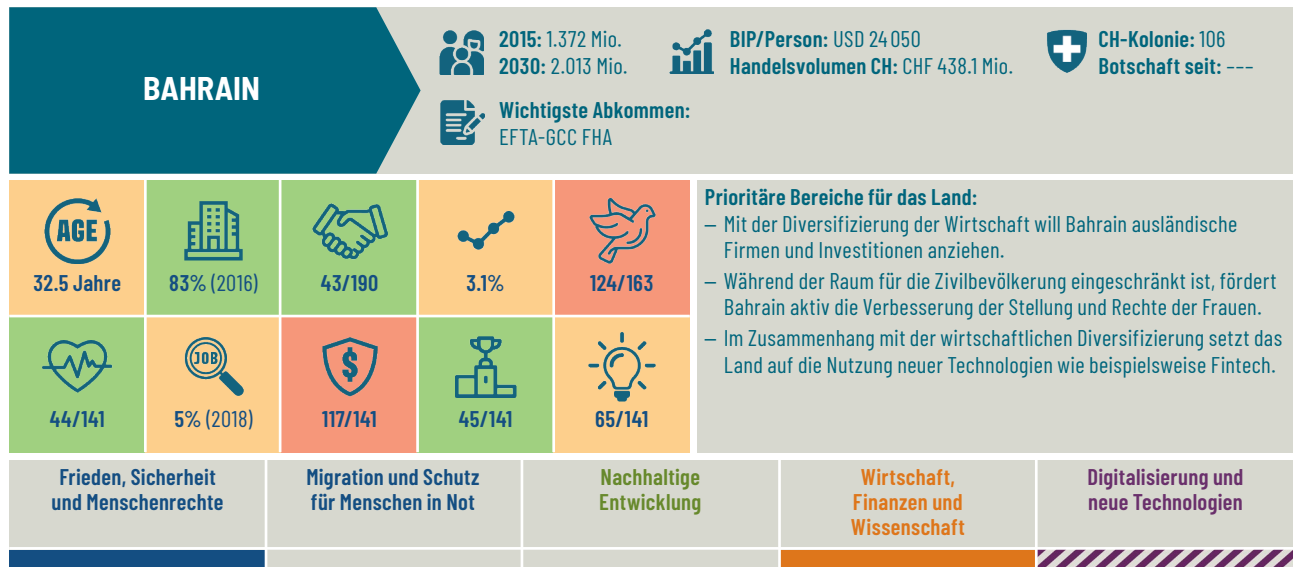
Neben diesen drei prioritären Themen ist die Schweiz auch in den Bereichen Migration und Schutz von Menschen in Not sowie Digitalisierung aktiv.

Länderspezifischer Fokus

	Frieden, Sicherheit und Menschenrechte	Migration und Schutz für Menschen in Not	Nachhaltige Entwicklung	Wirtschaft, Finanzen und Wissenschaft	Digitalisierung und neue Technologien
Bahrain					
Iran					
Jemen					
Katar					
Kuwait					
Oman					
Saudi-Arabien					
VAE					

Eingefärbt: stark ausgeprägt / Schraffiert: ausgeprägt / Nicht eingefärbt: nicht ausgeprägt.
Schraffierte Einfärbungen (ausgeprägt) entsprechen den kursiv gestellten Titeln unter Fokus der Schweiz.

Bahrain



Fokus der Schweiz in Bahrain

Menschenrechte:

Der bilaterale Austausch im Bereich Menschenrechte findet im Rahmen der Absichtserklärungen regelmässig statt und ergänzt das multilaterale Engagement.

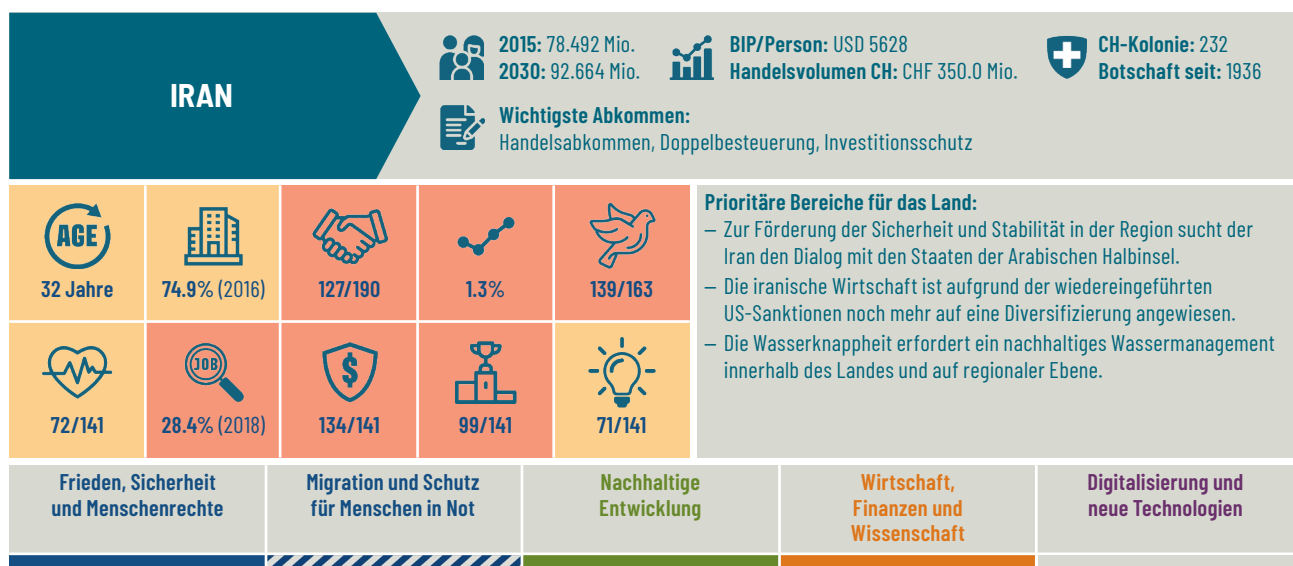
Fintech:

Der *Swiss Business Hub Dubai* und die Schweizer Vertretung in Abu Dhabi lancieren einen Austausch zwischen Behörden und Unternehmen.

Marktzugang:

Die Schweiz begleitet Schweizer Unternehmen, welche die Opportunitäten nutzen wollen.

Iran



Fokus der Schweiz in Iran

Frieden, Sicherheit und Menschenrechte:

Die Schweiz lanciert regionale Initiativen im Sicherheitsbereich für die Förderung des Dialogs zwischen den Staaten der Arabischen Halbinsel und Iran. Die Schutzmandate werden mit den involvierten Staaten umgesetzt und wenn möglich erweitert (Mandate Saudi-Arabien, Kanada). Sie dienen als Basis für weiterführende vertrauensbildende Massnahmen der Schweiz. Die Schweiz setzt sich international dafür ein, dass die Entwicklung eines iranischen Nuklearwaffenprogramms weiterhin verhindert wird. Sie begleitet den bilateralen Menschenrechts- und Justizdialog mit geeigneten Projekten.

Nachhaltige Entwicklung:

Die Schweiz baut die bilaterale Zusammenarbeit im Bereich Wassermanagement aus. Sie bezieht Iran in regionale Initiativen zu Themen wie Wassermanagement, Klimaschutz, Ernährungssicherheit und Gesundheit mit ein.

Marktzugang:

Die Schweiz unterstützt ihre Unternehmen im sanktionsgeprägten Umfeld (unter anderem durch den Schweizer Zahlungskanal mit Iran, dem *Swiss Humanitarian Trade Arrangement, SHTA*). Sie fördert die Integration Irans in den normativen Rahmen des Welthandels, auch mittels technischer Zusammenarbeit im Bereich Geistiges Eigentum.

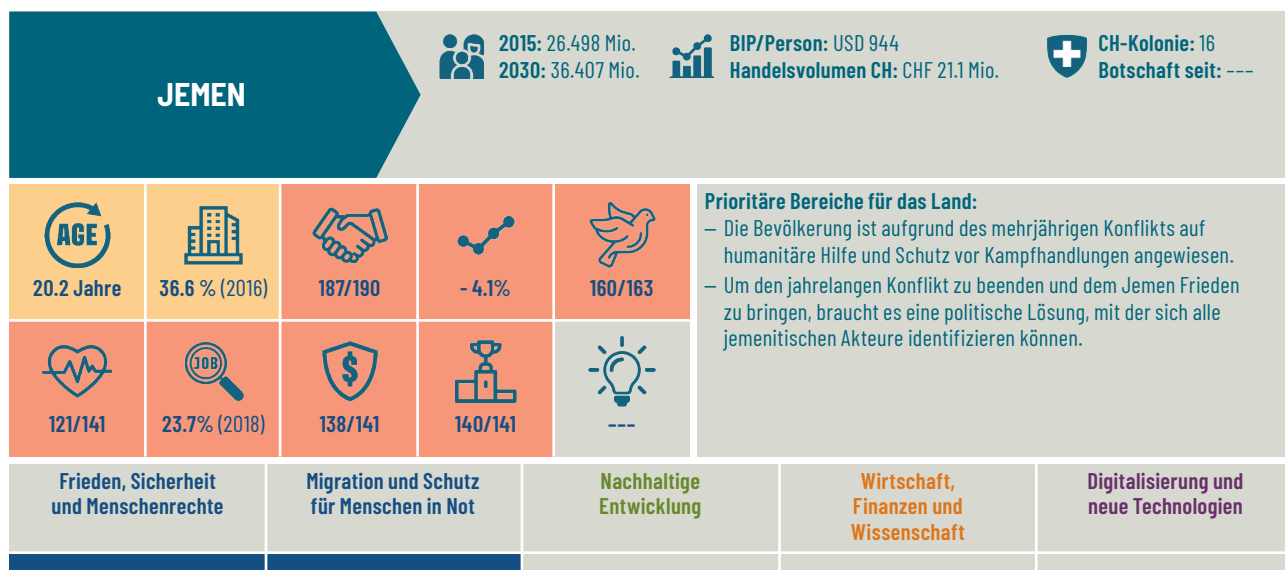
Wissenschaftsdiplomatie:

Mittels bestehender Instrumente und im Rahmen der «Internationalen Strategie für Bildung, Forschung und Innovation» vernetzt die Schweiz interessierte Forschungsinstitutionen in der Schweiz und in Iran mit dem Ziel, die bestehende Zusammenarbeit zu pflegen und zu vertiefen.

Migration:

Die Schweiz führt den Migrationsdialog, um die irreguläre Migration einzudämmen. Sie strebt ein Migrationsabkommen mit Iran an.

Jemen



Fokus der Schweiz im Jemen

Frieden, Sicherheit und Menschenrechte:

Die Schweiz baut ihr Kontaktnetz zu den für das Land relevanten Akteuren weiter aus und leistet – auch im Hinblick auf den angestrebten Schweizer UNO-Sicherheitsratssitz – einen aktiven Beitrag im von der UNO geführten Friedensprozess.

Schutz der Zivilbevölkerung:

Die Schweiz führt ihr humanitäres Engagement in den Bereichen Wasser, sanitäre Anlagen, Hygiene und Ernährungssicherheit fort. Sie setzt sich für die Einhaltung des humanitären Völkerrechts und den Schutz der Zivilbevölkerung ein.

Katar



Fokus der Schweiz in Katar

Nachhaltige Entwicklung:

Die Schweiz sucht den Austausch mit dem *Qatar Fund for Development*, um trilaterale Programme zu intensivieren und die Partnerschaft in globalen Wasserfragen zu stärken.

Marktzugang und wirtschaftliche Opportunitäten:

Die Schweiz unterstützt ihren Privatsektor beim Zugang zum Markt. Sie fördert den Handel und gegenseitige Investitionen.

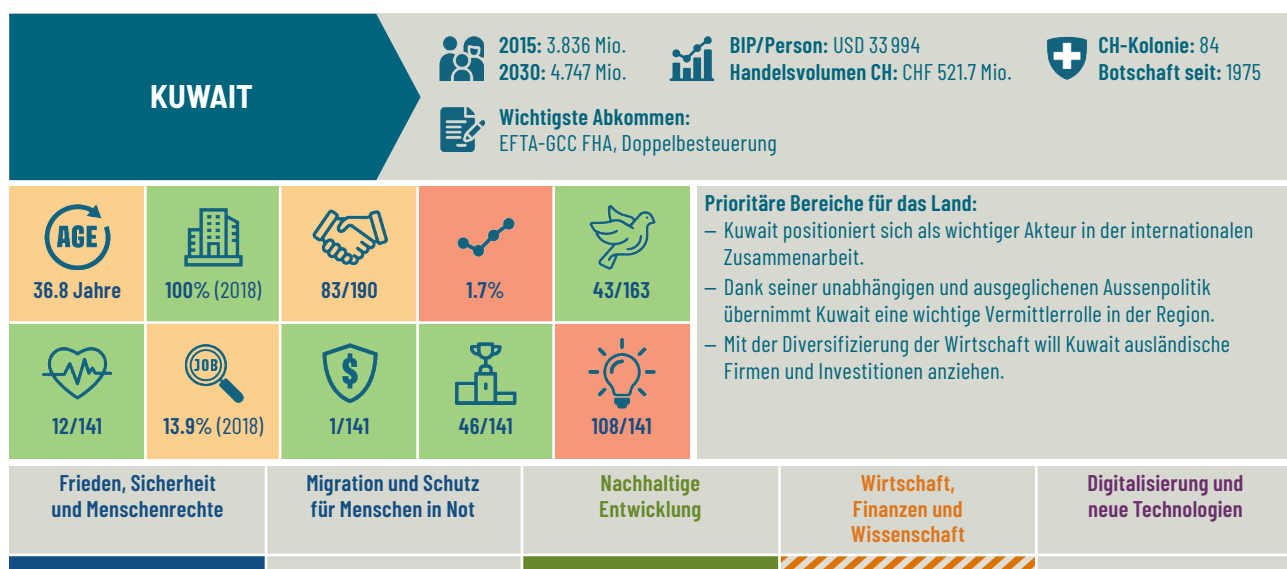
Frieden, Sicherheit und Menschenrechte:

Die Schweiz konkretisiert den bilateralen Austausch über Menschenrechte mit einem Dialog zu Arbeitsmigration und «Sport und Menschenrechte», dies auch mit Blick auf die Fussballweltmeisterschaften 2022. Sie lanciert einen bilateralen Austausch über Mediation und humanitäres Völkerrecht.

Neue Technologien:

Der Swiss Business Hub Dubai und die Schweizer Vertretung in Doha lancieren einen Austausch zu neuen Technologien, beispielsweise im Bereich Cybersecurity, mit Behörden und Unternehmen.

Kuwait



Fokus der Schweiz in Kuwait

Frieden, Sicherheit und Menschenrechte:

Die Schweiz intensiviert den Austausch im friedens- und sicherheitspolitischen Bereich. Sie initiiert Gespräche mit dem in Kuwait stationierten regionalen IKRK-Büro zur Förderung des humanitären Völkerrechts in der Golfregion.

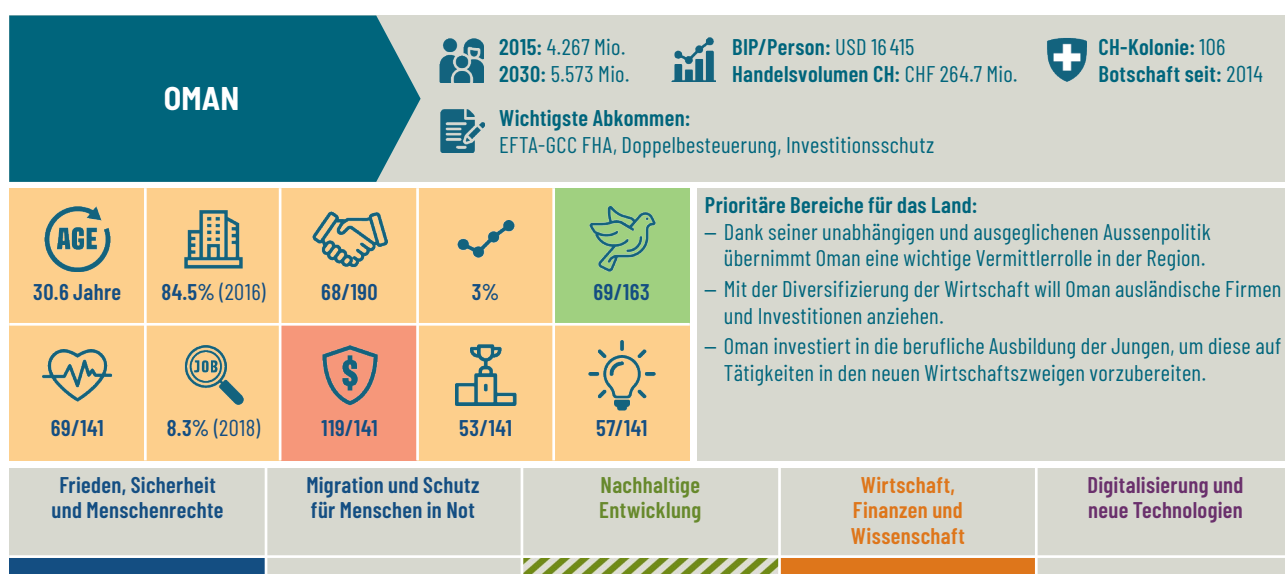
Nachhaltige Entwicklung:

Die Schweiz fördert insbesondere den Austausch mit Kuwait über bewährte Verfahrensweisen der Geberländer mit dem Ziel, dass Entwicklungsgelder gemäss internationalen Kriterien eingesetzt werden.

Marktzugang und wirtschaftliche Opportunitäten:

Die Schweiz nutzt Opportunitäten der kuwaitischen Wirtschaftsreformen unter Einbezug ihres Privatsektors. Sie setzt sich für die Förderung des gegenseitigen Investitionsflusses ein.

Oman



Fokus der Schweiz in Oman

Frieden, Sicherheit und Menschenrechte:

Die Schweiz setzt die Absichtserklärung mit Oman zu Mediation und Friedensförderung mit einer Initiative um, welche die Sicherheit und Stabilität der Region fördert.

Wirtschaftliche Opportunitäten:

Die Schweiz evaluiert Perspektiven für Schweizer Unternehmen, die sich besonders in den Bereichen Logistik, Infrastruktur und Tourismus.

Nachhaltige Entwicklung:

Die Schweiz stärkt bestehende Initiativen im Bereich Gesundheit und lanciert einen Austausch zum Thema Berufsbildung. Sie bezieht Oman in regionale Initiativen zu Themen wie Wassermanagement, Ernährungssicherheit und Gesundheit mit ein.



Fokus der Schweiz in Saudi-Arabien

Frieden, Sicherheit und Menschenrechte:

Die Schweiz lanciert eine regionale Initiative zur Förderung des Dialogs zwischen den Staaten der Arabischen Halbinsel und Iran. Sie intensiviert den bilateralen Austausch zum humanitären Völkerrecht und zu Menschenrechten, insbesondere zu Frauenrechten und zur «verantwortungsvollen Unternehmensführung» im Rahmen des saudischen Reformprogramms [Vision 2030](#) .

Nachhaltige Entwicklung:

Die Schweiz nutzt die Investitionen und Präsenz von Saudi-Arabien in Afrika und Asien für gemeinsame nachhaltige technologische Projekte in Drittländern (Süd-Süd und trilaterale Zusammenarbeit). Sie bildet Personen aus Saudi-Arabien weiter, die im Bereich der internationalen Zusammenarbeit tätig sind.

Wissenschaftsdiplomatie:

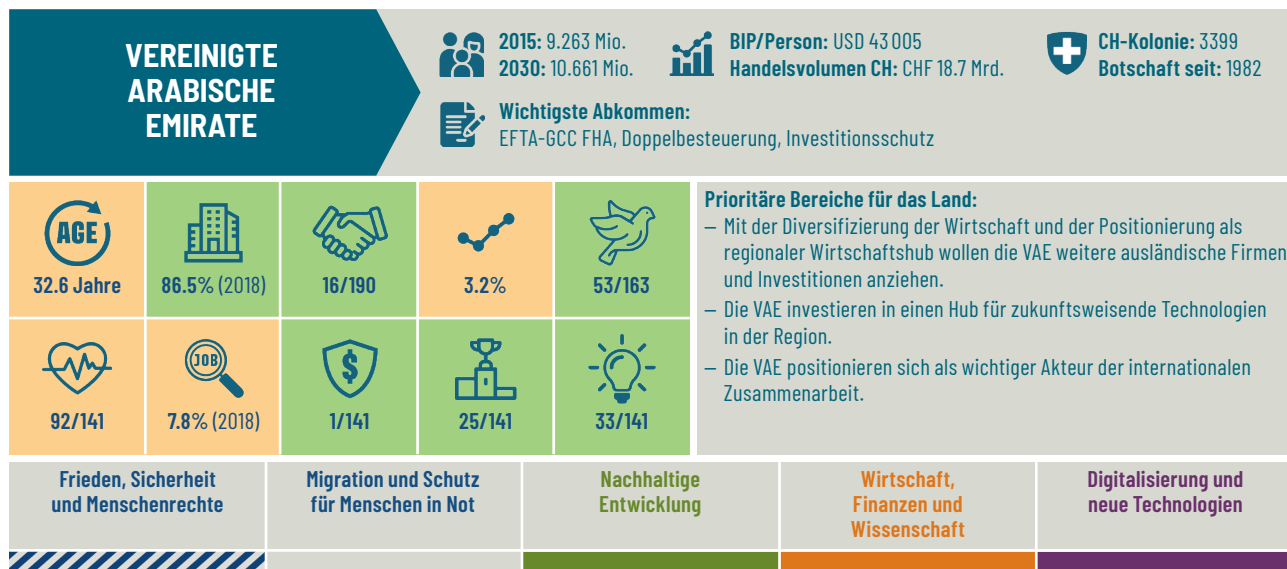
Mittels bestehender Instrumente vernetzt die Schweiz bei gegenseitigem Interesse Forschungsinstitutionen in der Schweiz und in Saudi-Arabien, um den Austausch zu pflegen.

Marktzugang und

Digitalisierung:

Die Schweiz unterstützt ihren Privatsektor beim Zugang zum Markt. Sie nutzt die Opportunitäten der durch die *Vision 2030* angestossenen Diversifizierung Saudi-Arabiens unter Einbezug des Schweizer Privatsektors, auch im Finanzbereich (inkl. Fintech).

Vereinigte Arabische Emirate



Fokus der Schweiz in den Vereinigten Arabischen Emiraten

Nachhaltige Entwicklung:

Die Schweiz fördert die verantwortungsvolle Unternehmensführung ihres Privatsektors mit einer Initiative zum Goldhandel.

Marktzugang:

Die Schweiz setzt sich für einen verbesserten Marktzugang für Schweizer Unternehmen ein, auch im Finanzbereich. Die Schweiz bewirbt insbesondere die Tourismusdestination Schweiz im Wachstumsmarkt der Golfstaaten (*Hub Golf*).

Innovation

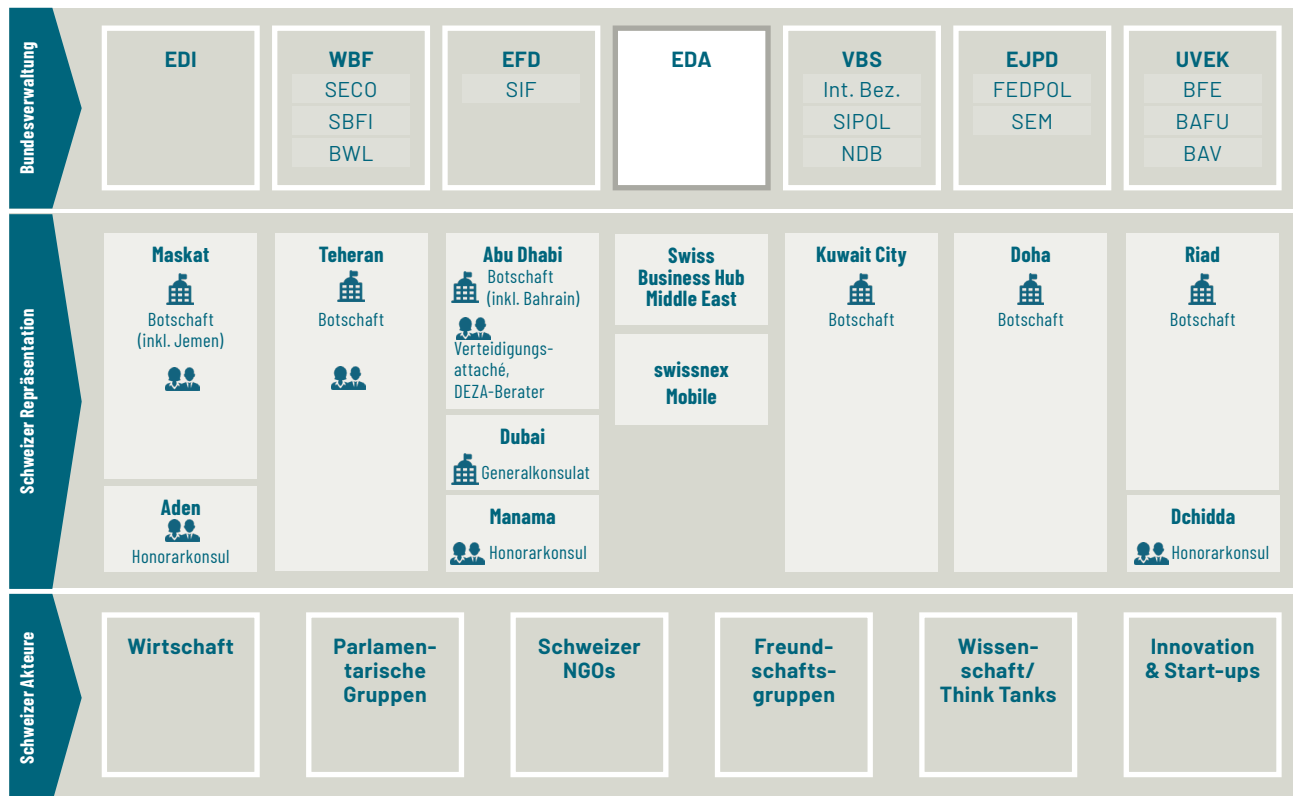
Neue Technologien:

Die Schweiz fördert auf der Basis bestehender Instrumente die Vernetzung ihrer Forschungsinstitutionen mit denjenigen der VAE. Sie unterstützt ihre Start-ups und Unternehmen, welche die wirtschaftliche Diversifizierung in den VAE für die Einführung neuer Technologien aus der Schweiz nutzen möchten. So setzt sie sich insbesondere auch für die Fortführung des EPFL-Postgraduate-Projekts in den VAE ein.

Frieden, Sicherheit und Menschenrechte:

Die Schweiz lanciert eine regionale Initiative für die Förderung des Dialogs zwischen den Staaten der Arabischen Halbinsel und Iran. Die Schweiz nutzt grosse Events (wie die Weltausstellung «Expo 2020», welche neu 2021 stattfindet) und ihre enge Zusammenarbeit mit dem Privatsektor, um die Menschenrechte mit Initiativen im Bereich Arbeitsmigration zu fördern.

Schweizer Akteure auf der Arabischen Halbinsel und in Iran



Handlungsachsen

- Koordinierter Einsatz aller Instrumente:** Die Zusammenarbeit zwischen EDA, SECO, SIF, *Switzerland Global Enterprise (S-GE)* sowie dem in der Region ansässigen *Swiss Business Hub* soll intensiviert werden mit dem Ziel, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Schweizer Unternehmen zu verbessern und Chancen optimal zu nutzen.
- Investitions-, Finanz- und Tourismusstandort:** Die Schweiz verbessert die Promotion ihrer Assets in Staaten mit hohem Nachfragepotenzial.
- Regionale Initiativen:** Die Schweiz gleist regionale Initiativen auf, die den Dialog zwischen den zerstrittenen Staaten fördern und bietet ihre Guten Dienste an. Dafür wird die Entsendung einer oder eines Sondergesandten für die *MENA-Region* geprüft.
- Wissenschaftsdiplomatie:** Die Schweiz fördert im Rahmen der Internationalen BFI-Strategie die Kontakte zwischen ihren wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Akteuren und entsprechenden Organisationen der Region. Kooperationen sollen dabei erleichtert werden. Anknüpfungspunkte sind Grossanlässe und Megaprojekte in der Region, aber auch das verstärkte Engagement der Länder im Bereich nachhaltige Energien, künstliche Intelligenz und neue Technologien.
- IZA:** Die Schweiz hat ein Interesse daran, dass die finanzstarken Geberstaaten am Golf ihre Beiträge an die internationale Zusammenarbeit gemäss international anerkannten Kriterien leisten. Dank ihrer Gebertradition und Expertise ist sie von den Golfstaaten als glaubwürdiges Vorbild anerkannt. Die Ausweitung des bestehenden regionalen Portfolios auf alle Länder in der Region wird deshalb geprüft. Die Süd-Süd-Zusammenarbeit sowie regionale Initiativen zu den Themen Wassermanagement, Klimaschutz, Ernährungssicherheit und Gesundheit werden vorangetrieben.
- Bilateraler Austausch über Menschenrechte:** Der Fokus liegt auf Jugendstrafrecht, alternative Bestrafungsformen, Gefangenenrechte, Wirtschaft, Frauenrechte sowie Sport. Entsprechende Projekte werden konkretisiert. Dabei ergänzen sich bilaterale und multilaterale Instrumente.

5 Partner für die Umsetzung

Die Schweiz ist in der MENA-Region mit ihrem Vertretungsnetz gut aufgestellt. Sie ist bezüglich der eingesetzten Ressourcen und dem geopolitischen Einfluss in dieser Region kein Schwergewicht. Es ist daher wichtig, dass sie Nischen erkennt und ihr Wissen und ihre Expertise gezielt strategisch einsetzt.

In der Wahrung ihrer Interessen und der Förderung ihrer Werte arbeitet die Schweiz mit Partnern zusammen. Die Partnerschaften müssen in einem komplexen Umfeld wie der MENA-Region immer wieder neu überprüft werden. Die Schweiz ist offen gegenüber neuen Formen der Kooperation mit staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren, mit dem Ziel, ihre wichtige Nischenfunktion im MENA-Raum zu erfüllen.

Der Gaststaat

Der Gaststaat ist zentraler Partner für die aussenpolitische Zusammenarbeit. Er trägt die Hauptverantwortung für Reformen oder gesellschaftlichen Wandel. Die Schweiz hat mit den meisten Staaten der MENA-Region eine Absichtserklärung unterzeichnet, welche die Prioritäten in den bilateralen Beziehungen regelt. Diese können je nach Land den Fokus auf Wirtschaftsinteressen, Migrationspartnerschaften oder Entwicklungszusammenarbeit legen und definieren den regelmässigen politischen Dialog zwischen den Ländern. In entwicklungspolitischen Fragen orientiert sich die Schweiz zudem an nationalen Reformprogrammen wie beispielsweise an der *Egypt Vision 2030*  der ägyptischen Regierung.

Internationale und regionale Organisationen

Für die Umsetzung von Programmen greift die Schweiz auf Expertise und Ressourcen von **internationalen Organisationen** wie den UNO-Organisationen (UN Resident Coordinators, WFP, FAO, ILO, WHO, UNDP oder UNRWA), der Weltbank, NATO (Partnership for Peace) oder dem IKRK zurück. In Bezug auf die Konflikte in Syrien, Libyen und dem Jemen unterstützt die Schweiz die Bemühungen der UNO-Sondergesandten für eine politische Lösung. Neben der finanziellen Unterstützung dieser Organisationen stellt die Schweiz auch Expertinnen und Experten zur Verfügung. Wichtig ist der Schweiz, dass diese Organisationen klare Ziele und Handlungsspielräume haben, damit ihre Wirksamkeit und Effizienz überprüft und, wo nötig, verbessert werden können. Die Zusammenarbeit mit den drei Genfer Zentren GCSP, DCAF, GICHD in Ausbildungsmodulen, der Aufbau von Kapazitäten und gemeinsame Programme schärfen das Schweizer Profil in den Bereichen Frieden und Sicherheit.

Regionale Organisationen wie der Golf-Kooperationsrat (GCC), die Organisation für Islamische Zusammenarbeit (OIC), die Liga der Arabischen Staaten und die Afrikanische Union (AU) sind weitere Partner der Schweiz. Sowohl bei der OIC als auch bei der Liga der Arabischen Staaten ist der Schweizer Botschafter im jeweiligen Sitzstaat (Saudi-Arabien, respektive Ägypten) akkreditiert. In der AU hat die Schweiz seit 2006 einen Beobachtersitz und baut ihre Zusammenarbeit aus, insbesondere bei Fragen des Friedens, der Sicherheit und der Migration, namentlich in Nordafrika. Die Schweiz ist auch an einer guten Zusammenarbeit der AU mit der UNO interessiert.

Länder mit ähnlichen Werten und Ansichten

Die Schweiz arbeitet bereits heute mit der EU und ihren Mitgliedstaaten sowie mit Ländern wie Norwegen oder auch Kanada in ausgewählten Bereichen zusammen. Das Potenzial von gemeinsamen Initiativen und Vorstössen soll in Zukunft noch konsequenter genutzt werden. So bietet beispielsweise der geplante EU-Pakt für Migration und Asyl eine Gelegenheit, gemeinsam den Herausforderungen der Migration im Mittelmeer zu begegnen.

Private Organisationen

Die Zusammenarbeit zwischen Staaten allein reicht nicht aus, um den vielfältigen Herausforderungen im MENA-Raum zu begegnen. Um ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum anzukurbeln und Innovationen zu fördern, fällt der Privatwirtschaft, der Wissenschaft und NGOs eine entscheidende Rolle zu.

Privatsektor

Für private Unternehmen ist ein stabiles internationales und nationales Umfeld zur Erreichung ihrer Unternehmensziele unabdingbar. Auch wenn sich diese von den Zielen öffentlicher Akteure unterscheiden, bestehen auch gemeinsame Interessen: Gute Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit, Frieden und Sicherheit, gesunde und gut ausgebildete Arbeitskräfte, leistungsfähige Infrastruktur und sauberes Wasser sind im Interesse aller Akteure. Bereits heute sind zahlreiche Schweizer Firmen in den Ländern der Arabischen Halbinsel engagiert. Mit verantwortungsvoller Unternehmensführung können sie einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung leisten. Mit der Schaffung von Arbeitsplätzen

und ihrem Beitrag am lokalen Wohlstand verbessern sie die Perspektiven der Menschen vor Ort. Iran bietet ein grosses wirtschaftliches Potenzial, das unter anderem aufgrund der US-Sanktionen noch nicht ausgeschöpft ist. Im Nahen Osten und in Nordafrika entstehen Wachstumsmärkte, die mittelfristig für die Schweiz – auch wegen des Zugangs zum südlichen Afrika – interessant werden könnten.

Wissenschaft

Die Schweiz steht mit ihren weltweit anerkannten Hochschulen, Forschungsinstituten sowie Fachhochschulen im Bereich Tourismus und Management an vorderster Front, wenn es um Innovation, neue Technologien, Managementinstrumente und qualitativ hochstehende Dienstleistungen geht. Im Rahmen des bilateralen Kooperationsprogrammes des Bundes fungiert eine für vier Jahre mandatierte Schweizer Hochschulinstitution als *Leading House* für die MENA-Region. Der Austausch zwischen Hochschulen der Schweiz und der MENA-Region findet momentan nur in einzelnen Ländern und in wenigen Bereichen statt, unter anderem in den Sektoren erneuerbare Energien, natürliche Ressourcen, Gesundheit, Innovation und Tourismus. Um globale Herausforderungen anzugehen, sollen länderübergreifende Initiativen zukünftig ein stärkeres Gewicht erhalten. Im Rahmen ihrer Wissenschaftsdiplomatie und gestützt auf die Internationale Strategie der Schweiz im Bereich Bildung, Forschung und Innovation will die Schweiz bestehende Initiativen pflegen und allfällige neue bottom-up-Initiativen begleiten.

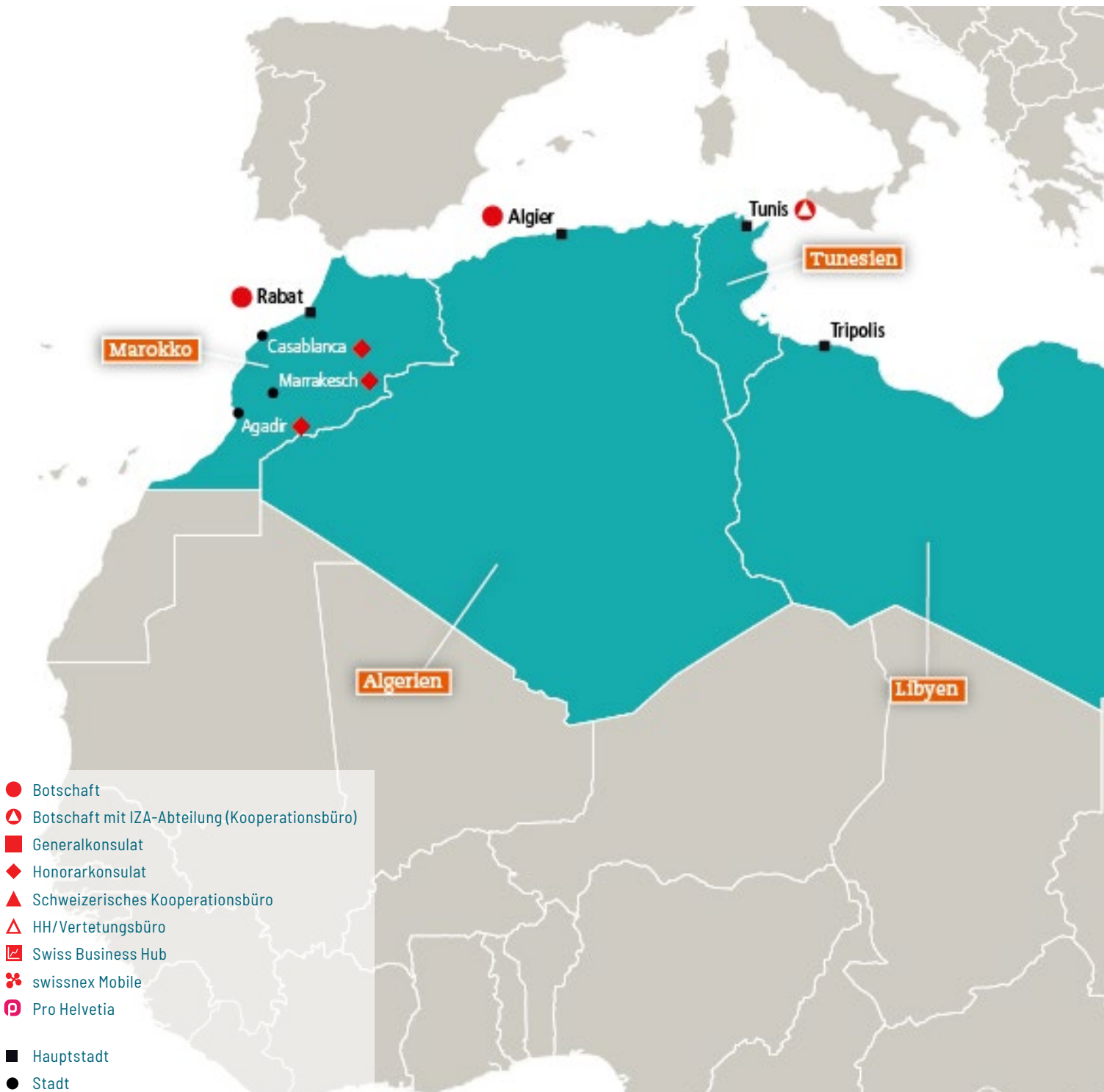
Nichtregierungsorganisationen

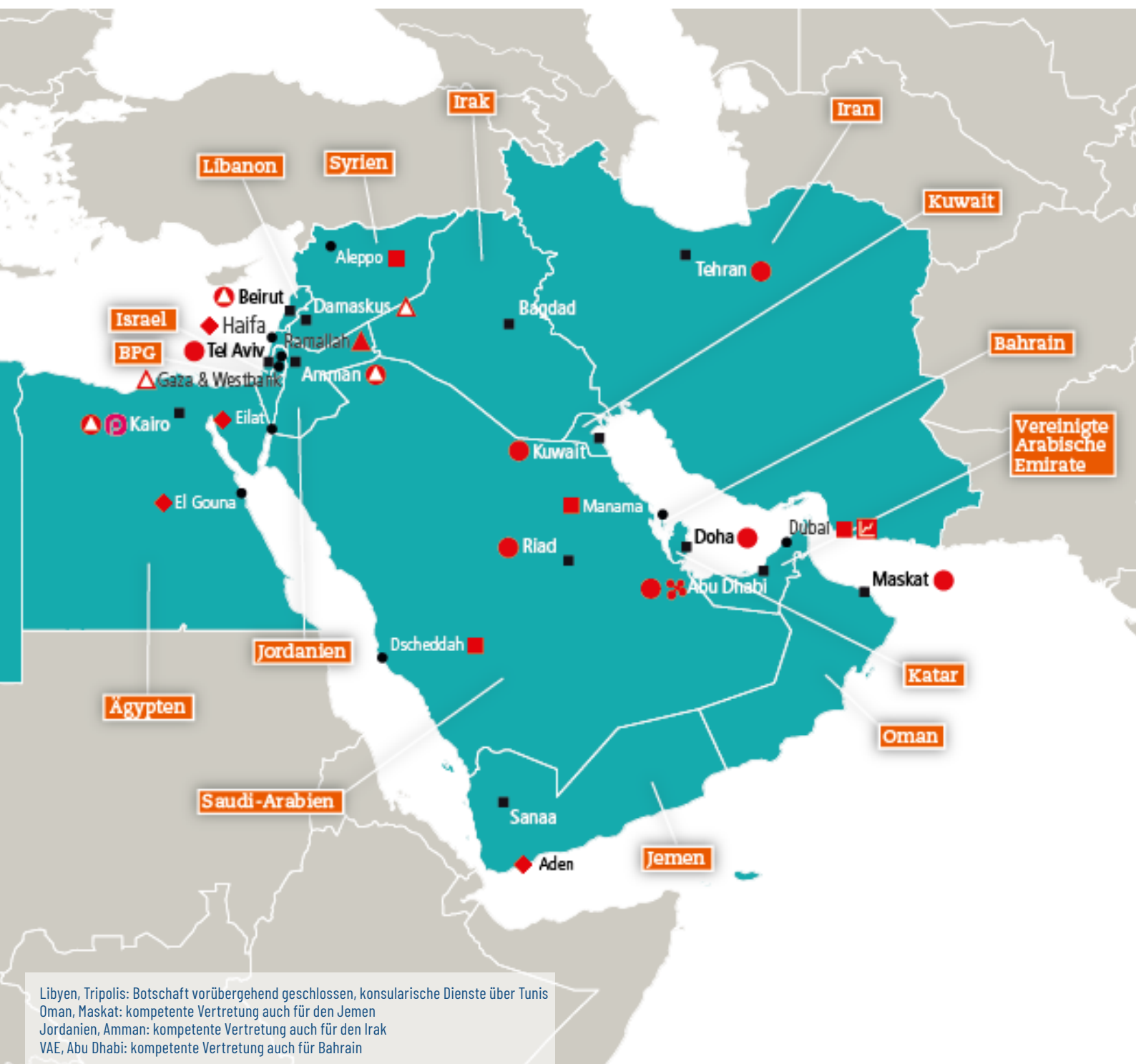
Die Schweiz arbeitet in allen Ländern mit schweizerischen, internationalen und lokalen Nichtregierungsorganisationen (NGO) zusammen. In Kriegsgebieten übernehmen diese vornehmlich Dienstleistungen im Bereich der Grundbedürfnisse wie Ernährung, Gesundheit und Unterkunft, in anderen Regionen bearbeiten sie Themen wie Förderung des Dialogs, Menschenrechte, Sicherheit, Berufsbildung und Wassermanagement.

Die Auswahl der Organisationen ist zentral für die Wirksamkeit. Die Schweiz überprüft den Einsatz der Mittel und die Zielerreichung mittels internen und externen Kontrollmechanismen. Seit 2017 wird zusätzlich eine Klausel in die Verträge der Partnerorganisationen integriert, die alle Formen von Diskriminierung, einschliesslich Rassismus, Antisemitismus oder Aufrufe zu Gewalt oder Rassenhass, verbietet. Ein Verstoß gegen diese Klausel berechtigt das EDA zum Beispiel, den Vertrag mit dem externen Partner umgehend zu kündigen und die Rückzahlung der investierten Mittel zu verlangen. Die Evaluation der von der Schweiz unterstützten Partner ist eine ständige Aufgabe. So hat sich der Bundesrat 2019 verpflichtet, die Zahl der von der Schweiz im israelisch-palästinensischen Kontext finanzierten NGOs zu reduzieren.

ANNEX

Landkarte mit Vertretungsnetz





Abkürzungsverzeichnis

AMS	Abteilung Menschliche Sicherheit im EDA	MoU	Absichtserklärung (Memorandum of Understanding)
APS	Aussenpolitische Strategie	NATO	Organisation des Nordatlantikvertrags (North Atlantic Treaty Organization)
AU	Afrikanische Union	NDB	Nachrichtendienst des Bundes
AVIS28	Aussenpolitische Vision Schweiz 2028	NGO	Nichtregierungsorganisation (Non-governmental organization)
BAFU	Bundesamt für Umwelt	OIC	Organisation für Islamische Zusammenarbeit (Organization of Islamic Cooperation)
BAV	Bundesamt für Verkehr	OPCW	Organisation für das Verbot chemischer Waffen (Organisation for the Prohibition of Chemical Weapons)
BFE	Bundesamt für Energie	SBFI	Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation
BIP	Bruttoinlandprodukt	SECO	Staatssekretariat für Wirtschaft
BPG	Besetztes Palästinensisches Gebiet	SEM	Staatssekretariat für Migration
BR	Bundesrat	SESAME	Teilchenbeschleuniger im Nahen Osten (Synchrotron-light for Experimental Science and Applications in the Middle East)
BV	Bundesverfassung	SHTA	Zahlungsmechanismus zur Lieferung von humanitären Gütern nach Iran (Swiss Humanitarian Trade Agreement)
BWL	Bundesamt für Landwirtschaft	SIF	Staatssekretariat für internationale Finanzfragen
COVID-19	Corona virus disease 2019	SIPO	Bereich Sicherheitspolitik im VBS
DCAF	Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte (Geneva Centre for Security Sector Governance)	S-GE	Switzerland Global Enterprise
DEZA	Direktion für Entwicklungszusammenarbeit im EDA	UNDP	Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (United Nations Development Programme)
EDA	Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten	UNHCR	Hochkommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (United Nations High Commissioner for Refugees)
EDI	Eidgenössisches Departement des Innern	UNO	Organisation der Vereinten Nationen (United Nations Organization)
EFD	Eidgenössisches Finanzdepartement	UNRWA	Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East)
EFTA	Europäische Freihandelsassoziation (European Free Trade Association)	USA	Vereinigte Staaten von Amerika (United States of America)
EJPD	Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement	UVEK	Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation
EU	Europäische Union	VAE	Vereinigte Arabische Emirate
FAO	Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (Food and Agriculture Organization)	VBS	Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport
FEDPOL	Bundesamt für Polizei	WBF	Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung
FHA	Freihandelsabkommen	WEF	Weltwirtschaftsforum (World Economic Forum)
G20	Gruppe der 20	WFP	Welternährungsprogramm (World Food Programme)
GCC	Kooperationsrat der arabischen Staaten des Golfes (Gulf Cooperation Council)	WHO	Weltgesundheitsorganisation (World Health Organization)
GCSP	Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik (Geneva Centre for Security Policy)		
GICHD	Internationales Zentrum für humanitäre Minenräumung (Geneva International Centre for Humanitarian Demining)		
HSA	Human Security Advisor (Berater für Menschliche Sicherheit)		
IKRK	Internationales Komitee vom Roten Kreuz		
IRENA	Internationale Organisation für erneuerbare Energien (International Renewable Energy Agency)		
IZA	Internationale Zusammenarbeit		
KMU	Kleine und mittlere Unternehmen		
Kobü	Kooperationsbüro der DEZA		
MENA	Mittlerer Osten und Nordafrika (Middle East and North Africa)		

Glossar

Agenda 2030: Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung bildet mit ihren 17 Zielen einen globalen Referenzrahmen bezüglich der drei untrennbaren Dimensionen Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft. Die Schweiz anerkennt die Agenda 2030 als wichtigen Orientierungsrahmen. Als solcher ist sie zwar kein bindender gesetzlicher Rahmen, aber ein Mittel zur politischen Zielsetzung und Meinungsbildung sowohl für die Innen- wie auch für die Aussenpolitik.

Aussenpolitik: Diese gestaltet die Beziehungen eines Staates zu anderen Staaten und internationalen Organisationen und wahrt die Interessen eines Staates im Ausland. Sie umfasst verschiedene Politikbereiche wie zum Beispiel Handels-, Umwelt-, Sicherheits-, Entwicklungs- und Kulturpolitik. In der Schweiz ist der Gesamtbundesrat für die Aussenpolitik zuständig. Das EDA hat den Auftrag, die Aussenpolitik zu koordinieren und die Kohärenz mit den anderen Departementen sicherzustellen (vgl. Kohärenz).

Blue Peace: Blue Peace bezieht sich auf die Wasserk Kooperation zwischen Grenzen, Sektoren und Generationen zur Förderung von Frieden, Stabilität und nachhaltiger Entwicklung. Dies kann in Form von gemeinsamen Institutionen und rechtlichen Rahmenbedingungen geschehen, die Länder in der Verpflichtung zusammenbringen, Differenzen friedlich zu lösen und ihr gemeinsames Wasser als Grundlage für eine umfassendere wirtschaftliche und diplomatische Zusammenarbeit zu nutzen. Blue Peace verwandelt den Wettbewerb um begrenzte Süsswasserressourcen in Zusammenarbeit, was friedlichere, kohärentere und nachhaltigere Gesellschaften fördert.

Belt and Road Initiative (BRI): Der Hauptaspekt der BRI liegt in der Schaffung von Infrastruktur (Transport, Energie, Kommunikation) in Drittländern, welche mehrheitlich chinesisch finanziert und aufgebaut wird. Mit der BRI präsentiert China erstmals ein eigenes, global orientiertes Entwicklungsmodell und möchte damit seine wachsende wirtschaftliche, aber vor allem auch geopolitische Präsenz auf dem internationalen Parkett konkretisieren. Die Politik des Bundesrates besteht darin, die Chancen der Initiative für die Schweizer Interessen und die Wirtschaft optimal zu nutzen und gleichzeitig die Einhaltung von universellen Werten und Regeln einzufordern, damit die BRI wirtschaftlich, sozial und ökologisch nachhaltig und zum Nutzen der Zielländer umgesetzt werden kann.

Chancengleichheit: Eine chancengleiche Gesellschaft gewährleistet all ihren Mitgliedern, insbesondere zu Beginn des Lebens, ungehinderten Zugang zu Lebenschancen und zu gleichen Ausbildungs- und Aufstiegschancen sowie die Möglichkeit, ihr persönliches Potenzial auszuschöpfen.

Niemand darf diskriminiert werden, namentlich nicht wegen der Herkunft, der Rasse, des Geschlechts, des Alters, der Sprache, der sozialen Stellung, der Lebensform, der religiösen, weltanschaulichen oder politischen Überzeugung oder wegen einer körperlichen, geistigen oder psychischen Behinderung (Art. 8 Abs. 2 BV).

Cybersicherheit: Sie befasst sich mit allen Aspekten der Sicherheit in der Informations- und Kommunikationstechnik. Dies umfasst die gesamte mit dem Internet und vergleichbaren Netzen verbundene Informationstechnik und schliesst darauf basierende Kommunikation, Anwendungen, Prozesse und verarbeitete Informationen mit ein. Durch internationale Kooperation von staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren im Bereich Cybersicherheit soll ein offener, freier und stabiler Cyberraum geschaffen und geschützt werden. Mit ihr kann auch das Risiko von Cyberangriffen zwischen Staaten reduziert werden.

Digitalisierung: Sie beinhaltet die Integration von allen elektronischen Daten und Anwendungen in Gesellschaft, Staat und Wirtschaft. Die Digitalisierung umfasst eine breite Palette von digitalen Anwendungen wie neue Kommunikationstechnologien, Robotik, Cloud-Computing, Big Data Analyse, künstliche Intelligenz, das Internet der Dinge usw.

Dschihadismus: Der Begriff wird verwendet zur Bezeichnung einer gewalttätigen extremistischen Ideologie, die das religiöse Konzept des Dschihad missbraucht und sich damit legitimiert. «Dschihadistisch motivierte Reisende» bezeichnet Personen, die ihr Heimat- oder Aufenthaltsland verlassen, um sich in einem Konfliktgebiet einer dschihadistischen Gruppe anzuschliessen oder diese zu unterstützen.

E-3 Länder: Dabei handelt es sich um die europäischen Staaten Deutschland, Frankreich und das Vereinigte Königreich, welche gemeinsam mit China, Russland und den Vereinigten Staaten die Verhandlungen mit dem Iran zu dessen Atomentwicklungsprogramm geprägt haben.

Embargogesetz: Die Schweiz setzt gestützt auf das Embargogesetz (SR 946.231) Sanktionen gegenüber mehreren Staaten in der MENA-Region um. Ein Mittragen von international breit abgestützten Sanktionen liegt im Interesse der an der Einhaltung des Völkerrechts und an humanitären Werten orientierten Aussenpolitik der Schweiz. Die Schweiz ist völkerrechtlich dazu verpflichtet, Sanktionen, die durch den UNO-Sicherheitsrat nach Kapitel VII der UNO-Charta beschlossen wurden, unverändert mitzutragen. Erlässt die EU- Sanktionen, entscheidet der Bundesrat im Einzelfall, ob die Schweiz die Massnahmen der EU vollständig, teilweise oder gar

nicht übernimmt. Dem Bundesrat dienen dabei verschiedene aussenpolitische, aussenwirtschaftspolitische und rechtliche Kriterien als Entscheidungsgrundlage.

Fazilitation und Vermittlung: Eine Drittpartei, die zwischen Konfliktparteien vermittelt, wird Fazilitatorin oder Mediatorin genannt. Als Fazilitatorin unterstützt, erleichtert und fördert die Drittpartei den Kontakt zwischen Konfliktparteien, ohne sich inhaltlich in die Verhandlungen einzubringen. Sie wird wie bei der Mediation von den Konfliktparteien frei gewählt und ermöglicht es ihnen, sich an einem passenden Ort zu treffen, sich über Möglichkeiten der Konfliktlösung auszutauschen, Verhandlungen zu führen und ein Abkommen zu unterzeichnen. Als Mediatorin unterstützt die vermittelnde Drittpartei die Verhandlungsparteien auch inhaltlich bei der Lösungssuche, ohne ihnen jedoch Lösungen aufzuerlegen. Fazilitation und Mediation sind Teil der Guten Dienste der Schweiz.

Fintech: Der Begriff leitet sich von Finanztechnologie ab und umfasst Innovationen im Finanzdienstleistungsbereich, die zu neuen Finanzinstrumenten, -dienstleistungen oder Geschäftsmodellen führen, z.B. Blockchain.

Flüchtlinge: Als Flüchtling gilt, wer sein Heimatland verlassen hat aus der begründeten Furcht, wegen seiner Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen seiner politischen Überzeugung verfolgt zu werden. Die Flüchtlingskonvention von 1951, ergänzt durch das Protokoll von 1967, regelt den Status von Flüchtlingen. Besonders wichtig ist der Grundsatz des Non-Refoulement. Er verbietet die Ausschaffung von Menschen in Staaten, in denen sie aus vorgenannten Gründen an Leib und Leben bedroht sind. Im Gegensatz dazu handelt es sich bei Binnenvertriebenen um Menschen, die aufgrund einer Katastrophe oder eines Konfliktes innerhalb ihres eigenen Landes flüchten, ohne dabei Staatsgrenzen zu überqueren.

Foodtech: Der Begriff setzt sich aus dem englischen Begriff für Nahrungsmittel («food») und Technologie zusammen und umschreibt technologische Lösungen für die Herstellung oder Verarbeitung von Nahrungsmitteln.

Friedensförderung: Zur zivilen Friedensförderung gehören Beiträge zur Prävention, Entschärfung oder Lösung von Gewaltkonflikten, namentlich durch Vertrauensbildung, Vermittlung und die Förderung des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte (vgl. Fazilitation und Vermittlung, humanitäres Völkerrecht, Menschenrechte). Friedensbildende Aktivitäten nach Beendigung von gewaltsamen Auseinandersetzungen beinhalten unter anderem Vergangenheitsarbeit, Beiträge zur Förderung demokratischer Prozesse und Wahlen sowie Stärkung der Menschenrechte. Die Friedensförderung schafft bzw. stärkt die für eine nachhaltige Entwicklung notwendigen Rahmenbedingungen. Sie umfasst sowohl zivile als auch militärische Massnahmen.

Gaststaat: Der Begriff bezeichnet ein Land, das Sitzstaat von ausländischen Vertretungen (Botschaften, Missionen,

Konsulaten) oder internationalen Organisationen ist. Die Schweiz – insbesondere der Standort Genf (vgl. internationales Genf) – beherbergt eine Vielzahl von internationalen Organisationen.

Genfer Konventionen: Die vier Genfer Konventionen von 1949 und die zwei Zusatzprotokolle von 1977 sowie das Zusatzprotokoll von 2005 bilden den Kern des in bewaffneten Konflikten anwendbaren humanitären Völkerrechts (vgl. Humanitäres Völkerrecht). Sie schützen unter anderem Personen, die sich nicht oder nicht mehr an Kampfhandlungen beteiligen und regeln die Kriegsführung.

Gute Dienste: Sammelbegriff für die Bemühungen einer Drittpartei zur friedlichen Beilegung eines Konflikts zwischen zwei oder mehreren Staaten. Die Guten Dienste der Schweiz bestehen aus drei Bereichen: Schutzmandate (vgl. Schutzmandate), die Schweiz als Gaststaat von Friedensverhandlungen und die Schweiz als Mediatorin und Fazilitatorin sowie als Unterstützerin von Mediations- und Verhandlungsprozessen (vgl. Fazilitation und Vermittlung). Gute Dienste reichen von technischer oder organisatorischer Unterstützung (zum Beispiel Bereitstellen eines Konferenzorts) über Vermittlungsdienste bis hin zur Teilnahme an internationalen Friedensprozessen.

Gouvernanz (gute Regierungsführung): Eine demokratische, effiziente und wirksame Regierungsführung zum Nutzen aller Bürgerinnen und Bürger. Dazu gehören u.a. politische Entscheidungsfindung im Rahmen transparenter, partizipativer Prozesse; klar aufgeteilte Verantwortlichkeiten; wirksame öffentliche Dienstleistungen; ein zugängliches, professionelles, unabhängiges und rechtsstaatliches Rechtssystem und politische Kontrolle durch eine kritische Öffentlichkeit.

G20: Die Gruppe der Zwanzig ist ein informeller Zusammenschluss aus 19 Staaten (Argentinien, Australien, Brasilien, China, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Indien, Indonesien, Italien, Japan, Kanada, Mexiko, Russland, Saudi-Arabien, Südafrika, Südkorea, Türkei und die USA) und der EU, die die wichtigsten Industrie- und Schwellenländer repräsentiert. Sie thematisiert namentlich die finanzielle und wirtschaftliche Zusammenarbeit und kann internationale Standards setzen.

Humanitäre Prinzipien: Menschlichkeit, Unparteilichkeit und Neutralität sind wichtige Werte und Grundlagen humanitären Handelns. Diese wurden im Kodex der Rotkreuzbewegung sowie durch die UNO-Generalversammlung verankert.

Humanitäres Völkerrecht: Das humanitäre Völkerrecht regelt die Kriegsführung und schützt die Zivilbevölkerung und Menschen, die nicht mehr an den Kampfhandlungen teilnehmen. Es kommt in allen internationalen und nichtinternationalen bewaffneten Konflikten zur Anwendung, unabhängig von Legitimation oder Ursache der Gewaltanwendung.

Interessen und Werte: Der Kernauftrag der Schweizer Aussenpolitik ist die Förderung der Schweizer Interessen und

Werte. Sie sind unzertrennbare Seiten derselben Medaille und gründen auf der Bundesverfassung.

Internationales Genf: Genf ist Herz des multilateralen Systems und europäischer UNO-Hauptsitz. 38 internationale Organisationen, Programme und Fonds sowie 177 Staaten und 750 NGO sind vertreten. Das internationale Genf bietet rund 45'000 Menschen Arbeit und steuert über 11 Prozent zum BIP des Kantons bei (1 % des Schweizer BIP). Jährlich finden ca. 3300 internationale Konferenzen in Genf statt; Hauptthemen sind 1) Frieden, Sicherheit, Abrüstung; 2) Humanitäre Hilfe und humanitäres Völkerrecht, Menschenrechte, Migration; 3) Arbeit, Wirtschaft, Handel, Wissenschaft, Telekommunikation; 4) Gesundheit; 5) Umwelt und nachhaltige Entwicklung.

Interdepartementale Struktur zur internationalen Migrationszusammenarbeit (IMZ): Im Bereich der Migration soll die IMZ-Struktur die Zusammenarbeit zwischen Akteuren der Bundesverwaltung stärken und die Kohärenz der Aussenmigrationspolitik der Schweiz sicherstellen. Diese Koordination zielt auf eine verstärkte strategische Verknüpfung von IZA und Migrationspolitik ab, um die Ursachen irregulärer und erzwungener Migration zu reduzieren, was zusätzlich durch die flexibel einsetzbaren Fonds der IZA unterstützt wird.

Internationale Zusammenarbeit (IZA): Die IZA umfasst die Aktivitäten der humanitären Hilfe, der Entwicklungszusammenarbeit sowie der Friedensförderung (vgl. Friedensförderung) und der menschlichen Sicherheit.

Irreguläre Migration: Wanderungsbewegung unter Verletzung der Gesetze und Verordnungen oder der internationalen Abkommen über die Einreise in ein Transit- oder Zielland und die Ausreise aus einem Herkunftsland.

Kohärenz: Der Begriff bezieht sich auf das möglichst widerspruchsfreie Zusammenspiel der verschiedenen Politikbereiche eines Landes.

Kriegsmaterialgesetz: Das Kriegsmaterialgesetz KMG unterstellt die Aus- und Durchfuhr von Kriegsmaterial sowie die Übertragung von Produktionslizenzen einer Bewilligungspflicht. Gesuche müssen gemäss der dem Gesetz zugeordneten Kriegsmaterialverordnung (KMV) an das SECO gestellt werden, das Exportbewilligungen vergibt. Das EDA prüft gemäss Art. 5 der KMV diese Gesuche und stellt sicher, dass die Schweiz ihren internationalen Verpflichtungen nachkommt und ihre aussenpolitischen Grundsätze sowie das Völkerrecht einhält. Es berücksichtigt dabei folgende Kriterien: die Aufrechterhaltung des Friedens und der internationalen Sicherheit, die regionale Stabilität, die Respektierung der Menschenrechte, die Grundsätze und Ziele der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit und die Haltung anderer Staaten.

Medtech: Der Begriff setzt sich aus den Worten «Medizin» und «Technologie» zusammen und umschreibt das Bestreben, technologische Produkte zu entwickeln, welche im Bereich der Prävention, Diagnose und Therapie von Krankheiten eingesetzt werden.

Menschenrechte: Die Menschenrechte sind angeborene und unveräusserliche Rechte, die ohne Unterschied allen Menschen allein aufgrund ihres Menschseins zustehen. Sie sind zentral für den Schutz der menschlichen Würde, der physischen und psychischen Integrität und wichtige Grundlage für die Entwicklung eines jeden Einzelnen. Auf ihnen gründet das friedliche Zusammenleben der Völker. Sie sind Garanten einer Gesellschaft, die auf der Verpflichtung zur Achtung der Rechte des Einzelnen gründet. Sie gelten sowohl in den internationalen Beziehungen als auch in der nationalen Politik, aber auch am Wohnort jeder und jedes Einzelnen. Die Menschenrechte sind universell, unteilbar und stehen untereinander in engem Zusammenhang. Jeder Staat ist verpflichtet, die Menschenrechte zu respektieren, zu schützen und umzusetzen.

Multilateralismus: Man spricht von Multilateralismus, wenn Fragen von öffentlichem Interesse zwischen mehr als zwei Staaten diskutiert und verhandelt werden (vgl. im Gegensatz dazu: Bilateralismus). Internationale Organisationen und Gremien wie die UNO, die OSZE und der Europarat sind Bühnen für solche Diskussionen. Der Multilateralismus erlaubt es der Schweiz, über Allianzen eine Hebelwirkung zu erzielen und die Möglichkeiten der Einflussnahme zu vervielfachen.

Nachhaltigkeit: Auf der Basis der Verfassung sorgt die Schweiz für eine nachhaltige Entwicklung. Sie definiert diese gemäss Brundtland-Kommission aus dem Jahr 1987 als Entwicklung, welche «die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre nicht befriedigen können». Das Prinzip wurde im Jahr 2015 durch die Agenda 2030 mit 17 Zielen konkretisiert (vgl. Agenda 2030).

Neutralität: Die Rechte und Pflichten der Schweiz als neutraler Staat ergeben sich aus dem Völkerrecht (vgl. Völkerrecht). Der Kern dieser Pflichten besteht darin, dass die Schweiz andere Staaten im Falle eines zwischenstaatlichen Krieges nicht militärisch unterstützen darf. Auf nationaler Ebene ist die Neutralität als Instrument zur Wahrung der Unabhängigkeit in der Bundesverfassung erwähnt. Die Neutralitätspolitik stellt die Wirksamkeit und die Glaubwürdigkeit der Schweizer Neutralität sicher.

Nichtregierungsorganisation: Jede gemeinnützige private Einrichtung, die auf lokaler, nationaler oder internationaler Ebene organisiert ist, um gemeinsame Ziele und Ideale zu verfolgen, ohne dass eine bedeutende staatlich kontrollierte Beteiligung oder Vertretung besteht. NGO sind Teil der Zivilgesellschaft (vgl. Zivilgesellschaft).

Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW): Die Organisation für das Verbot von chemischen Waffen (OPCW) ist eine unabhängige Institution mit Sitz in Den Haag und überwacht seit 1997 die Umsetzung der im gleichen Jahr in Kraft getretenen Chemiewaffenkonvention. Die OPCW unterstützt und überwacht die Staaten, die die Chemiewaffenkonvention ratifiziert haben bei der Demilitarisierung, der Nicht-Verbreitung, der Kooperation und der Implementierung der Chemiewaffenkonvention. Die Konvention wurde bis heute von 193 Staaten ratifiziert.

Privatsektor: Als Privatsektor werden Unternehmen innerhalb des Wirtschaftsbereiches bezeichnet, der von Einzelpersonen oder privaten Institutionen, wie z.B. Firmen, Aktionären oder Investorengruppen, finanziert und kontrolliert wird. Dies v.a. im Gegensatz zu Unternehmen, welche teils oder komplett staatlich finanziert und kontrolliert werden.

Rechtsstaatlichkeit: Sie bezeichnet das Primat des Rechts gegenüber der Macht des Stärkeren. Auf nationaler Ebene ist es das Grundanliegen des Rechtsstaates, auf allen Staatsebenen den Vorrang des Rechts und damit verbunden die Freiheit seiner Bürgerinnen und Bürger zu wahren. Auf aussenpolitischer Ebene ist Rechtsstaatlichkeit zentral für internationalen Frieden und Sicherheit, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt, Entwicklung und den Schutz der Rechte und Freiheiten der Menschen. Sie wird primär durch eine Stärkung des Völkerrechts erreicht, das die politische Stabilität und Verlässlichkeit der internationalen Beziehungen sicherstellt (vgl. Völkerrecht).

Schutzmacht: Eine Schutzmacht tritt in Funktion, wenn zwei Staaten die diplomatischen und/oder konsularischen Beziehungen abbrechen. Sind alle betroffenen Parteien einverstanden, übernimmt die Schutzmacht die mit dem mandatierenden Staat vereinbarten Aufgaben, gewährt den Angehörigen dieses Staats vor Ort Schutz und/oder vertritt dessen Interessen im Gaststaat. Diese Dienstleistung erlaubt den betroffenen Staaten, minimale Beziehungen aufrechtzuerhalten. Die Schweiz nimmt Ende 2019 sieben Mandate wahr: Sie vertritt den Iran in Ägypten, die USA im Iran, Georgien in Russland, Russland in Georgien, den Iran in Saudi-Arabien, Saudi-Arabien im Iran und den Iran in Kanada.

Switzerland Global Enterprise (S-GE): Switzerland Global Enterprise (S-GE) unterstützt im Auftrag des Bundes Schweizer und Liechtensteiner Firmen bei der Entwicklung von Auslandsaktivitäten. S-GE koordiniert zu diesem Zweck ein umfassendes Netzwerk von Kompetenzpartnern im In- und Ausland. Die Kern-Dienstleistungen umfassen die Beratung von Unternehmen bei der Aufnahme oder Ausweitung ihrer Exportaktivitäten, die Informationsvermittlung zugunsten dieser Unternehmen und das Marketing für die Schweiz im Ausland.

swissnex: Das swissnex Netzwerk ist das weltweite Schweizer Aussenetz für Bildung, Forschung und Innovation. Es ist eine Initiative des Staatssekretariats für Bildung, Forschung und Innovation und ist Teil des Aussenetzes des Bundes, unter der Federführung des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten. Das Netzwerk unterstützt Partner bei der internationalen Vernetzung und ihrem Engagement im globalen Austausch von Wissen, Ideen und Talenten. Die fünf swissnex Standorte und ihre Aussenstellen befinden sich in den innovativsten Zentren der Welt. Das Netzwerk wird zudem bei ausgewählten Grossanlässen, wie Weltausstellungen (bspw. Expo Dubai), mittels sogenannter **swissnex Mobile** temporär präsentiert.

Tech4Good: Der Begriff bezieht sich auf die Nutzung digitaler Technologien im Rahmen der IZA (vgl. internationale Zusammenarbeit). Digitale Technologien und technische

Innovationen bieten vielfältige Chancen für die Verbesserung der Lebensbedingungen weltweit. Die Schweiz fördert deren Einsatz in der internationalen Zusammenarbeit, um die Ziele für nachhaltige Entwicklung breitenwirksamer, kostengünstiger oder schneller zu erreichen. Neue Technologien können so zur Linderung von Not und Armut, zur Bewältigung globaler Herausforderungen wie des Klimawandels oder einer besseren Regierungsführung beitragen. Neue Technologien bergen auch Risiken, weshalb die Schweiz ihren Innovationstransfer beispielsweise mit Bildungsmaßnahmen verbindet.

Terrorismus: Terrorismus bezeichnet Gewaltverbrechen, die den Zweck verfolgen, die Bevölkerung einzuschüchtern oder einen Staat oder eine internationale Organisation zu nötigen. Auf universeller Ebene umschreiben internationale Übereinkommen und Resolutionen der UNO verschiedene Massnahmen, welche die Staaten zur Verhinderung und strafrechtlichen Verfolgung terroristischer Handlungen an die Hand nehmen sollen. Dabei ist anerkannt, dass solche Massnahmen gegen den Terrorismus das Völkerrecht, insbesondere die Menschenrechte, das humanitäre Völkerrecht und das internationale Flüchtlingsrecht respektieren müssen.

Völkerrecht: Das Völkerrecht entsteht im Zusammenwirken der Staaten und regelt das Zusammenleben zwischen ihnen. Es ist Grundlage für Frieden und Stabilität und zielt auf den Schutz und das Wohl der Menschen ab. Völkerrecht umfasst so unterschiedliche Bereiche wie Gewaltverbot, Menschenrechte, Schutz der Menschen bei Kriegen und Konflikten (vgl. auch humanitäres Völkerrecht), die Verhinderung und Strafverfolgung von Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Genozid, transnationale organisierte Kriminalität und Terrorismus. Zudem regelt es Bereiche wie Umwelt, Handel, Entwicklung, Telekommunikation oder Transportwesen. Aufgrund der Souveränität der Staaten gilt das Völkerrecht für jeden Staat nur soweit, als er zugestimmt hat, bestimmte internationale Verpflichtungen zu übernehmen. Ausgenommen ist das zwingende Völkerrecht, das grundlegende Normen beinhaltet, über die sich kein Staat hinwegsetzen darf, zum Beispiel das Genozidverbot.

Wissenschaftsdiplomatie: Der Begriff bezieht sich unter anderem auf die Nutzung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Staaten, um gemeinsame Probleme anzugehen und internationale Partnerschaften aufzubauen. An der Schnittstelle zwischen Wissenschaft, Technologie und Aussenpolitik kann eine wissenschaftliche Artikulierung von Problemstellungen und Zielsetzungen die Vertrauensbildung unterstützen und bilaterale sowie auch multilaterale Diskussionen befruchten.

Zivilgesellschaft: Sie umfasst denjenigen Teil der Gesellschaft, der sich relativ unabhängig von Staat und Privatsektor organisiert. Sie setzt sich aus Gruppen zusammen, die gemeinsame Interessen, Ziele oder Werte verfolgen. Dazu gehören NGO, gemeinnützige Vereine und Stiftungen, Bürgergruppen, religiöse Organisationen, politische Parteien, Berufsverbände, Gewerkschaften, soziale Bewegungen und Interessengruppen.

Legende zu Länder-Fakten

 Mittleres Alter 2020 (UNDP)	 Stadtbevölkerung (UNDP)	LÄNDER-FAKTEN
 Geschäftsumfeld (Ease of doing business World Bank)	 Durchschnittliches BIP-Wachstum (über 10 Jahre) (WEF)	
 Frieden / Sicherheit Global Peace Index 2019	 Gesundheitssystem Global Rank (WEF)	
 Jugendarbeits- losigkeit (15-24) (UNDP)	 Makroökonomische Stabilität (WEF)	
 Wettbewerbsfähigkeit (WEF)	 Innovationsfähigkeit (WEF)	
Hohes Risiko	Risiko	Chance

Stark ausgeprägt	AUSPRÄGUNG THEMENSCHWERPUNKTE
Ausgeprägt	
Nicht ausgeprägt	



Impressum

Herausgeber:
Eidgenössisches Departement für
auswärtige Angelegenheiten EDA
3003 Bern
www.eda.admin.ch

Gestaltung:
Team Audiovisuell, Kommunikation EDA, Bern

Titelbild:
© Università della Svizzera italiana, Middle East Mediterranean
MEM Summer Summit 2019 / Peter Keller

Bestellungen:
publikationen@eda.admin.ch

Diese Publikation ist auch auf Französisch, Italienisch und Englisch erhältlich
und kann heruntergeladen werden unter
www.eda.admin.ch/publikationen.

Bern, 2020 / © EDA